autonomes Blättchen

Paris, Mai 2018

#32
März-Mai 2018

Paris, Mai 1968

Hey, was geht?

Das neue Blättchen liegt vor dir und glaube ja nicht, hier steht zu allem was drin, was so passiert ist, in letzter Zeit. Überhaupt nicht! Wir hätten gerne viel mehr gehabt zur Räumung in Bure, zur Situation in Efrin, zum massiven Erstarken der Rechten in Italien und Tschechien, zum Widerstand in der Türkei, zum Nazi-Erwachen in der BRD...

Kein Grund zum Traurig-Sein. Es ist trotz der miserablen Verfasstheit der Revolutionär_innen im Allgemeinen wieder ein Heftchen geworden, das zeigt, dass nicht Alle die Flinte ins Korn werfen. Den vielen Aktionen können wir zwar nicht in dem Sinne gerecht werden, dass wir alle Bekennungsschreiben abdrucken, aber damit du überhaupt mitbekommst, dass sie stattgefunden haben, findest du am Ende eine kleine, unvollständige Chronik. Wir merken, wie sehr der Schlag gegen linksunten dazu führt, dass Viele überhaupt nicht mitbekommen, was an militanten Aktionen weltweit passiert. So lange es keine neue Internetpräsenz gibt, die die Funktion von linksunten einnehmen kann, werden wir in dieser Form einen kleinen Überblick verschaffen. Und wenn man das Blättchen deswegen auch „verbieten" will: ein Verein sind wir echt nicht - damit das schon mal klargestellt ist. ‚Müsst euch was Neues ausdenken, Büttel.

Wir wollen nicht nur ein interessantes Blättchen präsentieren, sondern auch auffordern, selbst was zu schreiben: Wo sind wir in 10-20 Jahren? Wie wird die Gesellschaft dann aussehen? Was heißt das für euch jetzt? Was heißt das für den politischen Widerstand? Wie sehen eure Perspektiven in euren Kämpfen aus? In Kämpfen um arbeiten und wohnen, in Kämpfen gegen Repression, Rassismus oder gegen Nazis samt der AfD, in Themenfeldern wie Digitalisierung, Ökologie, Kultur, Gesundheit, Geschlechterverhältnisse, Wissenschaft, Klassenverhältnisse, oder Mobilität. Welche Enwicklungen seht ihr in den Themenfeldern, in denen ihr unterwegs seid?

Wir hatten in letzter Zeit einen abgelaufenen pgp-Schlüssel auf unserem Blog und auch ein paar technische Probleme mit der Kommentarfunktion. Das hat es manchen von euch erschwert, einen Text zu schicken. Jetzt sollten die Probleme behoben sein. Ein aktueller Schlüssel ist nun auch dort hinterlegt. Den neuen Fingerprint findest du auch hier im Impressum.

Wir finden es gut, dass viele Leute Geld an *United We Stand* spenden. Leider sind wir leer gelaufen und wissen nicht, wie wir die nächste Ausgabe drucken sollen. Daher – stellt bitte dringend eine Spendendose auf. Wir danken allen, die Geld geschickt haben! Es ist leider nicht immer möglich, eine Bestätigung zu schicken. Aber die danach verlangten, können beruhigt schlafen.

Eine Bitte haben wir an den/die fleißige_n Schreiber_in aus Hannover: Wenn du uns was schreiben willst, versuche bitte einen(!) Text zu schreiben - und nicht eine Million Fragmente, die vor allem Verwirrung hinterlassen und oft, da handschriftlich, schwer zu lesen sind. Das ist auch der Grund, warum du deine Texte hier nicht finden wirst, obwohl wir deine Wut über die Verhältnisse verdammt gut nachvollziehen können.

Wir schicken der Berliner Interim einen Geburtstagsgruß zum 30.! Hier ist er: Gruß! Wir wünschen uns, dass ihr weiter macht und die Berliner_innen euch reichhaltig mit Texten versorgen. In diesen Zeiten braucht es unkontrollierbare analoge Medien!

Gutsnächtle, your Blättle-Redaktionskollektiv



Impressum:

Nr. 32 März - Mai 2018

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@nadir.org
***neuer** PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage*

Fingerprint: (NEU !!!)

962E E3CF F873 19AA 5647
5D93 E37A 4489 E058 5969

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
normalerweise alle drei Monate:
1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

In diesem Blättchen...

ZAD partout!	4
Aus Paris an unsere in aller Welt verstreuten Freunde	4
Tarnac-Prozessauftakt nach fast 10 Jahren	6
Bure: Polizeistaat = Atomstaat	7
Bure unter Militärbesatzung	8
Start ins neue Jahr- RWE-Areal zerlegt	9
Rache auf der Hambachbahn	9
Jetzt erst recht! Sabotage einer Pumpstation	10
5 Jahre NSU-Prozess - Kein Schlussstrich!	10
Hausbesuch bei Temme	11
Antifa im Zwiespalt	12
Thessaloniki, Griechenland	15
Solidarität mit Afrin	15
Heyva Sor ruft zur Hilfskampagne für Efrîn auf	20
Erklärung des AJZ Bielefeld	21
Repression im Zusammenhang mit NoG20	22
Ihr nehmt uns die Luft zum Agieren, wir nehmen euch die Luft zum Atmen!	25
Von Schweinen die fliegen und Alles zerstörenden Feuerbällen!	26
Update zur anarchistischen Gefangenen in Köln	28
Aserbaidschan	28
Der Aufstand der Unterdrückten und die Repression des Staates Iran	30
Anarcoteheran	34
„Die einzige Kirche, die erleuchtet, ist die, die brennt“	35
Chile	37
Still in Solidarity!	37
Jede Grenze ist Krieg, jede Grenze ist ein Knast	39
(HB) Kein Frieden mit der inneren Sicherheit	41
Ein Funken Hoffnung für unsere Kämpfe.	41
500 Cops und 3 Tage Regen	41
Nicht jede Wolke erzeugt ein Gewitter	46
Der Umbau der Städte	50
Neues von Amazon und Google	52
Gegen ein zweites Headquarter von Amazon	53
Ein Kampf gegen Google, aber nicht nur....	54
Schreibt uns!	58
Chronik	58

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

ZAD partout!

Anfang der 70er Jahre fand die wohl erste Demonstration gegen ein geplantes Flughafenprojekt in Notre-Dame-des-Landes statt. Seitdem ist viel passiert. Widerstand, Enteignungen von Bauern und Bäuerinnen, Vertreibungen, die Einstellung der Planungen in den 1980ern, die Wiederaufnahme der Planungen im Jahr 2000, die Wiederaufnahme des Widerstands, Informationskampagnen, die Besetzung der ZAD, Sabotage, militante Aktionen, die Entstehung von Kollektiven, Gerichtsprozesse, Spaltungsversuche, ein Hungerstreik, wochenlange Räumungen, Gründungen von Solidaritätskomitees, Wiederbesetzungen, die Entstehung neuer Landwirtschaftsprojekte, Riots, Medienhetze, Volksbefragungen, Mediationsverfahren, Demonstrationen, Strassenschlachten, zahllose Verletzte, Blockaden und die Tötung des Aktivisten Rémi Fraisse durch eine Offensivgranate der Polizei.

Am 17. Janur schließlich verkündete Frankreichs Premierminister Édouard Philippe: „Wir geben das Projekt von Notre-Dame-des-Landes auf."

Nach über 45 Jahren Widerstand gegen das unnütze Grossbauprojekt des Flughafens hat die Bewegung das Scheitern des Projektes erreicht. Der "Ministerrat" entschied, dass statt des Grossflughafens ein Ausbau des bestehenden Flughafens "machbarer" erscheint. Gegen die Spaltung des Widerstandes und seines Riesenerfolges gegen die grossindustriellen Interessen hat die Vollversammlung der Flughafengegner*innen am selben Tag einen gemeinsamen Text veröffentlicht, indem der Verbleib sämtlicher Bewohner*innen des Gebietes, inklusive der "neuen" Besetzer*innen, gefordert wird:

„Heute Nachmittag hat die Regierung die Aufgabe des Flughafens Notre-Dame-des-Landes angekündigt.

Wir stellen fest, dass die DUP (déclaration d'utilité publique = Erklärung des öffentlichen Nutzens) offiziell nicht verlängert wird. Das Projekt wird endgültig am 8. Februar null und nichtig sein.

Dies ist wohl ein historischer Sieg gegen ein destruktives Entwicklungsprojekt. Dies wird möglich dank einer langen Bewegung, die so engagiert wie verschieden ist.

Vor allem möchten wir alle diejenigen herzlich grüßen, die in den vergangenen 50 Jahren gegen dieses Flughafenprojekt mobil gemacht haben.

In Bezug auf die Zukunft der ZAD weist die ganze Bewegung heute erneut auf Folgendes hin:

- Die Notwendigkeit für die enteigneten Bäuer*innen und Bewohner*innen, ihre Rechte so schnell wie möglich vollständig wiedererlangen zu können.

- Die Ablehnung jeglicher Vertreibung derjenigen, die in den letzten Jahren im Wald eingezogen sind, um ihn zu verteidigen, und die weiter dort leben und sich darum kümmern wollen.

- Ein Wille, das Land der Zad langfristig durch die Bewegung in ihrer ganzen Vielfalt zu übernehmen - Bäuerinnen, Naturschützerinnen, Anwohnerinnen, Vereine, alte und neue Bewohnerinnen.

Um dies zu erreichen, müssen wir die institutionelle Umverteilung von Land einfrieren. In Zukunft soll dieses Gebiet ein Bereich für soziale, ökologische und landwirtschaftliche Experimente bleiben können.

In Bezug auf die Wiedereröffnung der Straße D281, die 2013 von den Behörden geschlossen wurde, verpflichtet sich die Bewegung, darauf selbst zu antworten. Polizeipräsenz oder -Intervention würden die Situation nur verschlimmern.

Wir wünschen uns auch, an diesem denkwürdigen Tag eine starke Solidaritätsbotschaft an andere Kämpfe gegen zerstörerische Großprojekte und für die Verteidigung bedrohter Gebiete zu richten."

Die französische Regierung kündigte mit dem Rückzug des Flughafenprojekts an, dass die „irregulären" Bewohner*innen der ZAD nach dem Ende der winterlichen Zwangsräumungspause ab Anfang April mit Räumungen zu rechnen haben. Der nächste Kampf, der hier gewonnen werden will, ist der gegen eine Rückeroberung der ZAD durch den Staat und für die absolute Selbstverwaltung dieses Gebiets. ZAD partout!

Aus Paris an unsere in aller Welt verstreuten Freunde

„Man könnte also Folgendes tun: anstatt feierlich 1968 zu gedenken, den Versuch starten, einen schönen Monat Mai 2018 zu organisieren."

Hier, in diesem Land, in dem wir jeden Tag schwerer atmeten, eine immer dünnere Luft, wo wir uns jeden Tag fremder fühlten, war die Abstumpfung das einzige, was uns passieren konnte, sie fraß uns auf – zu viel Leere, zu viel Betrug. Wohl oder übel leisteten wir uns Worte, das Abenteuer war literarisch, das Engagement platonisch.

Die Revolution morgen, die Möglichkeit einer Revolution – wie viele von uns glaubten noch daran?

Pierre Peuchmaurd, Plus vivants que jamais (1968)

Die Glut schwelt unter der Asche der Macron'schen Narkose. Die Regierung weiß das. Deswegen ist sie darauf bedacht, jeglicher kritischen Auseinandersetzung auszuweichen. Deswegen greift sie nur die Schwachen an oder die, die sich von vorne herein geschlagen geben. Es ist

eine Strategie der Schlachtvermeidung: ein Krieg, dessen Sieg darin besteht, jegliche entscheidende Auseinandersetzung zu umgehen.

Außerhalb der Regierung selbst und ihrer medialen Rechtfertigungsmaschine gibt es keinerlei Zustimmung zu den Manövern der Regierung. Was es gibt ist immense Gleichgültigkeit, Verdrossenheit, Ermüdung und eine Demoralisierung, an der die Eigentümer der öffentlichen Ordnung Tag für Tag gewissenhaft arbeiten.

Aber seitdem die Bewegung gegen das Loi Travail baden gegangen ist, gibt es auch eine Menge diffuser Energie, eine Vielzahl kaum wahrnehmbarer Desertionen, die unauffällig ihre Bahnen ziehen. Es gibt ein leicht entzündliches Element in der Schwebe, das nur auf eine Gelegenheit wartet, wieder aufzulodern, eine Gelegenheit, die nicht nur die mechanische Wiederholung der überholten Taktik des „cortège de tête“ ist. Hinzu kommen – trotz der geschickten Regierungskommunikation – so reich an Täuschungen, Überraschungseffekten, an doppeltem Spiel und anderem falschen Schein – die ersten Auswirkungen einer *wirklich geführten* Politik. Diese wirklichen Auswirkungen rufen Unzufriedenheiten hervor, die sich nicht mal durch diese Masse an Kunstgriffen zerstreuen lassen. Wenn auch noch nicht jeder am Ende ist, so ist der allgemeine *Burnout* dennoch nicht mehr weit. Also warum nicht alles außer Betrieb setzen, bevor wir selbst K.O. sind? Anstatt darauf zu warten, dass uns die Macht eine Gelegenheit gibt –das wird sie nie – den Unglückszug, in den sie uns gesetzt hat, anzuhalten – warum führen nicht wir selbst diese Gelegenheit herbei? Warum *bestimmen* wir nicht selbst den Zeitpunkt? Und da offensichtlich jeglicher Anlass für eine Revolution gegeben ist – warum einigen wir uns nicht auf einen Termin und konzentrieren unsere Kräfte?

Es scheint Leute zu geben, die im kommenden Mai feierlich dem Mai 68 gedenken möchten. Uns ist, ehrlich gesagt, der Mai 68 scheißegal. Wir haben's besser gemacht. Unsere Tags aus dem Frühjahr 2016 verweisen die von 1968 in die Kategorie „ausbaufähig“, sowohl was die Menge als auch was die Qualität angeht. Mal ehrlich, zwischen „dans saboter, il y a beauté“ und „jouir sans temps morts, vivre sans entraves“ brauch es kein Zielfoto. Dazwischen derselbe Unterschied wie zwischen spritzig und mühsam. Und über unsere Aufstände gibt es nichts zu sagen à la: besser organisiert, besser ausgerüstet, wir haben keinen Bedarf an trotzkistischen oder maoistischen Ordnern, an niemals endenden Plena, an Anführern. Alles ist im Fluss, in der Vielzahl, im situativen Verständnis. Das einzige ist, dass, da wir ja noch da sind, es niemanden gibt, der unserer gedenkt. Ok, stimmt, wir haben nicht das Land lahmgelegt. Soweit ging es mit den Besetzungen nicht. Auf der Ebene des Streiks haben die Gewerkschaften komplett versagt. Wir waren nicht Millionen wie 1968. Und dann gibt es da ein riesiges Problem der Perspektiven: früher reichte es, die Welt wieder in die Hand zu nehmen, mehr oder weniger wie sie war, aber jetzt ist die Welt einerseits komplett beschissen und andererseits ist das, was noch funktioniert



derart grauenhaft, dass sich oft damit nichts anderes mehr anstellen lässt, als sie auf den Schrott zu werfen. In anderen Worten: Früher reichte es, sich das anzueignen, was da war, jetzt muss man es gleichzeitig zerschlagen *und* reparieren. Ganz zu schweigen davon, dass wir selbst nicht unbedingt im besten Zustand sind. Eine große Aufgabe, also – und es wird viel Vorstellungskraft, viel Sensibilität und eine ausgeprägte Verwandlungsbereitschaft erfordern.

Vom Mai 68 merken wir uns folgende vier Dinge: **1** – es gab schon damals Randalierer, aber wenn man genug Randalierer ist, dann ist man nicht mehr Randalierer, sondern ein Ereignis; **2** – wir werden nichts erreichen wenn es uns nicht gelingt, das Land lahmzulegen; **3** – was die Verwüstung der Erde, den Verlust jeglicher Bedeutung, die Zombifikation der Menschen, die Absurdität der sozialen Ordnung, den Triumph der Technokratie und die Ausbreitung des Unglücks angeht hat der Kapitalismus sich methodisch daran gemacht, alles das, was der Mai 68 über ihn sagte, zu verwirklichen; **4** – da 68 die Macht, als Antwort auf den Versuch, den Überfluss zu organisieren, den Aufstand bekommen hat, hat sie sich gedacht, dass die Organisation der Knappheit vielleicht Ruhe bringen würde. Ungewiss, ob das mit der Ruhe wirklich geklappt hat – im Gegensatz dazu ist uns allen die Knappheit nur zu bekannt, kein Zweifel dass sie das mit Leichtigkeit geschafft hat.

Nochmal: wir scheißen auf den Mai 68. Dass Cohn-Bendit mit Macron und Debord in der Bibliothèque Nationale befreundet war, geht uns am Arsch vorbei. Vor allem ist das, angesichts der Lage, kein Grund dafür, sich nicht für den Mai zu verabreden. Wir werden Macron nicht zehn Jahre lang still und leise seine Pläne verwirklichen lassen. Wir werden nicht auf uns rum trampeln lasssen, auch nicht wenn dabei Molière zitiert wird. Wir wollen *die Katastrophe in Stücke reißen.*

Wir könnten also Folgendes tun: anstatt feierlich 1968 zu gedenken den Versuch starten, einen schönen Monat Mai 2018 zu organisieren.

Den Druck langsam erhöhen, und zwar bei der Demo der Eisenbahner & Co. am 22. März (was wäre eine Strategie, die Art und Weise, auf die die Präfektur den „cortège de tête“ zum Scheitern gebracht hat, selbst scheitern zu lassen? Warum berufen wir nicht für diesen

Abend eine große Diskussion ein, allen offenstehend, darüber, was wir im Mai machen könnten?).

Verbindungen zu denen knüpfen, die auch gerne was machen würden aber denen klar ist, dass die « mächtigen Gewerkschaftszentralen" nicht länger „ein adäquates Kampfmittel" sind – um es höflich auszudrücken.

Zwischen dem 22. und dem 31. März Pläne schmieden, um der Regierung zu zeigen, dass Räumung = Keilerei – egal, ob es um die ZAD, Migranten oder besetzte Orte geht.

Im April präsent bleiben, auf der Hut sein, aber vor allem einen wirklich revolutionären 1. Mai in Paris vorbereiten – die beiden letzten waren nicht schlecht, trotz der zunehmenden Härte der Polizeitaktiken. Außerdem werden dann zwangsläufig, wegen des Datums, eine ganze Menge Griechen, Italiener, Amerikaner, Engländer, Belgier, Deutsche da sein, die abfahren auf den Mai 68 oder auf das, was in den letzten Jahren in Frankreich passiert ist. Natürlich sollte man darüber nachdenken, sie ausdrücklich einzuladen, zu dieser Gelegenheit zu kommen, sie auch einladen, zu bleiben, sie beherbergen und ihnen das Gefühl geben, willkommen zu sein.

Alles was dann kommt muss erst geschaffen werden – Besetzungen, Blockaden, Streiks, von der Landkarte zu wischende Start-ups, durchdiskutierte Nächte, wilde Demos wie man sie sich nicht mehr zu machen traut – Demos, die mehr sind als bloßes Skandieren: mischen wir das yuppifizierte Stadtzentrum von Paris auf. Es mangelt weder an Zielen noch an Gelegenheiten in diesem Mai 2018. Aber um das zu schaffen, müssen wir jetzt anfangen, die verfügbaren Bestandteile von überall her zusammenzutragen.

Kurzum: unseren Vorteil ausspielen (Was, ihr feiert 68, und der Aufstand soll illegitim sein, die Besetzung illegal, die Ohnmacht der Macht unvorstellbar, die Revolution unmöglich und das Glück verboten??!!).

Unseren Vorteil ausspielen, *bis zur Bruchstelle*.
Bis gleich, wir werden das alles privat diskutieren!
Nichts ist vorbei, alles fängt an.

lundimatin#135

Informiert bleiben: lundi.am

Tarnac-Prozessauftakt nach fast 10 Jahren

Am 13. März startet das Tarnac-Verfahren in Frankreich.

In den frühen Morgenstunden des 11. November 2008 hatten Spezialeinheiten der französischen Polizei landesweit mehrere Objekte durchsucht und neun Personen festgenommen. Den Betroffenen dieser „Operation Taiga" wird vorgeworfen, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein. Einige von ihnen sollen wenige Tage zuvor mit sogenannten „Hakenkrallen" an Oberleitungen von Bahnlinien versucht haben.

Im Dörfchen Tarnac im Südwesten Frankreichs, wo die Verhafteten zusammenleben, hatte die maskierte Polizei Fotografen und ein Fernsehteam zur Razzia mitgebracht. Die Reporter präsentierten den geneigten Zuschauern die vermeintlichen Verantwortlichen für stundenlange Zugverspätungen der Hochgeschwindigkeitszüge TGV im Frühstücksfernsehen. Trotz fehlender Beweise und bestenfalls dürftigen Indizien dauerte es beinahe sieben Monate, bis mit Julien Coupat der letzte der Beschuldigten vorläufig aus der Haft entlassen wurde.

Julien Coupat wird zudem zur Last gelegt, das Buch „Der kommende Aufstand" (herausgegeben von einem „Unsichtbaren Komitee") mitverfasst zu haben, in dem unter anderem zur Sabotage aufgerufen wird – in Frankreich immerhin ein seit Jahrhunderten übliches und immer noch propagiertes Mittel im Arbeitskampf. „Der kommende Aufstand" ist in vielen Sprachen erschienen.

In Frankreich ist nie eine Erklärung für die Sabotage der Oberleitungen eingegangen. Stattdessen hatten Zeitungen in Deutschland einen Tag vor den Verhaftungen der „Tarnac9" entsprechende Schreiben erhalten, darunter auch die taz Berlin – die es allerdings nicht für wichtig genug hielt, diese zu veröffentlichen. Die Verfasser übernehmen darin die Verantwortung für Anschläge auf Strecken in Frankreich und Deutschland im November 2008 anlässlich des „Castor"-Transports mit Atommüll von La Hague nach Gorleben: Paris-Strasbourg, Paris-Lille, Paris-Rhone-Alpes, Paris-Bourgogne, Ludwighafen-Mainz, Kassel-Ruhrgebiet, Ruhrgebiet-Hannover, Bremen-Hamburg und mehrere Strecken im Raum Berlin. Der Text endet mit den Worten „... in Erinnerung an Sébastian". Sébastian Briat war 2004 in Frankreich von einem Zug überrollt worden, als er sich aus Protest gegen einen Atomtransport an die Gleise kettete. Der Zugführer hatte die Signale zum Anhalten nicht beachtet (Die Anweisung „Vorsichtige Fahrt" wurde nicht gegeben).

Die Sabotage von Oberleitungen gehört in Deutschland seit 1996 zum Repertoire linker Aktivisten, um etwa gegen die Rolle der Deutschen Bahn bei „Castor"-Transporten zu protestieren. Obwohl bei den Aktionen keine Menschen verletzt werden können, ermitteln Verfolgungsbehörden neben „gefährlichem Eingriff in den Bahnverkehr" auch nach dem Terrorismusparagraphen §129a, der ihnen beträchtlichen Spielraum zur Überwachung potentieller Verdächtiger gewährt.

Da die Staatsanwaltschaft im Tarnac-Verfahren den offensichtlich anti-atomaren Hintergrund der Anschläge verleugnet, und stattdessen eine wüste Kampagne gegen eine „mouvance anarcho autonome" lancierte,

dokumentieren wir hier noch einmal das Kommunique zur Anschlagsserie:

Den Angeklagten im Tarnac-Verfahren viel Kraft und unsere solidarischen Grüße !!!

„Ihr bekämpft uns, ihr stärkt uns.
Ihr bekämpft uns nicht, wir stärken uns.
Herren der Welt, ihr seid durch."

anonym

Dokumentation: „Weil wir es satt haben

dass die Gewählten Verantwortung für das Weltklima heucheln, damit aber die fortgesetzte Lizenz zum Gelddrucken - nämlich den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken - meinen,

dass Verantwortliche in Industrie und Verwaltung das Wort Sicherheit des Atommülls in den Mund nehmen, obwohl die lebensbedrohliche Atomindustrie eine unermessliche Gefahr für die kommenden Generationen darstellt,

dass behauptet wird, ein Endlager Gorleben brächte tausende Jahre sichere Aufbewahrung von Atommüll, obwohl das Versuchsendlager Asse schon nach 40 Jahren einsturzgefährdet ist und der dort lagernde Atommüll das Grundwasser der Region zu verseuchen droht;

dass der deutsche Staat innerhalb weniger Tage 500 Milliarden an Bürgschaften zur Rettung des Kapitalismus bereitstellt, während nicht mal ein Rettungspaket gegen den ‚akuten` Welthunger finanziert wird;

dass Gesetze des Marktes und nationalstaatliche Interessen bestimmen, wo Armut herrscht, wo Überfluss; wo gestorben wird und wo gelebt; wo geschlemmt und wo gehungert wird.

weil wir all das satt haben, haben wir heute im Frühtau unsere Wut an die Atomtransportstrecken getragen. Mit Brandanschlägen und Hakenkrallen haben wir heute Nacht an den Eisenbahnstrecken: Paris-Strasbourg, Paris-Lille, Paris-Rhone-Alpes, Paris-Bourgogne, Ludwigshafen-Mainz, Kassel-Ruhrgebiet, Ruhrgebiet-Hannover, Bremen-Hamburg und mehreren Strecken im Raum Berlin, Zeichen unseres Widerstandes gesetzt.

Die Reisenden in den Zügen bitten wir hiermit - und in Anbetracht der politischen Dimension der laufenden Verarschung, Verdummung, Verseuchung und Verelendung - um das geneigte Verständnis."

[Kommuniqué zu den Aktionen am 8.11.2008]

www.anti-atom-aktuell.de

Bure: Polizeistaat = Atomstaat

Der Atomstaat zeigt an diesen Tagen seine Zähne in Bure und er beweist ein mal mehr, dass Atomkraft und Grundrechte nicht kompatibel sind. Der Staat zeigt sein hässliches autoritäres Gesicht, um das Atomklo durchzusetzen. Grundrechte werden per Dekret außer Kraft gesetzt: Demonstrationsverbot, Fußgängerverbot, Fahr- und Parkverbote, etc.

Der atomare Wahnsinn geht außerdem weiter. Ein neuer Versorgungstransport (Uranerzkonzentrat, Yellow Cake) wurde beobachtet, er ist aktuell von Hamburg nach Narbonne unterwegs.

Der seit anderthalb Jahr besetzte Wald Bois Lejuc wurde am 22.2. durch 500 Militär-Polizist*innen geräumt. Die Regierung bewies dadurch wie heuchlerisch ihre Gerede von « Dialog » ist. Die Räumung erfolgte am Tag vor dem Besuch des Staatssekretärs Lecornu in Bure, der in den Medien «von « Dialog » spricht. Wie die Regierung mit den Projektgegner*innen spricht… das erleben sie jeden Tag: Nämlich mit Knüppel, Überwachung und Polizeigewalt. Infrastruktur wurde bei der Räumung des Waldes zerstört, das – legale – Widerstandshaus in Bure gestürmt. Zwei Menschen befinden sich seitdem in U-Haft, sie haben eine Aburteilung in einem Schnellverfahren ohne Zugang zur Akte und Kenntnis der konkreten Vorwürfe gegen sie abgelehnt und müssen deshalb bis zu ihrem Prozess in U-Haft bleiben.

Die Widerständigen lassen sich nicht unterkriegen. Einige Eulen – wie sie genannt werden – haben Bäume wieder besetzt. Das Widerstandstreffen vom heutigen Samstag und morgigem Sonntag findet trotz repressivem Klima statt. Mehre Hundert Menschen werden in Bure erwartet. Das ist das Zusammentreffen der zahlreichen dezentralen Unterstützungskomitees für Bure. Das Wochenende wollen sie nutzen, um den weiteren Widerstand zu planen.

Dies hat der Staat für weitere willkürlichen repressiven Maßnahmen zum Anlass genommen. In Bure herrscht Demokratur. Frankreich ist angeblich ein Rechtsstaat mit Demokratie, faktisch werden per Verfügungen und Dekret Grundrechte in diktatorischer Art ausgehebelt. 1000 Polizisten werden eingesetzt (in Bure leben 90 Menschen…), Wasserwerfer stehen bereit, tödliche Granaten auch (Siehe Rémi Fraisse, Robin)

In Frankreich verfügen Präfekturen über sehr weitgehende Befugnisse. Der Präfekt ist kein gewählter Vertreter, er wird durch die Regierung in Paris ernannt. Die Einwohner*innen rund um Bure sind es der ständigen Polizeipräsenz und Kontrollen, die willkürlich per Dekret immer wieder verfügt werden, gewohnt. Heute gehen die Verfügungen noch weiter. Verfügt wurden:

Ein vollständiges Demonstrationsverbot in Bure, Mandres en Barrois und in den anliegenden Gemeinden bis Montag 5.3. inklusive.

Ein komplettes Park- und Fahrverbot in Bure und Mandres en Barrois. Die Einwohner*innen dürfen zu ihrer Wohnung. Andere Menschen (außer die Polizei selbst, klar) dürfen nicht durch die Gegend fahren. Zwischen Bonnet und dem Wald Lejuc herrscht Fußgängerverbot. Mehrere Landstraßen werden für den Verkehr vollständig gesperrt, zahlreiche Kontrollsperren eingerichtet.

Die Verfügung ist etwas älter, gilt aber noch: Autos dürfen ohne Begründung jederzeit durchsucht werden, die Personalien der Insassen festgestellt werden. Was dann als « Waffe » betrachtet wird, das richtet sich nach Lust und Laune der Militärpolizei. [...]

300 Menschen demonstrierten schließlich trotz Verbot am Samstag nachmittag. Die Polizei griff mit Granaten an, obwohl die Menschen sich auf einem privaten Grundstück, einem Feld das für den Aufbau der „Vigie“ (Aufsichtspunkt für eine Dauermahnwache) zur Verfügung gestellt wird, befanden. Die Menschen liefen anschließend zurück nach Mandres-en-Barrois. Einige Demonstrant*innen wurden verletzt, eine Person hat eine Granate am kopf abbekommen. Eine Person wurde nach der Demo festgenommen. Die Workshops gehen nun weiter.

Derweil geht der Wahnsinn Atomkraft weiter. Atommüll wird weiter produziert, obwohl es für seine Entsorgung keine sichere Lösung gibt. Am heutigen Tag ist ein weiterer Versorgungstransport der Atomindustrie an Bure in Woippy vorbei gefahren. Der Uranzug mit 7 Containern Uranerzkonzentrat startete am Donnerstag in Hamburg und wird die Orano (Ex Areva) Uranfabrik in Narbonne Malvési am Montag erreichen. Das Uranerzkonzentrat stammt aus Namibia und wurde mit der „Red Cedar“ einem Schiff der Hamburger Reederei MACS nach Hamburg transportiert und am SWT bei C. Steinweg auf den Uranzug umgeschlagen. Der Zug wurde gestern um 17:30 Uhr in Hagen Vorhalle beobachtet und gefilmt. Er verließ Köln Gremberghofen heute früh um 4 Uhr und ist nun in Frankreich. Diese Transporte sind für die Herstellung von Brennelementen und die Versorgung von AKWs weltweit notwendig.

„Déchets nucléaires: Arrêter d‘en produire et ne surtout pas enfouir !“ – „Atommüll: Produktion stoppen, nicht tief einlagern“ sagen die Französischen Atomkraftgegner*innen. Es gibt zahlreiche Möglichkeit den Widerstand gegen das Atomklo in Bure zu unterstützen!

- Finanzielle Unterstützung
  Materielle Unterstützung
- Gründung eines dezentralen Unterstützungskomitees, für Infos zu Bure auf Deutsch gibt es zudem eine Mailingliste, die jede-r abonnieren kann.
- Atommüll verhindern bevor er entsteht, Versorgungstransporte – wie der aktuelle Transport von Namibia – Hamburg nach Narbonne – verhindern.(siehe urantransport.de)
- Widerstand vor Ort in Bure persönlich unterstützen
- Solibanner und Solifotos verbreiten, Bure ist überall
- Beteiligung am internationalen Antiatom-Camp in Frankreich im August 2018

de.vmc.camp 3. März 2018

Bure unter Militärbesatzung

Bure-Unterstützungskomitees aus ganz Frankreich versammelten sich am Wochenende vom 3. und 4. März in Bure und Mandre-en-Barrois um über die Gestaltung des künftigen Widerstandes gegen das Atomklo Cigéo zu reden. Neben zahlreichen Gesprächen, Workshops und gemütlichem Beisammensein, zeigten sie ihre Entschlossenheit auf der Straße. Trotz Verbot. Die Präfektur hatte für das Wochenende alle Demonstrationen verboten. Wer wissen will, was die „Atomisierung“ und „Militarisierung“ der Gegend bedeutet und wie es sich anfühlt, muss nur einen kleinen Spaziergang durch die Gegend machen. Selbst eine kurze Autofahrt von A nach B außerhalb jeglicher Demonstration kann in den Gerichtssaal führen.

Am morgigen Dienstag steht ein Projektgegner wegen dem unerlaubten Mitführern von Waffen vor Gericht. Die „Waffen“ wurden im Sommer 2017 bei einer „zufälligen“ Verkehrskontrolle in seinem Bus gefunden: 2 Opinels, eine Kabeltrommel und ein Tortenheber (pelle à tarte). Ob der Aktivist vor Gericht stehen würde, wäre er nicht als Projektgegner bei der Polizei registriert gewesen?

Am heutigen Tag wurde zudem in einem Schnellverfahren (der Anwalt hat in solchen Verfahren nicht einmal Zugang zur vollständigen Akte) ein Demonstrant zu einer 3-monatigen Bewährungsstrafe wegen Widerstand (Violences à agent) verurteilt – er hatte sich am gestrigen Tag an einer verbotenen Demonstration beteiligt und soll bei einer „körperlichen Auseinandersetzung“ auf das Helm eines Militärpolizisten geschlagen haben. Er darf darüber hinaus das Département Meuse ein Jahr lang nicht betreten, ansonsten wird die Bewährung widerrufen. Der Widerstand soll dadurch geschwächt werden, dass Menschen nicht mehr an die Proteste teilnehmen können, ohne die Gefahr zu laufen, im Gefängnis zu landen.

Seit der Räumung der Waldbesetzung am 22. Februar befinden sich zwei Menschen in U-Haft. Sie haben die Aburteilung in einem Schnellverfahren abgelehnt und Aufschub beantragt, um ihren Prozess vorbereiten zu können. Sie warten auf ihren Prozess, der voraussichtlich Mitten März statt finden wird.

7 weitere Menschen befinden sich seit gestern im Gewahrsam. Der Polizeigewahrsam wurde nach den ersten

24 Stunden um weitere 24 Stunden verlängert. Den 7 Menschen wird vorgeworfen, sich an einer verbotenen Demonstration am gestrigen Tag beteiligt zu haben. Ca. 100 Menschen hatten – trotz Verbot – wie es 400 Menschen am Tag zuvor bereits taten, demonstriert. Dabei wollten sie auf einem Feld, dass ein Bauer zur Verfügung stellt, eine Dauermahnwache einrichten. Dies wurde verhindert. Die Aktivist*innen geben aber nicht auf und werden es später erneut versuchen.

Das Militär prägt das Bild. Die Einheimischen sprechen von Besatzung. Sie werden bis in ihre Küche zu Hause durch das Fenster durch Polizeibeamt*innen gefilmt.
Am gestrigen Sonntag stand das 150 Einwohner Dorf Mandres-en-Barrois in einer Tränengasvolke. Die Polizei schoss bis in die Privatgärten hinein, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen. Das Tränengas verbreitete sich durch die Lüftung in die Häuser hinein.

de.vmc.camp 5. März 2018

Start ins neue Jahr- RWE-Areal zerlegt

Dokumentation: „Wir sind eine Gruppe autonomer Anarchist*innen, die sich dem Kampf gegen Kapitalismus und RWE verschrieben haben. Wir sind nicht an die Waldbesetzung oder den Wald gebunden und handeln unabhängig und frei. In dieser Aktion wurde ein von RWE privatisiertes Areal verwüstet. Es war Teil des Waldes, bevor RWE diesen Lebensraum zerstörte, umzäunte, für seine Strukturen nutzte und überwachte. Diese Struktur sollte ihnen helfen den Rest (226 ha) des 12000 Jahre alten, einst 5500 ha großen Hambacher Forstes für ihren Profit mit der Braunkohle zu zerstören. Dieses Areal haben wir versucht dem Wald zurückzugeben. Material, welches wir dort entwendet haben, dient nun dem Schutz des Waldes und stärkt die Barrikaden. Der Generator ist für RWE vorerst nicht mehr nutzbar. Außerdem hinterließen wir ein paar Nachrichten: There are no jobs on a dead planet!

Dass RWE dieses Area verbotenerweise außerhalb der Rodungssaison gerodet hat, zeigt, dass sie nicht einmal die staatlichen Gesetze (die wir ohnehin für falsch halten) respektieren, wenn es ihnen nichts nutzt. Wir werden es ihnen so schwer wie möglich machen, neue Strukturen im Wald aufzubauen.

Der Widerstand gegen den Konzern ist schwierig, RWE bestichet lokale Strukturen, z.B Kindergärten und ist verbündelt mit Politiker*innen wie dem derzeitigen Innenminister Herbert Raul. Das führt dazu, dass Supporter*innen für die Waldbesetzung eingeschüchtert werden und Angst haben, militante Aktionen unsererseits könnten eine Rodung des Waldes zur Folge haben. Damit will RWE den Widerstand spalten, wir werden uns dem Druck aber nicht beugen. Wenn die Polizei den Wald zerstört, sind ganz allein sie dafür verantwortlich.

Diese Aktion war erst der Anfang des <Fight back 2018>. Je mehr Repression wir erdulden müssen, desto intensiver werden wir kämpfen! Kein Baum ohne Folgen, wir halten unsere Versprechen!

Happy new fear!"

start-up anarchy

Rache auf der Hambachbahn

Dokumentation: „Am Freitag, den 26.01.2018 haben wir die RWE Kohlebahn ausgeschaltet. Uns, einer autonomen Anarchistigruppe, wurde aus sicherer Quelle zugetragen, was am Montag, den 22.01.2018 bei der Barrikadenräumung im Hambacher Forst geschah. Demnach waren Politiker*innen zur „Besichtigung der Polizeiarbeit" eingeladen. Die Polizei führte heimlich, geschützt von einer Hundertschaft und Helikoptern selbst die rechtsextreme AFD durch den Wald. Trotz vorheriger Versprechen, diese Fraktion würde nicht kommen. Es war eine Machtdemonstration, die für RWE und Polizei peinlich endete, denn sie waren dank des effektiven Widerstands der Aktivist*innen im Wald nicht in der Lage, die Räumung erfolgreich durchzuführen. Um ein Exempel zu statuieren, verhafteten sie elf Menschen, führten sie der*m Haftrichter*in vor und steckten sie in U-haft, wo neun noch immer sind, weil sie sich weigern, dem Repressionsapparat ihre Identität preiszugeben. Wir haben größten Respekt vor jeder*m von ihnen! Das Verhalten von Polizei, RWE und Staat ist widerwärtig, also haben wir beschlossen, nach NRW zu kommen und die Kohlebahn auszuschalten. Der feurige Kurzschluss, den wir an den Oberleitungen verursachten, dürfte sie lehren, dass sie auf alles, was sie tun auch eine Antwort von uns bekommen werden. Das Prinzip ist einfach:von einer Brücke aus links und rechts neben den Leitungen Nylonschnüre mit Gewichten herablassen, dann den an den Schnüren befestigten Metalldraht hinabwerfen. Unbedingt die Augen schließen.

Wir sind bereit jederzeit wiederzukommen und der Preis steigt mit den Kosten... Wir werden immer jene unterstützen, die der staatlichen Repression die Stirn bieten und in ihrem Namen Rache nehmen. Solidarische Grüße an alle Gefangenen. SMASH CAPITALISM. SMASH THE STATE. SMASH RWE."

anonym

Jetzt erst recht!

Dokumentation:"In der Nacht vom 26. Januar haben wir eine Pumpstation von RWE mit mehreren Brandsätzen sabotiert. Damit schicken wir erste Rauchzeichen an die 9 kämpfenden Gefangenen der Hambacher Forst-Bewegung.

In der Nacht vom 26. Januar haben wir eine Pumpstation von RWE mit mehreren Brandsätzen sabotiert. Damit schicken wir erste Rauchzeichen an die 9 kämpfenden Gefangenen der Hambacher Forst-Bewegung.

Angriffe gegen RWE Infrastruktur sind ein wichtiger Teil des Anti-Braunkohle Widerstands. Dafür gibt es viele verschiedene Möglichkeiten, Angriffe gegen Pumpstationen, wie vergangene Aktionen zeigten, sind einfach durchzuführen und schädigen den reibungslosen Ablauf des Tagebaus. Es entstehen für RWE nicht nur Kosten um die zerstörte Infrastruktur zu ersetzen, auch die Kosten für das Sicherheitspersonal sind bereits in der Vergangenheit gestiegen.

Wir rufen dazu auf den (militanten) Widerstand gegen Braunkohle auszuweiten. Trotz Rodungsstopp im Hambacher Forst und obwohl die nächste Ende Gelände Aktion vielleicht bald schon wieder kommt: Klimaaktivismus ist nicht nur einmal im Jahr!

An den Staat: Eure Repression kann uns nicht einschüchtern. Der Kampf geht weiter… und so. Jetzt erst recht!

Liebe und Krawall in die Haft!"

Some anarchists

5 Jahre NSU-Prozess - Kein Schlussstrich!

Aufruf zu einer Demonstration und Kundgebung zu Beginn der Urteilsverkündung im NSU-Prozess in München

Am 6. Mai 2013 begann vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen Beate Zschäpe, André Eminger, Holger Gerlach, Ralf Wohlleben und Carsten Sch. Voraussichtlich im Frühjahr 2018 wird der Prozess nach etwa 400 Verhandlungstagen zu Ende gehen. Unabhängig davon, welchen Ausgang der Prozess nimmt: Für uns bleiben mehr Fragen als Antworten. Wir werden daher zum Prozessende zusammen auf die Straße gehen. Denn wir werden den NSU nicht zu den Akten legen.

Wir wollen wissen, wer für die Mordserie, die Anschläge und den Terror verantwortlich ist. Die Beschränkung der Bundesanwaltschaft auf das Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und ihr nächstes Umfeld ignoriert den Netzwerkcharakter des „Nationalsozialistischen Untergrunds". Der NSU war keine isolierte Zelle aus drei Personen, der NSU war auch mehr als die fünf Angeklagten vor dem Oberlandesgericht. Nicht zuletzt die Arbeit der Nebenklage hat diese Grundannahme längst widerlegt. Ohne militante Nazi-Strukturen wie Blood and Honour, lokale Kameradschaften oder etwa den Thüringer Heimatschutz um V-Mann Tino Brandt und Ralf Wohlleben, wäre der NSU wohl schwer möglich gewesen. Die Aufklärung im Rahmen des Prozesses wurde jedoch konsequent unterbunden, auch durch die eng geführte Anklageschrift der Bundesanwaltschaft und die Weigerung, der Nebenklage komplette Akteneinsicht zu gewähren.

Es geht uns um die Entschädigung der Betroffenen, Überlebenden und Hinterbliebenen sowie die Würdigung ihrer Perspektive in der Debatte. Es war gerade auch das Umfeld der Mordopfer, das früh darauf bestand, eine rassistische Motivation für die Taten in die Ermittlungen einzubeziehen. Etwa auf den Schweigemärschen in Kassel und Dortmund, die unter dem Motto „Kein 10. Opfer!" die Aufklärung der Mordserie forderten. Stattdessen richteten sich die Untersuchungen vornehmlich gegen das Umfeld der Opfer und Betroffenen. Immer wieder gerieten auch Hinterbliebene der Ermordeten ins Visier der Behörden. Aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft konnten sie keine große Anteilnahme erwarten: als Menschen mit Migrationsgeschichte durften sie nicht einfach Opfer sein – etwas potentiell Kriminelles, irgendwie Gefährliches musste doch an ihnen haften. Dies zog sich wie ein roter Faden durch die Ermittlungen, sowohl bei den „Česká-Morden" als auch bei den Anschlägen des NSU, etwa auf die Kölner Keupstraße, und das obwohl zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Verbindung zwischen den Taten zu bestehen schien. Doch es gab diese Verbindung: die Ermordeten, die Verletzten, die Attackierten waren durch ihre Migrationsbiografie ins Visier des rassistischen Terrors geraten. Und es waren rassistische Ressentiments bei Polizei und Sicherheitsbehörden, welche die Ermittlungen in die Irre führten, es waren rassistische Klischees, die Presseberichterstattung und Öffentlichkeit dazu brachten, die fantastischen Erzählungen von mafiösen und kriminellen Verstrickungen der Betroffenen zu verbreiten.

Wir müssen über Rassismus reden. Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem. Und das gilt wortwörtlich: Diese Gesellschaft hat ein Rassismusproblem, und zwar ein gewaltiges. Rassismus wird dabei fälschlicherweise oft nur bei klassischen Neonazis verortet. Ebenso findet sich Rassismus auch jenseits der sogenannten neuen Rechten, die sich hinter den Bannern von AfD, Pegida und Konsorten versammeln. Rassismus findet sich in Ämter- und Behördenpraxis, Polizeiarbeit, der Art wie gesellschaftliche Ressourcen und Teilhabe verteilt werden. Rassismus findet sich in marktschreierischen Wahlkampfauftritten wie auch in subtil und vornehm formulierten Leitartikeln. Rassismus zieht sich durch die ganze Gesellschaft: Weil die Gesellschaft, wie sie derzeit eingerichtet ist, Hierarchie, Ausbeutung und Ausgrenzung zwingend hervorbringt und legitimieren muss. Weil eine von Herrschaft durchzogene Gesellschaft, in der Ressourcen und Positionen ungleich

verteilt und umkämpft sind, nicht allein durch den Bezug auf eine angebliche gemeinsame „Kultur" zusammengehalten werden kann, sondern die Abwertung anderer „Kulturen" benötigt. Weil die „eigene" Identität stabilisiert wird, indem negative Elemente auf die Projektion der „Anderen" abgewälzt werden.

Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz wusste nicht zu wenig, sondern zu viel. Das wurde bereits in den ersten Wochen nach der Selbstenttarnung des NSU deutlich. Doch während Image und Legitimität des Inlandsgeheimdienstes zumindest zwischenzeitlich Schaden nahmen und und viele Stimmen bis weit ins bürgerliche Lager seine Abschaffung forderten, ging er letztlich doch unbeschadet aus der Affäre und steht mittlerweile wahrscheinlich sogar besser da als zuvor. Er konnte nicht nur seine gesellschaftliche Reputation wiederherstellen, sondern sogar seine Befugnisse ausweiten. Für uns ist die Sache jedoch nicht erledigt: Für uns bleiben Fragen: Fragen bezüglich der wiederholten, planmäßigen Vernichtung relevanter Akten; Fragen zur Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme, der sich im Internetcafé Halit Yozgats aufhielt, als dieser ermordet wurde, und angeblich nichts bemerkt haben will; Fragen zu V-Mann Piatto, der schon 1998 wichtige Hinweise über die untergetauchten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe weitergab; Fragen zu Ralf Marschner, der als V-Mann Primus im Kontakt mit den Untergetauchten gestanden haben soll. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Im Kampf gegen rechte Strukturen schließen wir uns nicht den wiederkehrenden Rufen an, der Verfassungsschutz solle künftig bitte auch diese oder jene rechte Gruppe beobachten. Nazis sind auch ohne Gelder, Aufbauarbeit und logistische Unterstützung des Geheimdienstes gefährlich genug. Mindestens diese Lehre sollte aus dem NSU gezogen werden.

Wir wehren uns gegen rassistische Stimmungsmache und Gewalt. Der NSU war nicht die erste Neonazi-Terrororganisation und es sieht auch nicht so aus, als sei er die letzte gewesen. In den letzten Monaten laufen und liefen mehrere Prozesse gegen Zusammenschlüsse wie die „Oldschool Society" oder die „Gruppe Freital". Daneben häufen sich die Meldungen von immer neuen Waffenfunden bei rechten Strukturen, immer neue gewaltbereite rechte Organisierungsansätze sprießen regelrecht aus dem Boden. Die Zahl der Brandanschläge und rassistischen Übergriffe ist in den letzten Jahren gravierend angestiegen. Und während sich der nette Herr von nebenan im Internet mit „Migrantenschreck" genannten Schusswaffen eindeckt, legen die Entscheidungsträger_innen mit dem Abbau des Asylrechts und neuen Integrationsgesetzen vor, setzen Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Abschreckung, werden Sammelabschiebungen auf den Weg geschickt und Abschiebelager hochgezogen.

Nach vier Jahren lässt sich ein frustrierendes Fazit ziehen. Noch immer wird rechte Gewalt verharmlost, noch immer darf sich der Verfassungsschutz als Beschützer inszenieren, noch immer hat diese Gesellschaft Rassismus nicht überwunden, noch immer ist es nötig auf den institutionellen Rassismus in Deutschland hinzuweisen, wie das erst jüngst die UN und Nichtregierungsorganisationen getan haben und wie es Selbstorganisierungen von Betroffenen nicht erst seit gestern tun. Es wurden von Seiten der Mehrheitsgesellschaft keine erkennbaren Lehren aus dem NSU gezogen. Höchste Zeit also, dass sich das ändert. Initiativen wie „Keupstraße ist überall" oder das „NSU-Tribunal" und die zahlreichen Vereinigungen die lokal im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des NSU zusammen kamen, haben vorgemacht wie es geht.

Am Tag der Urteilsverkündung wollen wir mit euch auf die Straße gehen. Denn für uns bedeutet das Ende des Prozesses nicht das Ende der Auseinandersetzung mit dem NSU und der Gesellschaft, die ihn möglich machte:

Kein Schlussstrich!
NSU-Komplex aufklären und auflösen!
Verfassungsschutz auflösen – V- Leute abschaffen!
Dem aktuellen rassistischen Terror gegen Flüchtlinge und MigrantInnen entgegentreten!
Rassismus in Behörden und Gesellschaft bekämpfen!

Hausbesuch bei Temme

Hofgeismar — Am Sonntag 4. März 2018 statteten mehrere Aktivist*innen des Aktionsbündnisses „NSU-Komplex auflösen" Andreas Temme einen spontanen Besuch an seinem Wohnort in Hofgeismar ab. Dabei hinterließen sie dem ehemaligen Geheimdienstagenten des hessischen Verfassungsschutzes die Anklageschrift des Tribunals NSU-Komplex auflösen. An den Zaun vor Temmes Haus hängten die Aktivisten gelbe Plastiktüten. Damit spielten sie auf eine Tüte an, die Temme dabei hatte, als er sich am Tatort des Mordes am Kasseler Internetcafébetreiber Halit Yozgat aufhielt. Es sei nie geklärt worden, ob sich in der Tüte nicht die spätere Tatwaffe befunden habe, heißt es in einer Mitteilung der Gruppe. Bei einem Demonstrationszug durch den Ort verteilten die Aktivist*innen Flugblätter an Passant*innen und Anwohner*innen.

„Entweder Andreas Temme hat gesehen, wer die Täter waren, oder er hat sie geführt, oder er selbst hat die Tat begangen." (Ismail Yozgat, Vater des am 6.4.2006 in Kassel ermordeten Halit Yozgat)

Wir dokumentieren den Text des in Hofgeismar verteilten Flugblatts:

Im Namen der Aufklärung, im Namen der Gerechtigkeit, im Namen der Opfer und ihrer Angehörigen klagen wir Andreas und Eva Temme an. Das nahende Ende des NSU-Prozesses vor dem Oberlandesgericht in München wird kein Schlusspunkt in unserem Kampf um die Wahrheit sein. Wir fordern die Nachbarn und das Umfeld von Andreas und Eva Temme auf, mit uns für die Auf-

klärung des Mordes an Halit Yozgat und des gesamten NSU-Komplexes einzustehen.

WIR KLAGEN AN

Andreas Temme, Jg. 1968, V-Person-Führer des VS Hessen Temme erhielt am 24. März 2006 dienstlich Kenntnis von der Česká-Mordserie. Temme zeichnete diese Rundmail persönlich ab. Am 6. April 2006, unmittelbar vor dem Mord an Halit Yozgat, telefonierte Temme mit seiner von ihm geführten V-Person, dem Skinhead und Nazi Benjamin Gärtner zweimal, bevor er das Internetcafé in Kassel aufsuchte. Dort loggte er sich um 17.01 Uhr aus. Unmittelbar darauf

fand Ismail Yozgat seinen erschossenen Sohn hinter der Ladentheke. Temme stellte sich auch nach mehreren Aufrufen der Polizei nicht als Zeuge des Tatgeschehens zur Verfügung.

Am Montag den 10. April 2006 erschien Andreas Temme wieder bei der Arbeit im Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz. An diesem Vormittag unterhielt sich Temme mit einer Kollegin über den Mord und sagte dabei, dass die Tat ‚keinen regionalen Bezug' habe, weil die Waffe bei einer bundesweiten Serie eingesetzt worden sei. Doch dass beim Mord im Internet-Café mit der Česká geschossen wurde, war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht bekannt. Die Polizei trat mit der Meldung, dass der Kasseler Mord zu der Česká-Serie gehört, erst am Nachmittag vor die Presse. Woher Temme zu dieser Zeit vom Einsatz der Česká in Kassel wusste, ist unbekannt. Ermittlungstechnisch gesehen war es Täterwissen, das Temme in dem Gespräch mit seiner Kollegin offenbart hatte.

Nachdem die Polizei die Anwesenheit von Temme zum Tatzeitpunkt im Internetcafe ermittelt hatte, nahm sie ihn am 21. April 2006 zu Hause in Hofgeismar vorläufig fest. Bei einer Durchsuchung seines Arbeitszimmers fand sich sehr spezielle Literatur über den Nationalsozialismus, etwa den „Lehrplan für die weltanschauliche Erziehung in der SS" oder „Wille und Weg des Nationalsozialismus", daneben Zeichenhefte, in die sorgfältig die Orden des Dritten Reichs abgemalt waren. Außerdem stellte die Kripo einige Ausgaben der Zeitschrift „Das III. Reich" sicher sowie Auszüge von „Mein Kampf."

Nach der Selbstenttarnung des NSU 2011 erklärte Temme mehrfach in Untersuchungsausschüssen und vor dem OLG München, im Internetcafé weder den toten Halit Yozgat gesehen, noch die Schussgeräusche gehört und auch nicht den Pulverdampf gerochen zu haben, noch zuvor dienstlich von der Mordserie Kenntnis gehabt zu haben.

Diese Aussagen sind durch die Forschungsergebnisse von Forensic Architecture und die Ermittlungen im Untersuchungsausschusses des hessischen Landtages zum NSU als Lügen entlarvt worden.

Wir klagen Andreas Temme der Lüge an sowie der Verhinderung der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat und der Verhinderung der Aufklärung des gesamten NSU-Komplexes.

WIR KLAGEN AN

Eva Temme, Jg. 1972, Ehefrau von Andreas Temme

Eva Temme, die Ehefrau von Andreas Temme, telefonierte am 28. April 2006, 22 Tage nach der Ermordung von Halit Yozgat, mit ihrer Schwester über „die Scheiße", in der sie nun stecke. „Du hast unsere Zeit verplempert in so einer Asselbude bei einem Dreckstürken", warf die Ehefrau ihrem Mann während des Telefonats vor und fügte noch hinzu: „Interessiert es mich denn, wen der heute wieder niedergemetzelt hat? Solange er sich die Klamotten nicht schmutzig macht!" Daraufhin lachten Eva Temme und ihre Schwester. Am 214. Verhandlungstag im NSU-Strafprozess im Münchener Gerichtssaal behauptete sie, ihr Mann sei „niemals ausländerfeindlich gewesen", und da habe sich „nichts dran geändert". Seit der Selbstenttarnung des NSU strickt Eva Temme in Presseauftritten die Mär von ihrem unschuldig in die Situation geratenen Ehemann.

Wir klagen Eva Temme der Verhinderung der Aufklärung an sowie der Verhöhnung der Opfer und ihrer Hinterbliebenen.

V.i.S.d.P.: Frida Karlo, Am Südstern 3, 10999 Berlin

Antifa im Zwiespalt

1. Vorstoß der Neuen Rechten

„Wir wollen keine Ausländerbabys hier" - mit diesen Worten attackierten Ende Februar zwei Vermummte in Wurzen eine im siebten Monat schwangere Frau aus Eritrea. Die beiden Männer hatten auf die Frau im Hinterhof ihres Wohnhauses aufgelauert, um ihr dann bei ihrer abendlichen Rückkehr in Kniekehlen und Rücken zu schlagen. Der Frau gelang die Flucht ins Wohnhaus, wo sie ihren Betreuer alamierte, während den Faschisten aus dem Hof unerkannt die Flucht gelingen konnte. Die Wie stets unambitionierte Polizei nahm die Personenbeschreibung und den geschilderten Tathergang der Frau zwar auf, wollte jedoch auf Nachfrage nicht von einem „ausländerfeindlichen Motiv" sprechen.

Über den Vorfall berichteten bundesweit die Zeitungen. Dort war er kaum eine große Meldung, doch wahrnehmbar für alle, die auch angesichts der erdrückenden Situation ihre Augen noch offenhalten. Die Reaktionen blieben verhalten, wenn einmal abgesehen wird von den Hinweisen und Kurzkommentaren zum Vorfall in den „sozialen" Netzwerken. Kaum vorstellbar, dass das Geschehene damit abgegolten sei, doch wie nur sollte unsere Bewegung reagieren, angesichts

der schieren Anzahl vergleichbarer Fälle. Nicht erst mit dem erneuten Überfall in Wurzen müssen wir feststellen, dass rechte und faschistische Übergriffe nicht nur deutsche Realität sind, sondern dass sie auch eine akzeptierte Realität geworden sind. Eine auch von uns akzeptierte Realität, weil wir es nicht mehr schaffen, uns gegen den gesellschaftlichen Trend zu stemmen.

Die Übergriffe auf der Straße stellen dabei nur einen Teil der faschistischen Offensive dar. Mit ihnen einher gehen regelmäßige Großdemonstrationen wie etwa in Cottbus, in Kandel um nur drei Städte zu nennen, bei denen tausende mit Regelmäßigkeit auf die Straße gehen.

Zwar sind uns diese Mobilisierungen soweit bekannt, doch zeigt sich in deren jüngsten Entwicklungen auch eine neue Tendenz: Erst seit kurzem wird in der AFD offen positiver Bezug auf Pegida genommen und eine Zusammenarbeit als ein wünschenswertes Zukunfstprojekt gesehen. Dass die AFD seit Anfang 2018 mehr auf eine Straßenmobilisierung setzt, zeigte sich auch in dem mäßigen Versuch, eine Demonstration von Berlin-Kreuzberg zum Kanzleramt durchzuführen. Der Versuch wurde zwar soweit behindert, dass er nicht wie geplant durchgeführt werden konnte, doch beteiligten sich immerhin 500 Leute daran. Es zeigte sich ebenfalls bei der Demonstration in Kandel Anfang März, als mehrere Tausend Wutbürger_innen zusammen mit der AFD, dem III. Weg, den Identitären und sonstigen Nazis wegen des Mordes an einem Mädchen auf die Straße ging und erneut einen Tag später in Bottrop, wo 1200 Neurechte, Nazis, Wutbürger_innen demonstrierten, ohne das es hier einen konkreten Anlass gegeben hätte.

In diesen Demonstrationen wird Praxis, was Teile der AFD sich seit längerem wünschen: Das nicht nur mit Pegida, sondern auch mit den Identitären zusammengearbeitet wird. Diese Wünsche sind nicht ganz neu, sie wurden im vergangenen Jahr bereits von der Jungen Alternative geäußert, fanden jedoch weniger Zustimmung in den öffentlichen Stellungnahmen des prominenteren AFD-Personals. Doch ist die Zusammenarbeit schon des Längeren eine sich entwickelnde Praxis. VertreterInnen der neuen Rechten kamen im Rahmen der Frankfurter Buchmesse zusammen, und ebenso bei der viel zu wenig beachteten Compact-Konferenz in Leipzig Ende 2017.

Überhaupt zeigt sich eine Stabilisierung neurechter Strukturen. Das Geld, welches die AFD aufgrund ihrer Wahlerfolge bekommt und bekommen hat, fließt in konkrete Projekte, wie etwa dem neuen Medienbüro, welches eingerichtet werden soll, um der „Systempresse“ eine eigene mediale Sicht entgegenzuhalten.

Dass die neue Rechte das Internet als ein wichtiges Aktuionsfeld hat, ist ebenfalls nicht neu. Es wird auch von jenen bespielt, die nicht über große Finanzmittel, dafür über eine ausreichend große Überzeugung besitzen. Mit „Reconquista Germania“ ist um die Bundestatgswahl herum ein Forum bekannt geworden, in welchem Vorstöße in den „sozialen“ Netzwerken organisiert werden. Es ist nicht das einzige seiner Art.

Gerade die „jüngeren“ Organisationen der neuen Rechten besitzen eine hohe Internetaffinität und präsentieren sich mit aufwendigen Webauftritten und Videos. Zwar wirken diese häufig besser gemacht, als das, was sich real dahinter verbirgt, doch kann damit nicht heruntergespielt werden, dass hinter den Veröffentlichungen Strategien und langfristige Planungen stecken, wie etwa bei der Kampagne der „1%-Bewegung“ zu den Betriebsratwahlen, wo mit aufwendigem Youtubebeitrag für eine rechte Beteiligung an den Betriebsratwahlen im März geworben wurde, wie auch für die neurechte Automobil-Gewerkschaft, die bereits zwei rechte Betriebsräte bei Daimler stellt, einer davon von der AFD.

Natürlich reicht weder know-how noch Organisationsgrad dieser rechten Gewerkschaft an die der traditionellen, linksorientierten und antifaschistisch eingestellten Gewerkschaften heran, doch haben die Werte der traditionellen Gewerkschaften nicht mehr den gleichen Stellenwert, wie sie ihn zu ihren Gründungszeiten hatten. Dieser war natürlich auch ohnehin schon zurückgegangen. Doch zeigt sich derzeit ein neues Problem: Circa 20% der traditionellen Arbeiterschaft wählte AFD und längst sind auch im DGB nicht mehr alle Betriebsräte eindeutig links. Es wäre zwar zuviel gesagt, dass es Versuche gibt, den DGB von rechts zu unterwandern, doch ist ein Wandel der Einstellung zu den Ursachen gesellschaftlicher Probleme weg von einem linken Erklärungsmodell hin zu einem rechten für einen Teil der Arbeiterschaft nicht wegzureden.

Das hier angedeutete Bild der rechten Offensive findet seinen Ausdruck nicht zuletzt in den Ergebnissen der veröffentlichten Wahlumfragen: Um die 15% geben unumwunden zu, die AFD zu wählen. Welche Konsequenzen so etwas haben kann, sehen wir gerade in Österreich, wo mit der FPÖ eine faschistische Partei in der Regierungsverantwortung ist, wie auch in weiten Teilen Europas sich faschistische Organisationen in einer neuen Stärkephase befinden, wie sich zuletzt auch in den Wahlen in Italien zeigte.

2. Die Situation der Antifa

Die Situation der Antifa in Deutschland ist wohl kaum schönzureden. Ohne hier das Engagement der Genoss_innen zu schmälern, die unsere gemeinsame Fahne der Antifaschistischen Organisation hochhalten, kann sich keine Illusion darüber gemacht werden, dass es derzeit keine offensive und starke Stellung gegenüber der faschistischen Gesamtbewegung behaupten gibt. Genauer gesagt, befinden wir uns innerhalb einer antifaschistischen Organisierung derzeit in einer Zwickmühle, die nicht nur aus der jetzigen Situation heraus zu erklären ist und durch einen Blick in die jüngere Geschichte erhellt werden kann.

Springen wir zurück in einen Holzschnitt der 90er Jahre. Die antagonistische und Bewegung hatte an kämpferischen Potential eingebüßt und erlitt durch den Siegeszug der „westlichen Welt“ gegen die Sowjetunion einen schweren Schlag und zugleich mit der Organisation gegen die Welle rassistischer Progrome, wenn auch einen negativen, Kristallisationspunkt. Nicht Wenige machten Antifa zu ihrem Hauptthemenschwerpunkt und entwickelten mit der Antifaschistischen Organisation/Bundesweiten Organisation(AA/BO) und dem Bundesweiten Antifatrefffen (BAT) zwei bundesweite Strukturen, unter derem Eiinfluss es gelang, die faschistische Mobilisierung zurückzudrängen. Im Laufe der Zeit entwickelte sich ein ambivalentes Verhältnis zum Staat, der zwar keine grundsätzliche Opposition zu den Inhalten der Faschisten besaß, jedoch mit dessen Brutalität einen internationalen Imageverlust erlitt, der auf keinen Fall zusammengehen konnte mit dem Wunsch nach einer europäisch einflussreichen Bundesrepublik. Daraus resultierte ein instrumentelles Verhältnis zu antifaschistischen und auch antirassistischen Aktivitäten, die soweit tolerierbar waren, wie sie dem genannten Imageverlust entgegenwirkten und sich in eine staatliche Haltung integrieren ließ und die insoweit bekämpft wurden, wie sie die gesellschaftliche Struktur infrage stellten.

Mit dem von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder ausgerufenen Antifasommer Anfang der 2000er wurde Antifaschismus zur Staatsräson, welche zu den häufiger Auftretenden Aufmärschen von NPD und freien Kameradschaften mehrere Zehntausend Menschen mobilisieren konnte. Gegen antifaschistische Organisierungen wurde seitens der Repression verhalten vorgegangen, Bündnisse gegen Naziaufmärsche vereinten nehmen Autonomen Antifagruppen auch den DGB, die SPD und die Grünen.

Hieraus entwickelte sich eine Stellung der Antifa, in welcher sie in einem Zwischenraum angesiedelt waren zwischen dem Staat auf der einen Seite, mit welchem Zweckbündnisse gegen Nazis eingegangen werden konnten, und der antagonistischen Restbewegung, welche Bündnissen skeptisch gegenüberstand und diese offen ablehnte. Diese Position war nie eine stabile, sie wurde untragbarer mit fortschreitender sozialfeindlicher Politik des Staates und verlor an Boden in der antagonistischen Bewegung mit deren sich erneuerndem Selbstbewusstsein. Zu beobachten ist dieses Auseinanderklaffen besonders deutlich. Mit dem zunehmenden Militanzbereitschafft in Teilen der deutschen Linken, der insbesondere Auftrieb bekam seit dem G8 in Heiligendamm, geriet auch die Bündnisoption zwischen Antifagruppen und staatlichen und staatstragenden Organisationen und Parteien wieder verstärkt auf den Prüfstand. Die Forderung an antifaschistische Gruppen, oder an autonome oder vergleichbare Zentren, sich von Gewalt zu distanzieren, bekamen neuen Auftrieb, waren sie doch ohnehin nie ganz verschwunden.

Vor allem heute stellt sich angesichts der neurechten Offensive die Frage, in welche Richtung sich antifaschistische Gruppen orientieren können und sollen. Auf der einen Seite steht der Versuch, sich an der zerfallenden Zivilgesellschaft zu orientieren und in diese Richtung bündnisfähig zu bleiben, um den antifaschistischen Widerstand auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Dies ist jedoch nicht ohne weiteres zu haben und wird von den Akteuren der Zivilgesellschaft und der staatstragenden Parteien und Organisationen nur insoweit toleriert, wie damit ein mehr oder weniger eindeutiges Bekenntnis gegen antagonistische militante Politik und zur demokratischen Grundordnung einhergeht. Auf der anderen Seite steht die Orientierung an der antagonistischen Bewegung, die zwar auf praktischer Ebene die potentiell größere Entschlusskraft, das größere Know-How und eine ganz praktische andere Option der Gegenwehr in sich trägt. Eine Orientierung in diese Richtung ist jedoch nicht zu vereinbaren mit einer Orientierung am gesellschaftlichen Konsens. Dabei scheint es selbstverständlich, dass ein Bündnis mit der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren nie mehr als ein Zweckbündnis gegen den Faschismus sein kann, und dass es gute inhaltliche Gründe gibt, die dagegen sprechen. Auf der anderen Seite ist die Abkehr von der Zivilgesellschaft hin zu einer inhaltlich stärkeren Position nicht ohne weiteres möglich. Die von der Repression getroffene und selbst nicht besonders stark aufgestellten antagonistischen Bewegung taucht praktisch nicht im nötigen Maße dort auf, wo antifaschistische Intervention nötig, sinnvoll und richtig ist.

3. Perspektive

Das Dilemma der Antifa ist nicht zu lösen, indem sich auf die Position zurückgezogen wird, dass aktuell der Staat gegenüber der faschistischen Bedrohung faktisch das größere Übel ist. Es nutzt auch nichts, die Annäherung von Teilen der Antifa an den Staat zu kritisieren, wenn wir selbst nicht mehr antifaschistisch tätig werden. Zugleich ist es aber auch nicht möglich, sich auf den Kampf gegen den Faschismus zu fokussieren. Zu vieles gibt es, was unseren Aktivismus und unsere Intervention herausfordert. Sicher jedoch ist, dass wir gerade wenn wir uns einen Antifaschismus als kämpferischen Teil der antagonistischen Bewegung wünschen, wir irgendwo zusammenkommen müssen. Die Frage bleibt, wie wir im Kampf gegen den Staat und die Gesellschaft, die den Faschismus gebiert, und im Kampf gegen den Faschismus, der dann wiederum selbst der Gesellschaft, die ihn hervorbrachte feindlich gegenübersteht, zusammenfinden. Die Befürchtung, dass wir keine nennenswerten Erfolge im Kampf gegen den Staat haben werden, bevor die Neue Rechte ihrerseits relevante Erfolge zu verbuchen hat, ist berechtigt, ebenso, wie die Angst, dass der Staat eine quasi faschistische Gestalt annimmt und seine gewalttätige Rolle in der Welt immer weiter im Interesse eigener Machterhaltung ausbaut, auch ohne dass die Neue Rechte an ihm zentral beteiligt ist.

Eine mindestens gedankliche Lösung des Dilemmas steckt vielleicht im Besinnen auf unsere eigene Stärke, den Fokus nicht auf die Stärke unserer Feinde, sondern auf uns selbst zu legen . Das fällt umso schwerer, je weniger

sie für uns gesellschaftlich greifbar ist. Keinesfalls ist es eine Lösung, wenn sie nicht eine praktische Ausgestaltung findet, an der sowohl wir uns, als auch andere sich orientieren können.

Thessaloniki, Griechenland:

Erklärung des Libertatia nach dem faschistischen Angriff

Heute, am Sonntag, dem 21.1.2018, um circa 13.30, kurz bevor die nationalistische Demonstration für den Namen Mazedonien anfing, haben faschistische Gruppen, welche an dieser Demo teilnahmen, eine Serie von Angriffen auf verschiedene Besetzungen in Thessaloniki begonnen. Nachdem sie das freie, soziales Zentrum und Besetzung „Scholio" angriffen, wo sie mit Erfolg zurückgeschlagen werden konnten, griffen sie unsere Besetzung an und verursachten Schäden am Zaun und an der Fassade. Diese Schäden wurden von Mitgliedern unserer Gruppe sofort wieder repariert. Unsere Gruppe entschied sich danach, an der anti-nationalistischen Versammlung am Kamara teilzunehmen. Nach etwa zwei Stunden wurde unsere Besetzung von einer Gruppe von 60–70 Faschisten erneut angegriffen. Dieses Mal mit Molotowcocktails und Bengalen, wodurch das ganze Haus in Brand gesteckt wurde. Zu diesem Zeitpunkt befand sich niemand im Gebäude, wegen der Versammlung am Kamara. Während der ganzen Attacke auf die Besetzung waren Zivilpolizisten und ein Bus der Spezialeinheit MAT vor der Besetzung parkiert. Sie schützten den Angriff und zeigten keine weitere Reaktion. Die Reaktionen der Nachbarschaft müssen erwähnt werden. Die Leute standen auf den Balkonen und schrieen die Faschisten an. Diese schimpften Beleidigungen zurück und warfen auch auf die Nachbarn Bengalen. Als die Faschisten danach erneut die Besetzung „Scholio" angriffen, legte die Poliziei dieselbe Parteilichkeit an den Tag: die Angreifer wurden beschützt und die GenossInnen des „Scholio" wurden in ihrem Gebäude eingeschlossen.

Wir sollten uns nicht täuschen: Ohne der Mazedonien-Demo wären diese Angriffe der Faschisten nicht möglich gewesen, denn diese Demo war ein Schutzraum für die faschistischen Angriffe. Die Angreifer gingen zu dieser Demo und kamen von ihr wieder zurück.

Alle rechtsextremen und Neonazi-Gruppen riefen zu dieser Demo auf, aber niemand kümmerte dieses Faktum. Ihnen wurde dadurch soziale Legitimität und öffentlicher Raum geboten, um sich auszudrücken und zu handeln. Wir sind uns ganz genau bewußt, dass diese Dinge unter anderen Umständen nicht möglich gewesen wären, und deswegen muss jeder und jede darüber nachdenken, wie er sich gegen Faschismus stellen kann. Diese Aktionen paramilitärischer Gruppen funktionieren als Unterstützung der staatlichen Repression gegen alle Menschen, die kämpfen, und für etwas Besseres einstehen. Denken wir alle darüber nach, wer von der Brandstiftung an einem Gebäude mit einer mehr als hundertjährigen Geschichte profitiert, welches für mehrere Jahrzehnte leergestanden ist. Ein Gebäude, das wir als Anarchisten, libertäre Kommunisten und Revolutionäre entschieden, zu besetzen und zu renovieren, einerseits um den Bedarf an Wohnraum von Proletariern, Immigranten und Leuten, die von Staat und Kapital angegriffen werden zu decken, andererseits um einen freien Raum radikaler politischer Auseinandersetzungen von Individuen zu schaffen und eine neue, libertäre Kultur zu fördern. Es muss deutlich festgestellt werden, dass es sich um eine kriminelle Aktion handelt, die auch ein weit tragischeres Ergebnis zur Folge gehabt haben könnte, das heißt Tote.

Diese Angriffe werden uns auf keinen Fall aufhalten. Wir werden den Faschisten keinen solchen Gefallen tun, sondern weiterhin mit stählernem Bewusstsein und Trotz für eine Gesellschaft von Gleichheit und Freiheit und unsere Ideale kämpfen! Gegen Staat, Kapital und Faschismus!

Kein Angriff kann uns terrorisieren!

FASCHISTISCHE ANGRIFFE WERDEN NICHT OHNE ANTWORT BLEIBEN!
ERRICHTEN WIR BARRIKADEN GEGEN DIE FASCHISTISCHE BEDROHUNG!
FÜR DIE ANARCHIE UND DEN LIBERTÄREN KOMMUNISMUS!

Libertatia/Gruppe für den libertären Kommunismus

Solidarität mit Afrin

Der Angriff des türkischen Staates und seiner Schergen hat in der BRD in vielen Städten zu täglichen Mahnwachen, Infoständen oder Demos geführt um auf die Situation in Afrin hinzuweisen. An manchen Tagen gab es in über 30 Städten Aktionen. In unserer Chronik findet ihr eineunvollständige Sammlung von weiteren Solidaritätsaktionen mit dem Widerstand in Afrin.

Am 5.3.18 protestierten mehrere Aktivist*innen vor dem Standort der *Diehl Defence* GmbH & Co. KG in Röthenbach a. d. Pegnitz (bei Nürnberg). Grund für den Protest gegen die größte Diehl-Tochtergesellschaft war der bekanntgewordene Einsatz von Lenkflugkörpern gegen die befreiten kurdischen Gebiete im Norden Syriens. Durch seinen massiven Rüstungsexport trägt Deutschland entscheidend zur Verfestigung bestehender Konflikte sowie zur Entstehung neuer Konflikte bei. Eine friedliche

Welt ist nur ohne Rüstungsexporte aus Deutschland und den anderen Ländern des globalen Nordens möglich.

Die Aktivist*innen machten außerdem auf die Initiative Block War aufmerksam. Bei Block War handelt sich um ein bundesweites Bündnis, welches unter anderem zu organisierten **Massenblockaden der Rüstungsindustrie in Kassel am 21. September 2018** aufruft.

Interview: Sprecher der YPG Nouri Mahmoud

Das Interview erschien am 24.01.2018 auf der persönlichen Internetseite von Aymenn Jawad Al-Tamimi http://www.aymennjawad.org/2018/01/interview-with-the-ypg-spokesman. Al-Tamimi schreibt regelmäßig für die US-Think Tank Middle East Forum. Das Interview wurde am 19. Januar 2018 in der Nähe von Qamişlo geführt und von der ANF-Redaktion frei übersetzt. Schwerpunkte des ersten Teils der Diskussion sind die Anfänge und Entstehung der Volksverteidigungseinheiten (YPG), die Ziele der Demokratische Kräfte Syriens (QSD) sowie die jüngsten Angriffe der Türkei auf Efrîn. Im zweiten Teil des Interviews folgen die Beziehungen mit den internationalen Mächten wie die USA, Russland und dem Iran sowie das Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan/Nordirak vom September 2017.

Al-Tamimi: Können Sie mir einleitend erzählen, wann die YPG gegründet wurde, welche grundlegenden Ziele sie verfolgt sowie in welchen Regionen sie gekämpft hat und wie viele Märtyrer*innen sie bis heute hat?

Mahmoud: Mit Beginn der Revolution begann die Gründung der YPG: junge Männer und Frauen haben sich verpflichtet gefühlt die Gesellschaft zu schützen; es begann auf der Straße. Dies erforderte die damalige Sicherheitssituation in Syrien. Zunächst schützten wir nur unsere Gebiete und Straßen. Anschließend diskutierten wir mit der Gesellschaft über den Aufbau von Räten und die ersten Projekte unter unserem Schutz wurden aufgebaut. Das war, mehr oder weniger, im Jahre 2012, bis heute. Diese Entwicklung verlief von der Straße in Stadt und von der Stadt bis nach Nordsyrien.

Wir können sagen, dass wir mit einem Entwurf von der Straße kamen und die Städte erreichten. In den Städten wurde das Projekt weiterentwickelt. Es wurde ein System geschaffen, in der die Gesellschaft nach den Lösungen für ihre Probleme sucht. Es bildete sich das System der Kantone. Und danach können wir sagen, dass es jetzt ein anderes Projekt gibt: das föderale System im Norden Syriens mit den Gebieten, die von den QSD geschützt werden. Und wir als Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) sind Teil dieser Einheiten. Nach dem Ende des Islamischen Staates (IS), insbesondere in Raqqa, gibt es jetzt ein anderes Projekt für ganz Syrien. Es ist ein politisches Projekt: der Demokratischer Rat Syriens, mit dem Ziel der Demokratisierung von Damaskus oder im allgemeinen Syriens.

Was die Anzahl der Märtyrer*innen angeht, können wir sagen, dass wir Tausende von Märtyrer*innen haben, mehr als 50.000. Die Verluste der QSD liegen zwischen 50.000 und 70.000 Kämpfer*innen.

Tamimi: Aber die YPG ist doch die Hauptkomponente der QSD?

Mahmoud: Es ist die Hauptkraft, aber nicht die Hauptkomponente. Die Hauptkraft YPG und YPJ haben seit Beginn (der Revolution) entweder Krieg geführt oder Gebiete verteidigt. In der Tat haben wir in Serêkaniyê (Ras al-Ayn) und Kobanê die Gesellschaft und die Errungenschaften der Revolution verteidigt und es ist uns gelungen, die terroristischen Gruppen zu besiegen, insbesondere jene, die von der Türkei unterstützt wurden. Zum ersten Mal waren wir in Kobanê in der Lage den IS zu stoppen. Bevor der IS Kobanê erreichte, verkündete er, trotz der Existenz von dutzenden Armeen in der Region wie der des syrischen Regimes, der iranischen, irakischen, türkischen Armee und sogar der Peşmerge, sein Kalifat in Raqqa. Alle diese Armeen waren präsent. Trotz dieser Präsenz proklamierte der IS seine Terrororganisation und erreichte eine Grenze mit Bagdad und eine Grenze mit Damaskus. Der IS proklamierte sich in vielen anderen Staaten im Mittleren Osten und übte Terroranschläge in Asien und Europa und erreichte mit dieser Expansion Kobanê. In Kobanê bewiesen wir als YPG und YPJ zum ersten Mal der Welt, dass es möglich ist der größten globalen Terrororganisation gegenüberzustehen und diese mit der Zeit auch zu besiegen. Wir haben starke Erfahrungen bei der Bekämpfung vom globalen Terrorismus. Und wir können sagen, dass die QSD und ihre Einheiten nach den Kämpfen in Raqqa und jetzt in Deir al-Zor Erfahrungen gesammelt haben. Aber am Anfang waren wir als YPG und YPJ die Erfahrenen im Kampf gegen den IS. Deshalb waren wir ein wichtiger Teil innerhalb der QSD. Aber jetzt können wir sagen, dass die QSD eine Einheit ist, die sich aus allen Komponenten im Norden Syriens zusammensetzt. Sie ist die einzige Kraft, die die Gesellschaft schützen kann. Unter ihrem Schutz hat die Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Projekte zu entwickeln, angefangen bei den Volksräten bis zu der heutigen Föderation im Norden Syriens und dem Vorschlag einer politischen Lösung für ganz Syrien im Rahmen des Demokratischen Rates Syriens.

Tamimi: Wie groß ist der Anteil der YPG innerhalb der QSD? Ungefähr 80 Prozent? Oder kennen Sie die genaue Prozentzahl nicht?

Mahmoud: Wir definieren uns weder über Prozente noch rechnen wir auf dieser Grundlage. Wir sind eine syrische Gesellschaft und wir haben Verantwortung zu tragen. Das ist Syrien, unsere Heimat. Wir sind jederzeit bereit jeden Zentimeter von Syrien zu schützen, egal wo es liegt.

Tamimi: Es gibt jetzt eine Intervention der Türkei gegen die Region Efrîn. Wie wird die YPG auf diese Angriffe reagieren? Wird die YPG z. B. Verstärkung aus Cizîrê und Kobanê nach Efrîn schicken?

Mahmoud: Efrîn ist in der Lage sich selbst zu schützen. Ich weiß nicht, ob Sie die Entwicklungen in Efrîn verfolgen, aber gestern haben wir gesehen, dass Kinder, Geistliche, Frauen und Jugendliche aus Efrîn in den Straßen waren und bekundet haben, dass sie Efrîn mit all ihrer Kraft beschützen wollen. Ferner haben die Menschen gesagt, dass die türkische Autorität verstehen muss, dass es kein Unterschied zwischen Kobanê und Efrîn gibt und dass der Kampf und der Widerstand um Efrîn größer sein werden als in Kobanê. Daher ist Efrîn in der Lage sich selbst zu verteidigen. Efrîn hat seine Berge und seine Menschen. Auch die YPG, Jaysh al-Thuwar und andere Einheiten sind in der Region präsent: Sie alle werden Efrîn beschützen. Und vor Efrîn hat die momentane türkische Autorität und die mit ihnen verbundenen Banden des „Schutzschildes Euphrat" einen Angriff auf Ein Daqna gestartet und ist bei diesem Test gescheitert.

Tamimi: Ein ehemaliger pro-PKK Abgeordneter im syrischen Parlament hat gegenüber der regimetreuen al-Watan gesagt, dass die beste Lösung für Efrîn darin besteht die Flagge der Arabischen Syrischen Republik zu hissen und die YPG muss…

Mahmoud: Stellen Sie mir nicht Fragen über Leute, die scherzen oder Narren sind. Was diese Personen sagen oder denken interessiert mich nicht.

Tamimi: Nicht über die Person, aber…

Mahmoud: Die Arbeiterpartei Kurdistan oder PKK. Ich möchte nicht wissen, was sie sagen.

Tamimi: Sicher. Aber was halten Sie von dem Vorschlag die syrische Flagge über Efrîn zu hissen, um eine türkische Intervention zu verhindern?

Mahmoud: Das Problem des syrischen Volkes ist nicht die syrische Flagge sondern das derzeitige Regime, das sich ändern muss. Die Menschen haben nach Freiheit und Demokratie geschrien. Sie haben nicht für dieses Regime, für diese Person, für diese Seite oder für diese Partei geschrien. Das syrische Volk verlangt nach Freiheit und Demokratie. Wir beschützen dieses Volkes, damit es Freiheit und Demokratie erlangen kann.

Tamimi: Sagen Sie, dass die Lösung für die Krise in Syrien im Allgemeinen die Entmachtung von Bashar al-Assad ist?

Mahmoud: Die Entmachtung und die Demokratisierung des Regimes hängen von der Gesellschaft und ihren Menschen ab. Das Volk soll herrschen. Es ist nicht meine Meinung. Ich möchte nicht, dass meine Meinung oder die einer anderen Partei angewendet wird: Ich möchte, dass man auf die Gesellschaft zugeht und deren Meinung anwendet. Wenn die Gesellschaft will, dass Bashar al-Assad regieren soll, dann gut. Aber was wir in Deir ez-Zor sehen ist folgendes: Das Regime rühmt damit, dass es Deir ez-Zor, Mayadeen und Albukamal und jene Regionen befreit hat, aber die dortigen Menschen unterstützen uns und sind mit uns. Mehr als 500.000 Menschen – eine knappe halbe Million Deiri-Bürger – sind nach Nordsyrien unter der Kontrolle der QSD geflohen, aufgrund der Regime-Präsenz in Deir az-Zor. Wenn dieses Regime der Repräsentant des syrischen Volkes wäre, würde dann die Bevölkerung aus Deir az-Zor fliehen und dann in den Gebieten unter der Kontrolle der QSD Zuflucht suchen? Deshalb wollen wir, dass die Gesellschaft nach ihrer Meinung gefragt wird, damit die Ziele des Volkes, welches Freiheit und Demokratie heißen, verwirklicht werden können.

Tamimi: Die einzige Lösung sind Wahlen ohne Einschränkungen und dass das Volk die Autorität selbstbestimmt…

Mahmoud: Ja. Natürlich ist Syrien an dem Punkt angekommen, wo sich eine Kraft wie die QSD gebildet hat, die aus allen Komponenten und Glaubensbekenntnissen besteht. Diese Einheit hat es geschafft in den von ihr kontrollierten Gebieten Möglichkeiten zu eröffnen, um Institutionen aufzubauen wie die der Legislative und Sicherheit. So hat das Volk mehr Institutionen in den Gebieten etabliert als das Regime. So wird in Syrien Freiheit und Demokratie verwirklicht.

Tamimi: Wie sind die Beziehungen der YPG zur Russland und den USA im Allgemeinen?

Mahmoud: Wir haben mehrmals verkündet, dass wir – vor allem mit den USA und der Internationalen Koalition (Großbritannien ist auch Teil dieser Internationalen Koalition) – eine Strategie entwickelt haben, dem IS ein Ende zu setzen. Diese strategische Zusammenarbeit begann in Kobanê und wird heute in Deir az-Zor fortgesetzt und wird dort beendet werden. Nach den Entwickelungen und den Erfolgen haben viele Armeen und Streitkräfte inklusive des syrischen Regimes unsere Siege für sich proklamiert und behaupten siegreich zu sein, aber das syrische Volk steht uns bei. Und nachdem wir dem IS ein Ende gesetzt haben, werden wir ein neues Abkommen und eine neue Strategie entwickeln: Wir wollen Stabilität nach Syrien bringen und sichern.

Tamimi: Und glauben Sie, dass die USA in Syrien bleiben und Ihnen bei der Verwirklichung des Stabilitätsprojekts helfen werden?

Mahmoud: Bis jetzt sind wir und die Amerikaner*innen uns einig darüber, dem IS und dem Terrorismus ein Ende zu bereiten und jegliche Unterdrückung von der Gesellschaft fernzuhalten, selbst wenn einige Akteure in der Region anderer Meinung sind. Aber wir sind uns darin einig, dem Terrorismus ein Ende zu setzen, Stabilität zu bringen und jegliche Unterdrückung oder jeden Angriff von dieser Gesellschaft fernzuhalten, die dem größten Terrorismus der ganzen Welt widerstand und die [Last

der] ganze[n] Welt in dieser Region trug. Ich denke, dass wir, die Amerikaner*innen und die internationale Anti-IS-Koalition großartige Arbeit geleistet haben und noch viel Größeres meistern können. Aber unsere jetzige Strategie ist die Stabilität Syriens, und in der Zukunft, ob wir nun beieinander bleiben oder nicht, bin ich mir sicher, dass wir Großartiges für die Zukunft Syriens unternehmen werden und dass Syrien zu einem Modell des Mittleren Ostens werden und der Ausgangspunkt für den globalen Frieden sein wird, so Gott will.

Tamimi: Wenn morgen die Regierung in Damaskus beschließt, die föderalen Gebiete von Nordsyrien als offizielles föderales Gebiet innerhalb Syriens anzuerkennen, wäre das für Sie ein Problem?

Mahmoud: Wir haben kein Problem damit. Wir sind bereit, darüber zu diskutieren, und wir wollen keine Teilung Syriens. Wir wollen keine neuen Grenzen ziehen, sondern werden durch die bestehenden Grenzen zerrissen. Alle Grenzen stellen für uns ein Problem dar. Diese Grenzen, die eine Stadt von der anderen trennen, wie zum Beispiel Qamişlo, das von Nusaybin abgetrennt ist. Meine Schwester oder mein Bruder könnte dort sein und ich hier, aber ich könnte aufgrund der Politik dieser oder jener Autorität nicht in die Türkei. Es geht also nicht um neue Grenzen in Syrien, sondern wir wollen, dass Damaskus demokratisch ist. Wir wollen, dass die Gesellschaft in diesem Staat eine freie Gesellschaft ist, die einen freien Willen hat.

Tamimi: Haben Sie irgendwelche Beziehungen zu Russland, und welche Rolle spielt Russland bei den aktuellen Ereignissen in Efrîn?

Mahmoud: Wir betrachten Russland als einen großen Staat, der eine positive Rolle in Syrien spielen muss und nicht nur seine eigenen Interessen verfolgen darf. Es muss sein globales Zentrum berücksichtigen und entsprechend agieren. Aber was wir jetzt in Idlib und Efrîn sehen, ist, dass es Druck auf Russland gibt, da die Türkei um ihre Interessen besorgt ist und Russland im Begriff steht zu akzeptieren, dass die Türkei in Efrîn eingreifen sollte, besonders nach dem Scheitern ihrer Offensive in Idlib vor ein paar Tagen. Die gegenwärtige Autorität hat sich Russland erteilt, Efrîn gegen Idlib einzutauschen. Deshalb sehen wir jetzt an Russland, trotz der Tatsache, dass es einen großen Staat in der Welt darstellt und eine Kraft der Lösung sein muss, dass es mehr um seine Interessen besorgt ist als darum, was es aus Meinungen, Ideen und Projekten entwickelt oder anbietet, die dieser Gesellschaft nützen und dieser Region zugutekommen. Daher ist Russland an diesen Punkten sehr schwach und verfolgt eher die engen als die weiteren Interessen.

Tamimi: Hat sich Russland aus Efrîn zurückgezogen?

Mahmoud: Ich glaube nicht, dass sich Russland aus Efrîn zurückziehen wird.

Tamimi: Sie sind in Efrîn präsent, aber aus der Türkei hieß es, sie würden sich zurückziehen.

Mahmoud: Die heutige Türkei hat eine spezielle Methode der Kriegsführung oder eine Gerüchteküche, mit der sie gezielt Gerüchte, Lügen und Anschuldigungen verbreitet, um der Intervention in Nordsyrien Legitimation zu verschaffen. Die Türkei beschuldigt uns als YPG des Terrorismus, aber wir haben dem größten Terrorismus in der Welt, dem IS und seinem Terror, ein Ende gesetzt. Jeder hochrangige IS-Terrorist, den wir im Krieg gefangen genommen haben, trug den von der Türkei ausgestellten Reisepass mit sich. Und sie beschuldigen uns des Terrorismus! Diese Autorität ist die größte Unterstützerin oder die Quelle des in Syrien proklamierten Terrorismus.

Tamimi: Wollen die YPG immer noch Efrîn mit Kobanê und Cizîrê verbinden?

Mahmoud: Nachdem wir dem IS ein Ende gesetzt haben, setzen wir auf Dialog. Und wir werden unsere Gesellschaft vor jedem Angriff oder jeder Seite schützen. Wir werden unsere Gesellschaft ohne Zögern und mit Opfergeist beschützen. Basierend auf unseren Erfahrungen der letzten Jahre werden wir unsere Gesellschaft bis zum letzten Schuss gegen jeglichen Angriff schützen. Wir wollen keinen Krieg führen, sondern die Sache politisch lösen und und den Raum für die Gesellschaft öffnen, um das Syrien-Problem zu lösen und seine Ziele demokratisch und frei zu erreichen. Wenn sich also irgendeine Seite durch Gewalt und Waffen der Gesellschaft aufzwingen will, werden wir ihr im Weg stehen und unsere Gesellschaft und gesellschaftliche Legitimität, den gesellschaftlichen Rat, die gegenseitige Konsultation der Gesellschaft und das gesellschaftliche Projekt verteidigen. Das wird unsere Haltung sein. Und wir verfolgen kein Ziel, die Grenzen von hier zu öffnen oder diese Stadt von jener Stadt zu trennen, sondern wir wollen, dass Damaskus demokratisch ist und alle Teile Syriens frei sind.

Tamimi: Haben Sie Beziehungen zum Iran? Einige, die die YPG hassen, behaupten, diese würden dem Iran durch die YBŞ (Widerstandseinheiten von Şengal; êzîdische Miliz) helfen, Waffen nach Syrien zu transportieren, um den Iran und dessen Verbündete dort zu unterstützen.

Mahmoud: Der Iran hat die Route eröffnet und hat jetzt den schiitischen Halbmond vom Irak bis zum Libanon, in den er bis zum Mittelmeer alles packen kann, was er behandelt, also braucht er keine andere Route, und der Iran ist der Staat, der ein Hindernis für die Demokratisierung Syriens darstellt. Er steht der Demokratie in Syrien im Wege, um seine Interessen zu schützen, und er sät Krieg und unterstützt den Krieg in Syrien, damit die Sicherheitsstabilität im Iran gewahrt werden kann. [26.01.2017: Geringfügige Korrekturen an Transkript und Auflösung eines scheinbar unhörbaren Teils.]

Tamimi: Es ist die Rede davon, dass die Amerikaner*innen hoffen, dass es möglich sein werde, den Iran

aus Syrien zu bekommen, wenn sie in Syrien blieben. Was halten Sie davon?

Mahmoud: Sie stellen mir Fragen, mit denen ich nichts zu tun habe. Warum? Wir arbeiten um der Demokratie und Freiheit willen. Wir wollen keinerlei Feindseligkeit einer Seite gegenüber der anderen. Wir wollen Lösungen, die der Gesellschaft und nicht nur den Autoritäten dienen. Das ist unser Ziel. Und wir fordern, dass sie uns nicht in die globale Politik hineinziehen, in der unsere Gesellschaft keinen Platz hat. Unser Ziel ist sonnenklar: Wir wollen Demokratie und Freiheit, mehr nicht.

Tamimi: Und die Interessen des syrischen Volkes.

Mahmoud: Ja, sicher.

Tamimi: Gibt es gegenwärtig Beziehungen mit der irakischen Regierung?

Mahmoud: Ja. Das ergab sich bei den QSD an den Grenzen und um die Grenzen zu schützen. Das tauchte in den Medien und allgemein auf.

Tamimi: Gibt es Kooperationen mit der irakischen Regierung, um die Grenzen zu schützen?

Mahmoud: Ja, es gibt Kooperation mit der irakischen Regierung zum Schutz der Grenzen.

Tamimi: Fürchten Sie nicht die Hashdi Shaabi?

Mahmoud: Warum sollten wir die Hashdi Shaabi fürchten? (…)

Tamimi: In der Annahme, es sei ein iranisches Projekt, ist das möglicherweise ein Problem?

Mahmoud: Wir haben den größten globalen Terrorismus überwunden: den IS. Der Iran war präsent, die Hashdi Shaabi und alle Armeen. Sie alle verloren Schlachten gegen den IS, aber wir waren siegreich. Und wir bewiesen vor der ganzen Welt, dass wir vor allen anderen siegreich waren, und wir haben der Expansion des IS in Kobanê Einhalt geboten. Keine Kraft kann sich rühmen, dem IS ein Ende gesetzt haben. Der IS erreichte die Grenzen von Bagdad und Damaskus und kündigte sich in vielen Staaten des Mittleren Ostens an und führte terroristische Operationen in Europa und Asien durch. Zum ersten Mal in Kobanê waren es die Jugend und die Mädchen dieser Gesellschaft, die dem IS und seiner Expansion ein Ende setzten, und jetzt machen wir ihm ein Ende, sind an dem Punkt, ihn vollständig zu zerstören: Das heißt, geografisch setzen wir ihnen ein Ende, und danach werden wir daran arbeiten, den in der Gesellschaft vorhandenen Zellen ein Ende zu machen und der Denkweise, die sie in die Gesellschaft gepflanzt haben. Also wo waren die Hashdi Shaabi?

Tamimi: Es gibt aber Leute, die behaupten, die YBŞ seien mit den Hashdi Shaabi verbunden? Können Sie das widerlegen?

Mahmoud: Ich repräsentiere nicht die YBŞ, sondern die YPG. Sie können die YBŞ dazu befragen.

Tamimi: Es ist schwierig, Kontakt zu ihnen herzustellen: Aber die YBŞ waren mit den YPG verbunden …

Mahmoud: Sie hören mehr die Meinung der Türkei als die der Gesellschaft in Nordsyrien. Ich kritisiere Sie von diesem Standpunkt aus. Nordsyrien hat mehr Institutionen als die Staaten im Mittleren Osten, viele gesellschaftliche Institutionen, ob Frauen-, gesellschaftliche, wirtschaftliche Institutionen, der Bildung, Gesundheit. Aber was wir sehen ist, dass sie Vorwürfe gegen die PYD erheben, behaupten, es gäbe einfache Grundlagen, und [unverständlich] die Bürger*innen des Landes. Aber Sie wissen es. Welche Rolle spielt die PYD in diesem Gebiet? Oder sie sprechen von den kurdischen Kräften, wenn mehr als 50 Prozent der QSD Araber*innen sind. Sie können gehen und es selbst sehen.

Tamimi: Ja, ich habe arabische Kämpfer*innen sogar innerhalb der YPG gesehen.

Mahmoud: Nicht nur Araber*innen. Es gibt Armenier*innen, Assyrer*innen, Tscherkess*innen, Turkmen*innen, Muslime, Êzîd*innen, Christ*innen: Sie sind alle in den QSD vertreten. Sie bestehen darauf und beschuldigen uns der Parteilichkeit oder des Nationalismus.

Tamimi: Ich beschuldige Sie nicht.

Mahmoud: Die Türkei beschuldigt uns. Aber Sie als Journalist*innen scheinen von den türkischen Praktiken und Sichtweisen gegen uns beeinflusst worden zu sein.

Tamimi: Sind Sie aus Qamişlo?

Mahmoud: Ich bin aus Kobanê.

Tamimi: Haben Sie an einer Universität studiert?

Mahmoud: Ich habe nicht an einer Universität studiert. Als ich sechzehn Jahre war, wurde ich für sechs Monate im palästinensischen Bereich inhaftiert, obwohl ich unter dem Mindestalter lag. Seit dieser Zeit bin ich eine Person der Revolution, der kämpft, um Freiheit und Demokratie zu erreichen.

Tamimi: Waren Sie immer in den YPG? Oder vorher in der Freien Syrischen Armee (FSA)?

Mahmoud: Die YPG sind nicht älter als sechs Jahre, aber wir sind aus dem Herzen der Revolutionär*innen.

Tamimi: Wie ist die Situation in Aleppos Viertel Sheikh Maqsoud? Sind die YPG dort präsent?

Mahmoud: Ja.

Tamimi: Gibt es ein Abkommen zwischen Ihnen und der syrischen Regierung?

Mahmoud: Wir schützen Sheikh Maqsoud. Die Gesellschaft im Stadtteil Sheikh Maqsoud will, dass wir sie beschützen. Sheikh Maqsoud hat große Bedeutung und beweist, dass wir Syrer*innen sind und dass wir nicht ein Projekt wie die Barzanîs verfolgen: die Teilung Syriens. Hätten wir die Teilung Syriens gewollt, hätten wir über Sheikh Maqsoud, Rukn al-Din (kurdisches Viertel in Damaskus), Zuhr Ava, Ashrafiye und andere Gebiete hinweggesehen.

Tamimi: Bietet die syrische Regierung öffentliche Dienstleistungen für Sheikh Maqsoud an?

Mahmoud: Die Menschen von Sheikh Maqsoud beschützen sich selbst, während die Armee des Regimes und die mit der Türkei – oder den terroristischen Gruppen – in Verbindung stehenden Söldnerbanden alle Sheikh Maqsoud angegriffen haben. Trotzdem zeigte es den größten Widerstand. Er war stärker als der von Kobanê, aber in den Medien wurde nicht viel darüber gesagt. Doch Sheikh Maqsoud hat vom ersten Tag bis jetzt ohne Unterlass gegen diese oder jene Gruppe Widerstand geleistet und sich verteidigt, um unsere syrische Identität zu schützen.

Tamimi: Ja. Ich frage das, weil vom Hissen der syrischen Flagge in Sheikh Maqsoud die Rede war. Wissen Sie etwas davon?

Mahmoud: Es hieß, wir hätten Sheikh Maqsoud verkauft, oder gekauft, oder wir seien Geschäftsleute geworden … aufgrund unserer Präsenz in Sheikh Maqsoud. Wir sind Syrer*innen und Sheikh Maqsoud ist ein Teil Syriens, ebenso wie Nordsyrien auch Teil von Syrien ist. Wir haben ein Projekt des demokratischen Föderalismus: Es ist ein gesellschaftliches Projekt, von der syrischen Gesellschaft in Nordsyrien diskutiert und nun für Gesamtsyrien vorgeschlagen.

Tamimi: Was ist Ihre Meinung über das Kurdistan-Referendum? War es ein Fehler?

Mahmoud: Es ist Vergangenheit. Wir können sagen, dass es dem Irak geschadet hat. Es war ein abenteuerliches Risiko, nicht für das kurdische oder das irakische Volk, sondern eher für eine Partei oder eine Person.

Tamimi: Sie meinen, für die Interessen Barzanîs.

Mahmoud: Was immer es war. Es war ein abenteuerliches Risiko, nicht in Übereinstimmung mit der herrschenden Mentalität oder der demokratischen [Mentalität] und Freiheit im Irak. Deshalb hat er unter allen Streit gesät. Der Irak hat durch dieses Referendum viel verloren.

Das Interview erschien am 24.01.2018 auf der persönlichen Internetseite von Aymenn Jawad Al-Tamimi: http://www.aymennjawad.org/2018/01/interview-with-the-ypg-spokesman. Al-Tamimi schreibt regelmäßig für den US-Think-Tank Middle East Forum.

Heyva Sor ruft zur Hilfskampagne für Efrîn auf

Efrîn war eines der ruhigsten und stabilsten Gebiete von Syrien. Die meisten Einwohner dort sind Kurden. In den letzten fünf Jahren ist Efrîn die Heimat für hunderttausende Flüchtlinge geworden, obwohl sie eine sehr geringe internationale Unterstützung erhielt. Efrîn hat so viele syrische Flüchtlinge aufgenommen, sodass die Einwohnerzahl von vor dem Krieg bis jetzt von vierhunderttausend auf 1 Million angestiegen ist. Mit dem Zusammenkommen der verschiedenen ethnischen Glaubensgruppen begann eine demokratische Selbstverwaltung und somit der Grundstein für einen anhaltenden Frieden in Efrîn.

Als die Hoffnung aufkam, dass Verhandlungen für eine Lösung aufgenommen werden und der Krieg endlich ein Ende finden sollte, hat die Türkei und die unter Ihrem Befehl handelnde dschihadistische/salafistische Gruppen eingesetzt, um sich an den Kurden zu rächen. Es soll eine friedliche Region mit tausenden Zivilisten und Flüchtlingen in Gefahr gebracht werden, um mit aller Macht und Kraft die unter kurdischer Kontrolle sich befindende Kantone zu zerstören. Das türkische Militär greift seit dem 20. Januar 2018 Efrîn an.

Wir kennen die Mächte zu gut, die den Einmarsch unter den Namen „Olivenzweig“ führen, der ein Symbol des Friedens ist. Sie glauben daran, dass sie damit das Massaker, welches sie planen, verdecken. Der Staat „die Türkische Republik“ begeht einen offenen Völkerrechtsbruch, indem sie heute gegen Efrîn und deren Bewohner, die in dem Gebiet, welches friedlich und demokratisch verwaltet wurde, einmarschiert. Die Türkei führt den Eingriff mit indirekter Zustimmung durch Zurückhaltung und die Aktionslosigkeit anderer Staaten weiter durch. Der türkische Staat und unter dessen Befehle handelnde Islamisten töten Zivilisten und nehmen Kinder, Alte und Frauen als Zielscheibe ohne Rücksicht auf Verluste. Sie vernichten Leben und das Eigentum der Menschen durch bombardieren der zivilen Siedlungen. Sie bombardieren und zerstören Häuser, Schulen, Moscheen, Camps von Flüchtlingen sowie Gebäude von Zivilisten.

Zuletzt haben sie einen Rettungswagen von „Heyva Sor“, in dem sich Verletzte befanden, abgeschossen. Sie haben damit alle Regeln des Kriegsrechts nicht beachtet und verletzt.

Demzufolge hat unsere Nationale Hilfsorganisation, der Kurdischer Roter Halbmond Heyva Sor a Kurdistanê mit einer großen Kampagne zur Unterstützung von Efrîn begonnen. Mit der Kampagne wollen wir Spenden einsammeln. Nachdem wir mit allen Vorbereitungen für unsere Kampagne fertig sind, werden wir mit allen Kurdischen Hilfsorganisationen in Europa, skandinavischen Ländern, Japan, Australien, Amerika und Kanada zusammen finanzielle Hilfeleistungen sammeln.

Lassen wir das unter Angriffen und Blockade stehende Volk von Efrîn nicht alleine!

Gebt uns die Möglichkeit Eure Hilfeleistungen/Spenden jetzt schnell durch Heyva Sor a Kurdistanê an das Volk zu überbringen. Heyva Sor a Kurdistanê hat Vorbereitungen getroffen, um die Hilfen rechtzeitig an die Orte zu bringen, die es dringend benötigen. Wir bitten nochmals jetzt dringend um Spenden.

Dieser Appell geht an alle Kurden und Freunde des kurdischen Volkes:

So wie Ihr mit uns zusammen die Hilfskampagne für Kobanê und Shengal und die durch den türkischen Staat zerstörten kurdischen Siedlungen in Nord-Kurdistan, durchgeführt habt, erwarten wir auch hier, dass Ihr große Spendenbereitschaft zeigt. Wir sollten es als ehrenhafte Aufgabe begreifen, das Volk von Efrîn mit allen Mitteln zu unterstützen.

Heyva Sor a Kurdistanê e. V.
Wilhelmstr. 12
53840 Troisdorf
Tel.: +49 (0) 2241 975 25 83,
+49 (0) 2241 975 25 85
Fax: +49 (0) 2241 975 25 84

Bankverbindung:
Kreissparkasse Köln
Konto. Nr: 40 10 481
BLZ: 370 502 99
IBAN: DE 49 370 502 99 000 40 10 481
BIC/SWIFT: COKSDE33XXX
Stichwort/Verwendungszweck: Efrin

(Bitte beachten! Durch eine Verfügung seitens der ADD Rheinland-Pfalz können wir keine Spenden aus dem Bundesland Rheinland-Pfalz annehmen. Bis zur Klärung der Sachlage umfasst keine unserer Hilfsaktionen dieses Gebiet.)

Weitere Informationen unter: http://www.heyvasor.com/de/ji-bo-efrine-besdari-kampanyaya-mezin-a-neteweyi-bibin/

Erklärung des AJZ Bielefeld

zur Kriminalisierung des Halim-Dener-Graffiti

Am 30.06.1994 wurde Halim Dener in Hannover beim Plakatieren von der Polizei erschossen. Der tödliche Schuss traf den 16-jährigen Kurden in den Rücken während er Plakate mit dem Symbol der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) aufhängte. Schockiert und wütend über diesen Mord, malte ein junger Sprayer ein Gedenk-Graffiti auf den Rollladen vom Infoladen Anschlag an der Heeperstr. 132 im Gebäude des AJZ (Arbeiter*innenjugendzentrum) Bielefeld. Auf dem Bild zu sehen: „Ermordet von Bullen" „Dieses Jahr in Hannover", „Ich hoffe das ich nie von Bullen beim Sprühen erschossen werde" und ein Portrait von Halim Dener.

Dieses Bild, das wir jedes Mal sehen, wenn wir ins AJZ gehen, ist für uns wichtig. Es erinnert an den Mord. Es lässt uns nicht vergessen, wie es in diesem Staat zugeht. Es ist nicht irgendein Graffiti, sondern eines, das seit 23 Jahren nicht übermalt, sondern erhalten wurde. Das Bild ist auch ein Gruß an unsere kurdischen Freund*innen, die von der Repression des deutschen Staates häufig heftiger getroffen werden als wir. Nun fordert uns die Polizei Bielefeld nach mehr als zwei Jahrzenten auf, das Bild zu entfernen, da es für sie eine Straftat darstellt. In einem Schreiben wurde mitgeteilt, dass von einer Strafverfolgung abgesehen werde, wenn das Graffiti bis zum 23.02.2018 entfernt werden wird.

Laut Anschreiben der Polizei ist auf dem Bild ein verbotenes Symbol der kurdischen Organisation CDK (Demokratische Gemeinschaft Kurdistans) zu sehen. Die CDK, die es seit dem Jahr 2004 gibt, soll die Nachfolgeorganisation der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) sein, deren Symbol der grüne Kreis, mit gelber Fläche und rotem Stern, war. Die ERNK wurde im Zuge des Verbots der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) im November 1993 ebenfalls verboten.

Angesichts der Entwicklungen in der Türkei, die immer mehr in eine faschistische Diktatur umgestaltet wird, der Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit sowie der aktuellen Angriffe der Türkei im Norden Syriens, bei denen hauptsächlich kurdische Menschen und Strukturen getroffen werden sollen, empfinden wir das Vorgehen der Bielefelder Polizei und Staatsanwaltschaft als zynisch.Diese Vorgehensweise entspricht der langjährigen politischen Praxis der deutschen Bundesregierung, die nur zaghaft Kritik am Vorgehen des türkischen Staates und seinen Menschenrechtsverletzungen äußert und den Bruch mit dem türkischen Regime tunlichst vermeidet. Gilt es doch die „guten" Beziehungen zu der Türkei zu wahren. Gemeint sind damit hauptsächlich Geschäftsbeziehungen und das Aufrechterhalten des so genannten Flüchtlingsdeals mit der Türkei.

Die Bundesregierung stimmt Waffendeals mit dem türkischen Staat zu und verhandelt über den Bau von deutschen Waffenfabriken in der Türkei. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die Aufrüstung deutscher Panzer in der Türkei vorübergehend ausgesetzt wird, weil genau mit diesen Waffen der Angriffskrieg gegen den selbstverwalteten Kanton Afrin geführt wird. Ein solcher vorübergehender Stopp der Aufrüstung ist Augenwischerei, denn aufgrund der militärischen Angriffe, die seit Jahren gegen die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten im Osten der Türkei geführt werden, war von vornherein klar, dass auch diese Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung in oder außerhalb der Türkei eingesetzt werden würden.

Der deutsche Staat biedert sich seinem türkischen Nato-Verbündeten an, in dem er unter anderem dafür sorgt, dass die Kritik an der Türkei in Deutschland nicht zu laut wird. So wurden am 02.03.2017 die Verbote vom November 1993 ausgeweitet. Betroffen davon sind unter anderem ebenso Symbole der kurdischen Hochschulgruppen YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan) und JXK (Studierende Frauen aus Kurdistan), wie diverse andere kurdische Vereine und Organisationen, die nicht verboten sind. Des Weiteren fallen unter das Verbot die Symbole der zuvor im Kampf gegen den Islamischen Staat als Held*innen gefeierten YPG (Volksverteidigungseinheiten) und YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) sowie das Konterfei von Abdullah Öcalan. Außerdem gibt es zahlreiche Strafverfahren gegen kurdische und türkische Aktivist*innen in Deutschland.

Die deutsche Polizei macht sich zum Handlanger türkischer Interessen, wenn Personen, die auf der Liste der Türkei stehen, in Deutschland festgesetzt und verhört werden. Wenn Personen, die aus der Türkei fliehen, fürchten müssen, von Deutschland wieder in die Türkei abgeschoben zu werden. Und so führt die Polizei auch den Krieg der Türkei mit den Mitteln der Repression in Deutschland fort.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in Syrien, Kurdistan und der Türkei, die sich autoritären Regimen entgegenstellen und für eine gerechte Gesellschaft kämpfen.

Solidarität mit der YPG und YPJ!
Keine Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes!
Weg mit dem Verbot der PKK!
Hände weg von unserem Graffiti!
In Gedenken an Halim Dener – ermordet von Bullen!

Die Hausversammlung des AJZ Bielefeld im Februar 2018

Repression im Zusammenhang mit NoG20

Eine Kurzzusammenfassung

Was in Hamburg passiert ist, ist im internationalen Vergleich nicht überraschend. Gipfel wie der G20 laufen seit längerer Zeit ähnlich – zusammengefasst wird das unter dem Stichwort: „Summit Policing" - in Hamburg hat die Massivität der Polizeigewalt viele dennoch überrascht Es entstand der Eindruck einer geplanten Aufstandsbekämpfungsübung unter bewohnten städtischen Bedingungen.

Repression wird in der Vorbereitung oft weder von den Strukturen, noch von den Aktivist*innen ausreichend mitgedacht. Sowohl Polizeigewalt, Haft und das „rechtliche Nachspiel", also auch emotionale Folgen und der gemeinsame solidarische Umgang damit, werden nicht genug thematisiert.

Die Repression zu G20 begann dabei schon weit vor dem Gipfel. Als Gesamteinsatzleiter wurde der für seine Rechtsbrüche bekannte Hartmut Dudde für OSZE und G20 extra aus dem Ruhestand geholt, um die Übergriffe der Polizei zu koordinieren. Es gab „Gefährder*innenansprachen" und den Versuch von Zeug*innenbefragungen im Zusammenhang mit Aktionen gegen den OSZE-Gipfel. Zu Beginn der Medienoffensive über die Gefährlichkeit der Demonstrant*innen gab es in Rostock eine Hausdurchsuchung und in Hamburg wurden zwei Berliner unter fadenscheinigen Gründen festgenommen und mit Meldeauflagen belegt der Stadt verwiesen. Auch beim Roten Aufbau gab es Hausdurchsuchungen – aufgrund eines Interviews das die Betroffenen angeblich der taz gegeben haben sollen. Obdachlose sollten die Innenstadt verlassen, die Messe, die Elbphilharmonie, Polizeiwachen & die Gesa Neuland wurden schon Monate vor dem Gipfel „geschützt", wobei die Polizei bald mangels Personal auf die Unterstützung des Security Unternehmens Pütz zurückgriff. Denn auch die Aktionen gegen den G20 begannen früh.

In der Nähe von Messe und Elbphilharmonie waren Anwohner*innen und als G20-Gegner*innen gelesene Personen Schikanen ausgesetzt. Helikopter machten in den Monaten vor dem Gipfel Übungsflüge und Vergleichsbilder. Zudem wurde eine überdimensionierte Demoverbotszone eingerichtet und umfangreiche Campverbote erteilt. Dies und die medial verbreitete Ansage, dass Menschen, die Trumps Fahrzeug blockieren, damit rechnen müssten erschossen zu werden, sollte Anreisende abschrecken. Hinzu kam eine umfangreiche Überwachung durch verschiedenste In- und Ausländische Behörden, deren Ausmaß wir bisher noch gar nicht komplett erfassen können.

Beim G20 Gipfel haben wir alle mitbekommen was auf der Straße abging und es würde sicher zu weit führen, hier ein umfassendes Bild zu zeichnen, auch für eine Analyse ist es immer noch zu früh. Darum nur ein paar Feststellungen:

- gemessen an dem, was in Hamburg passiert ist, wurden wenige Festnahmen gemacht. Die Cops haben stattdessen immer wieder auf Verletzungen gesetzt und dabei mehrfach in Kauf genommen, dass es Tote hätte geben können. Dabei nutzten sie auch in der Architektur bestehende Gefahren – bei der Welcome to Hell-Demonstration griffen sie die Demo, die durch die Flutschutzmauer und die gegenüberliegende Häuserfront keine Ausweichmöglichkeit hatte, von zwei Seiten an. Am Rondenbarg jagten sie Demonstrant*innen auf einen instabilen Zaun, den sie zum Einstürzen brachten, was schwere Verletzungen zur Folge hatte.

- Hierzu passen die Angriffe auf Demo-Sanis, die in diesem Ausmaß neu waren.

- Die Repressionsbehörden haben verschiedenste Mittel ausprobiert und auch Grenzen dessen überschritten, was vorher in Hamburg bzw. der BRD möglich war, z. Bsp. durch den Einsatz von Gummigeschossen und Tränengasgranaten oder durch den Einsatz von SEK mit Sturmgewehren und anderen Kriegswaffen in der Schanze (seitdem wurden auch schon auf anderen Demos SEKs gesehen) und durch den Einsatz der österreichischen Antiterror-Einheit Cobra, die eigenständig agierte, was für nichtdeutsche Cops eigentlich undenkbar ist.



- In der Gesa gab es massive Übergriffe auf Aktivist*innen und Anwält*innen und unhaltbare Zustände (Schlafentzug, Erniedrigungen, Dunkelhaft, etc.). Zudem wurde die Arbeit der Anwält*innen behindert wo es nur ging und zum Teil komplett verhindert.

- Es gab Funkzellenauswertungen und den Einsatz von IMSI-Catchern. IMSI-Catcher simulieren einen normalen Funkmast, in den sich die in dem Bereich befindlichen Mobiltelefone einwählen, so dass die gesamte Kommunikation über den Catcher läuft.

- Alle Observationsteams der Polizei waren im Einsatz, diverse BFEs mit ihren zivilen Tatbeobachter*innen, „gewöhnliche" Wachen-Zivis, VS-Mitarbeiter*innen und verdeckte Ermittler*innen. Auch diverse Auslandsgeheimdienste und reisende verdeckte Ermittler*innen waren in Hamburg.

- Es entstand ein riesiger Fundus an Bild und Videomaterial. Die Cops stellten noch während des Gipfels eine Denunziationsplattform online. Aktuell behaupten sie, 25 TB an Daten auszuwerten. Diese Menge an Daten nutzen sie, um neue Software in der Auswertung zu testen und zu verbessern.

- Die Cops legten und legen sehr viel Wert auf ihre Öffentlichkeitsarbeit, sie nutzten/nutzen sehr stark Social-Media-Kanäle, um ihre Lügen zu verbreiten. Wenn diese widerlegt werden, wiederholen sie diese einfach und nutzen ihre eigenen „Fake News" erneut als „Gegenbeweis".

Auch nach dem Gipfel gab und gibt es immer wieder Hausdurchsuchungen.

Für die Szene am Bedeutendsten waren sicherlich die Hausdurchsuchungen, die das Verbot von indymedia. linksunten begleiteten. Sie fanden in Freiburg statt und richteten sich gegen drei Personen. Linksunten ist seitdem offline und als unterstellter „Verein" verboten, der Rechtsstreit läuft mit unklarem Ausgang. Sowohl bei den drei direkt Betroffenen als auch im Zentrum KTS wurde viel beschlagnahmt oder kaputt gemacht: Technik, Geld, Spendendosen… Mittlerweile ist bekannt, dass in diesem Zusammenhang ein §129-Verfahren läuft und es gibt ein erstes Urteil gegen die Verwendung des Logos von indymedia.linksunten. Der Betroffene wurde erstinstanzlich zu 60 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt.

Eine erste größere Durchsuchungs-Welle gab es im Zusammenhang mit einem geplünderten Apple Store. 16 Wohnungen und Geschäfte wurden durchsucht. Dabei ist interessant, dass nur 4 der Personen überhaupt etwas vorgeworfen wurde – alle anderen wurden als „Zeug*in", als mögliche Käufer*in von „Hehlerware", durchsucht. Beim Verdacht, unwissentlich geklaute Geräte erworben zu haben, ist eine Durchsuchung nicht üblich.

Zwar wurden noch vor Ort die Seriennummern verglichen, es wurden aber auch Produkte mitgenommen wenn festgestellt wurde, dass diese nicht aus dem Store kamen. Begründet wurden die Durchsuchungen mit Videoauswertung und Funkzellenüberwachung.

Die Pressekonferenz, die die bundesweiten Hausdurchsuchungen bei 25 Betroffenen, die im Rondenbarg von der Polizei festgestellt worden waren, begleitete, war eine einzige PR-Show. Sie diente dazu, die Deutungshoheit über die Ereignisse zu gewinnen und ist Blendwerk, um von dem brutalen eigenen Vorgehen mit 11 Schwerverletzten abzulenken. Es geht um den Rettungsversuch der Polizei, am Rondenbarg nicht als brutal und in geschlossener Formation agierende, gewalttätige Horde in dem Verfahren gegen Fabio dazustehen. Denn dort zeichnet sich immer deutlicher ab, dass es selbst „offiziell" keinerlei Anlass gab die Demo anzugreifen, noch dazu ohne jegliche Ankündigung.

Es gab auch weitere einzelne Durchsuchungen. Laut den Cops haben bundesweit bisher 57 Durchsuchungen stattgefunden. Und auch in Zukunft wird es weitere Hausdurchsuchungen geben. Eine gute Vorbereitung ist also notwendig! Nach wie vor suchen sie Bilder und Videos, z.T. aber auch Kleidung. Trennt euch also von Dingen, die euch oder andere belasten können! Räumt auf und verschlüsselt möglichst alles!

Auch die "Fahndungsoffensive" wurde von der Polizei Hamburg medial in Szene gesetzt. In der Pressekonferenz, die zum Start durchgeführt wurde, versuchten die Cops erneut ihre Sicht auf die Ereignisse durchzusetzen, die eigene Brutalität zu rechtfertigen und brachten wieder einmal ihr strategisches Ziel vor, mehr Befugnisse zu bekommen. Um tatsächliche Strafverfolgung geht es nur am Rande. Vielmehr soll zur Normalität werden, dass bereits die Anwesenheit auf Demos und bei Protesthandlungen ausreichen kann, um unwiderruflich im Internet als (vermeintliche) Täter*innen angeprangert zu werden. Vor dieser „Öffentlichkeitsfahndung" war ein derartiger Angriff nicht denkbar - in Folge kam es bereits zu einer „Nachahmer*innentat": Die Polizei Bayern fahndet öffentlich nach einer jungen Frau, die gegen die Abschiebung eines Nürnberger Schülers nach Afghanistan protestiert haben soll. Offizieller Vorwand ist der angebliche Wurf einer 500ml-Weichplastikflasche.

In den letzten Monaten kontrollierte und fotografierte das LKA immer wieder Personen, die sie als „G20-Gewalttäter*innen" beschuldigen, um Vergleichsbilder zu ihrem Bildmaterial zu haben. Am 25.10.17 fand während einer Prozess-Frühstückspause der bisher größte Angriff dieser Art statt. Dreizehn Prozessbeobachter*innen wurden gegenüber vom Gericht Altona in einem Café zu diesem Zweck festgehalten. Rund 40 Cops hinderten sie über eineinhalb Stunden lang das Café zu verlassen.

Immer wieder werden wir angesprochen weil die „SoKo Schwarzer Block" Vorladungen verschickt. Für diese Vorladungen gilt: nicht hingehen. Dies kann euch nur schaden. Meldet euch, wenn ihr euch Sorgen macht, bei uns oder der Roten Hilfe.

Direkt nach dem Gipfel waren etwa 50 Gefangene in U-Haft, die meisten Betroffenen mit deutschen Papieren kamen relativ zeitnah raus – gegen die verbliebenen ~30 liefen und laufen seitdem Prozesse. Die betroffenen EU-Bürger*innen sind rechtlich eigentlich mit deutschen gleichgestellt, da es Auslieferungsabkommen gibt, daher bestand auch nicht der Haftgrund Fluchtgefahr. Eine juristische Rechtfertigung für die U-Haft bestand also nicht. Argumentiert wurde stattdessen damit, die Bürger*innen hätten ein Anrecht auf schnelle Verurteilung und wenn Auslieferungsanträge gestellt werden müssten, zöge es sich zu lange hin.

Jetzt, 7 Monate nach dem Gipfel, sind noch 7 im Knast. Sie sind erstinstanzlich verurteilt. Von zweien wissen wir, dass sie ihr Urteil offiziell anerkannt haben, ein Urteil wurde in der Berufung bekräftigt, die anderen warten auf ihre Berufungsverhandlung.

Im 1. Prozess, der gegen Peike Ende August stattfand, verurteilte der Hardliner Krieten ihn zu 2 Jahren und 7 Monaten. Peike hatte zum Vorwurf geschwiegen. Obwohl alle anderen Richter*innen betonen, dass Krieten kein Maßstab sei, orientieren sie sich an diesem überzogenen Urteil.

Von Staatsanwaltschaft und Gerichten wurde die U-Haft gezielt als Druckmittel für Geständnisse eingesetzt. In den folgenden Verfahren wurden aus unterschiedlichen Motivationen die Vorwürfe gestanden und die Beschuldigten kamen mit Bewährungsstrafen frei. Ende September war Alix, mit dem 9. G20-Verfahren, der erste, der wieder ein politisches Verfahren führen wollte. Sein zweiter Gerichtstermin fand dann aber erst am 3.11. statt.

Dadurch entstand im Knast verstärkt der Eindruck: wer raus will, muss gestehen. Auch anwaltliche Beratung, einen anderen Weg zu wählen, kam nicht dagegen an. Zumal die Staatsanwaltschaft in den Verfahren auch immer wieder deutlich machte, Bewährung gebe es nur über ein Geständnis. Dass das nicht stimmt wurde im 14. Prozess gegen Emiliano deutlich. Er gab eine politische Erklärung ab, sagte nichts zur Sache und kam dennoch am ersten Prozesstag auf Bewährung raus.

Die Staatsanwaltschaft und teilweise auch die Richter*innen betonen immer wieder, es sei auch aus generalpräventiven Gründen eine schärfere Strafe nötig, denn alle hätten zu der Eskalation, die zu Freitag Abend im Schanzenviertel führte, beigetragen. Das bürgerliche Rechtsempfinden sei gestört und müsse dadurch wieder hergestellt werden. Ab Mitte Oktober starteten dann weitere politisch geführte Prozesse.

Krietens Urteil im 1. Prozess hatte das Ziel einzuschüchtern und wurde medial stark aufgenommen. Es dient bis heute als Referenzrahmen – Urteile, die eigentlich für hamburger Verhältnisse extrem hoch sind, werden als „Mildes Urteil" dargestellt. Auch im Verfahren gegen Christian, der den Vorwurf bestritten hat, blieb Krieten sich treu und verurteilte ihn zu dreieinhalb Jahren Haft.

Die Verfahren von Alix, Fabio, Evgenii und Konstantin laufen noch in 1. Instanz, es gibt hier also noch keine Urteile.

Die Verfahren von Alix und Evgenii wurden ausgesetzt und werden im Frühjahr erneut von vorne begonnen. Bei Evgenii hatte sich der Tatvorwurf als völlig unhaltbar erwiesen. Die Schilderungen des Tatbeobachters und das Video des Ortes zum fraglichen Zeitraum passten absolut nicht zusammen. Die Staatsanwaltschaft wollte aber unbedingt einen Freispruch verhindern und behauptete kurzerhand, dass dann die Tat eben an einem anderen Ort stattgefunden habe, bezeugt von einer anderen Tatbeobachterin. Konstantins Prozess nähert sich dem Abschluss.

In der nächsten Zeit werden die Prozesse gegen die beginnen, die nicht in U-Haft sind – die Cops sprechen von rund 600 Prozessen die sie dann beginnen wollen und von insgesamt 3.000 Verfahren in denen sie ermitteln. Wie viele Prozesse es tatsächlich werden ist unklar, doch: Die Tendenz ist steigend.

Auch bei vermeintlich aussichtslosen Voraussetzungen – streiten und in die Länge ziehen von Prozessen lohnt!

Alle Prozesse (gegen Erwachsene) müssen in Hamburg stattfinden, bei angekündigten 2000 bis 3000 Strafverfahren brechen die Gerichte mit dieser zusätzlichen Arbeit zusammen. Erst recht, wenn jeweils mindestens 3 Prozesstage stattfinden müssen. Dies ärgert die Repressionsbehörden maßlos. Bereits jetzt bleiben Ordnungswidrigkeitsverfahren oft liegen. Daher wird von Polizei und Staatsanwaltschaft gebetsmühlenartig und lautstark behauptet, die "Beweise" seien erdrückend, es werde eine hohe Geständnisbereitschaft geben. Wer die G20 Prozesse verfolgt, wird gemerkt haben: bei Verfahren, in denen strittig verhandelt wird, kommt im schlechtesten Fall das Gleiche raus wie bei Verfahren mit Geständnissen. Bestenfalls lösen sich die Vorwürfe ohne Geständnis als unhaltbar auf.

Lassen wir sie im Trüben fischen und ihre Ermittlungen ins Leere laufen!

Auf diese Repression antworteten wir mit viel praktischer Solidarität, mit United we Stand! ist eine breite Kampagne entstanden an der sich, wie in der aktuellen Aktionswoche, alle beteiligen können. Seit dem G20-Gipfel wurden monatliche Knastkundgebungen abgehalten, Infoveranstaltungen organisiert, in Solikneipen gemeinsam gefeiert und es wurden unzählige Briefe an die G20-Gefangenen geschrieben.

dichthalten
Newsletter 01 | Jan 2018
Ermittlungsausschuss Hamburg

Ihr nehmt uns die Luft zum Agieren, wir nehmen euch die Luft zum Atmen!

Dokumentation: „In der Nacht vom 17.2. auf den 18.2.2018 haben wir bei der Eurocommand GmbH, Gärtnerstraße 92b in 25469 Halstenbek, die Scheiben eingeschlagen und Buttersäure in die Räume geworfen.

Spätestens seit dem OSZE und dem G20 Gipfel baut die Polizei Hamburg auf eine neue Einsatzsoftware zur Echtzeitüberwachung. Den Zuschlag hat die Firma Eurocommand mit ihrer Software CommandX erhalten. 696 Bullen wurden dazu in 368 Stunden in der Anwendung des Systems über Kräftemanagement und Lagedarstellung beschult.

Auch die Feuerwehr und die Rettungsleitstelle wurden mit CommandX ausgestattet. Mit der Einbindung von Fahrzeugdatenbanken und bestehenden Einsatzleitsystemen wird ein beängstigend weitreichender Datenaustausch gewährleistet.

In der Zentrale Alsterdorf liefen während des G20 sämtliche Geodaten auf einer großen Videowand zusammen und wurden als Lagekarte angezeigt. In Echtzeit waren auch die Luftbilder aus den Bullenhubschraubern und die Videos von Bodycams oder Verkehrskameras abrufbar.

Darauf aufbauend konnte die Koordinierung der Einsatzkräfte während der Gipfeltage zeitnah erfolgen. Zu spät kamen sie in den meisten Fällen dennoch.

Laut Auskunft des Senats habe sich die Stabssoftware CommandX bewährt, „Defizite wurden nicht festgestellt".

Bemerkenswert ist, dass auch Vertreter_innen von Staatsschutz, Bundespolizei und Bundeswehr vor den Bildschirmen in der Einsatzzentrale gesessen haben sollen. Ob die von Eurocommand angepriesenen und mit Videos ausgerüsteten Drohnen beim G20 Treffen ebenfalls eingesetzt wurden, ist nicht bewiesen. Zumindest ist CommandX in der Lage, derartige Informationen ohne weiteres einzubinden.

Nicht nur durch die Vermarktung seines Überwachungssystems CommandX hat sich Eurocommand zum Angriffsziel erklärt: Sascha Pomp ist der Geschäftsführer von Eurocommand. Seine Einstellung zeigt sich deutlich in seinen mittlerweile bekannt gewordenen Äußerungen gegenüber den G20-Protestler_innen, die er als „krank und assozial" bezeichnete und als „Pack, das keinen Respekt und kein Mitleid" verdiene. Ein anderes Mal geilt er sich an seinen Gewaltfantasien auf: „Ist doch einfach: das rechte Gesindel und die linken Terroristen in einen Raum zum innigen Meinungsaustausch sperren und warten..." Ähnlich der AfD twitterte er über gelungene Putzaktionen und retweetet fleißig die Bullennachrichten während der Gipfeltage.

Unser Angriff ist ein Angriff auf diejenigen, die uns überwachen und kontrollieren wollen, und auf diejenigen, die die Skills dafür liefern.

Fuck you Eurocommand!"

Kommando-X

Von Schweinen die fliegen und Alles zerstörenden Feuerbällen!

Ich packe meine letzten Sachen in die große Sporttasche, in der Hoffnung diese zu Hause auspacken zu können. Jeder hat mir dazu geraten im Falle einer Haftverschonung direkt vom Gericht aus in die „Freiheit“ zu entweichen. Nicht nochmal zurück in meine Zelle. Nicht nochmal zurück, um sich gebührend zu verabschieden. Nicht die Zeit die Sachen mit Gewissheit zu packen. Es kommt öfter vor, dass die Staatsanwaltschaft noch etwas findet, um dich doch da zu behalten. Ich verabschiede mich von meinen Haftbrüdern. Sie sind sich sicher, dass ich nicht zurückkomme. Genauso wie meine Freunde draußen. Meine Anwältin beschreibt die Verschonung als das wahrscheinlichste Ergebnis. Es fällt mir schwer meine eingeredete Neutralität zu bewahren und diese nicht in blinde Hoffnung umschlagen zu lassen.

Im Kiez ist viel los, Menschen die von Bar zu Bar taumeln. Es riecht verbrannt und Sirenen schneiden den Mix aus Musik und Gerede. Ich bin auf dem Weg nach Hause, als ich über mir das lauter werdende, drohende Dröhnen des Helikopters wahrnehme. „Jackpot! Den schick ich wieder nach Hause!“ schießt es in meinen Kopf. „Ach komm, du bist schon fast sicher zu Hause, in bunt und musst morgen früh raus.“ Ich fahre weiter. Ich komme an einem dunklen, menschenleeren Park vorbei. „Scheiß drauf! Wozu hast du das Ding denn eingepackt?!“ Ich steige vom Rad, verschanze mich im Gebüsch und visiere an. Ich warte darauf, dass er sich aus dem Strahl bewegt oder anfängt seinen Lichtkegel suchend in meine Richtung zu schwenken. Doch es passiert nichts. Er schwebt unbeeindruckt an derselben Stelle und leuchtet in die Rigaer. Nach einer gefühlten Ewigkeit fängt er an sich von mir weg zu bewegen. Endlich hat er es kapiert! Ich schnappe mir meine Sachen und trete in die Pedale. Ich fühle mich schon zu Hause, als das Dröhnen wieder zu hören ist. Ich habe das Gefühl, dass es lauter wird, während ich überlege meinen Stuff die Brücke runter zu schmeißen. Da ist der Heli schon direkt über mir.

Nach nicht endenden Türen und Schleusen werde ich von gut gelaunten Idioten gefilzt und in eine Gemeinschaftszelle gesperrt. Nach und nach füllt sich der Raum. Keiner redet, alle lauschen den scherzenden Idioten, die sich lautstark über ihr erbärmliches Leben und das vergangene Wochenende austauschen. Ich blätter gelangweilt meine Akte durch, versuche mich zu konzentrieren und alles nochmal durchzugehen. Die Beweislage ist erdrückend: Vollständig gefilmte Flucht. Laser, Handschuhe, Hassi, Zwille und Polenböller gefunden. Bei den Fotos meiner angeschwollenen Fresse muss ich lachen. Dazu kommt ein gut gefülltes Vorstrafenregister mit der letzten Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung, bzw. versuchte schwere Körperverletzung gegen Vollstreckungsbeamte. Ein Jahr und vier Monate auf Bewährung habe ich damals bekommen. Die Bewährung ist erst vor einem Jahr ausgelaufen. Das einzige, was nicht klar aus der Akte hervorgeht, ist eine direkte Verbindung zu den Ausschreitungen in der Rigaer Straße und da das Ganze am Verkehrsgericht verhandelt wird, ist ein Politzusammenhang nicht unbedingt gegeben. Daher die Hoffnung auf einen Deal: Geständnis gegen kurze Haft und Haftverschonung bis zum Haftantritt. Solange die Strafe unter 12 Monaten bleibt und ich rauskomme, wäre das ein gutes Geschäft für mich. Da ich keine Reue oder Ähnliches zeige, kann ich meinen Stolz wahren und komme raus. So der Plan. Doch die Justiz spielt nicht nach deinen Plänen!

Zu spät! Die Bullen sind schon hinter mir. Plötzlich ist Berlin menschenleer, nur ich, der über mir schwebende Heli und die Streife hinter mir. Ich versuche gelassen zu wirken und wechsle die Straßenseite, um zu sehen, wie die Bullen reagieren. Tausend Gedanken schießen in meinen Kopf. Ganz ruhig? Flucht? Wo lang? Mit Bike oder zu Fuß? Wie komme ich dann nach Hause? Ich muss über die Spree! Und dann in den Park! Zur Brücke ist es nicht mehr weit! Hochschalten und ich fahre so schnell es geht. Zweiter Streifenwagen von vorne, ich weiche auf den Bürgersteig aus. Ich kann die Brücke sehen, da überholt ein dritter Wagen und versperrt den Weg, während parallel zu mir Blaulicht die Sicht nimmt. Ich bin ganz ruhig, trotzdem reißt mich ein Bulle von hinten vom Fahrrad. Ich lande auf dem kalten Asphalt. „Wo ist der Laser?“ brüllen sie, während mein Gesicht in den Boden gedrückt wird. Nachdem, trotz Schlägen und Hebelversuchen, kein Aufenthaltsort des Lasers aus mir rauszukriegen ist, dauert es etwas bis sie feststellen, dass es sich schlecht macht mich nach dem Laser zu durchsuchen und gleichzeitig mit Handschellen und fünf Schweinen zu fixieren. Der Inhalt meines Beutels liegt verstreut neben mir, als sie endlich den Laser finden. Professionell wird die Funktion und Farbe vor Ort in meinem Gesicht getestet. Ich überlege gerade wer meinen Hund morgen früh füttert und wie ich Ersatz auf der Arbeit organisiere, da werde ich gepackt und zum Streifenwagen geschliffen. Ich werde angeschnallt und zum Abschied mit der Faust geküsst.

Die aufgehende Tür unterbricht meine Gedanken. Ich werde aufgerufen und von der Sammelzelle durch mehrere Gänge in eine kleinere, alt wirkende Zelle verfrachtet. Ein Idiot fragt mich, ob ich meine Anwältin vor Prozessbeginn nochmal sprechen möchte. Langsam steigt die Aufregung. Wird viel Presse da sein? Sind meine Freunde gekommen? Stehe ich in zwei Stunden auf der Straße und schließe meine Liebsten in den Arm? Wird ein Deal zustande kommen? Endlich wird die Zelle geöffnet und ich werde über eine enge Treppe in den Gerichtssaal geführt. Ein antikes Gitter trennt mich vom Rest des Raumes. Spannungsvoll warte ich auf den Bericht von meiner Anwältin. „2,6 Jahre fordert der Staatsanwalt. Gegen Geständnis inklusive Rigaer, also Deckung von Straftaten, 1,6 Jahre mit Aussicht auf Haftverschonung, aber das ist keine Garantie.“ Ernüchterung macht sich in mir breit. „Du musst dich jetzt entscheiden!“ Ich ver-

suche nachzudenken. Andere Verhandlungstage, weiter Moabit und hohe Haftstrafe oder weniger und eventuell heute noch rauskommen und wenn nicht, schnell in den regulären Vollzug?! Ich entschied mich für den Deal. Der Prozess war selten unspektakulär. Höhepunkt war die Zeugenvernehmung des Hubschrauberpiloten, der den hypothetischen Untergang Friedrichshains proklamierte und einen Absturz lebhaft skizziert hat. Ein Clown, der seine Rolle gut spielte.

Draußen höre ich die Bullen über Rigaerchaoten und Linksfaschisten reden. Sie sind sichtlich erregt über ihre Beute. Auf der Rückbank wird's kuschelig, mit zwei Schweinen, die versuchen mich Blick zu ficken. Angekommen im Hof der Wache werde ich mit verbogenen Armen und nach unten gedrücktem Oberkörper in's Revier geführt. Auf dem Weg macht mein Kopf Bekanntschaft mit dem Türrahmen. Bei der nächsten Tür versuche ich dies mit aktivem Gegensteuern zu vermeiden. Durch einen gekonnten Wurf lande ich unsanft auf dem Boden. „Wenn der mich nochmal schubst, knallt's!" schreit er. Ich muss lachen. Das ist zu viel für ihn und er stürzt sich auf mich. Zum Zuschlagen kann er sich nicht überwinden. Er probiert lieber sogenannte Schmerzpunkte aus. Ich gönne ihm keine Genugtuung und versuche mir nichts anmerken zu lassen. Nach wenigen Minuten lässt er von mir ab. Ich liege auf dem Bauch und die Handschellen lassen meine Schultern und Oberarme brennend schmerzen. Ich werde liegend mir selbst überlassen. Immer mal kommen Bullen, die gerade erfahren haben, dass da eine „Rigaer-Zecke" in ihrem Revier liegt, um entweder ihre Wut oder Neugier zu stillen. Anscheinend hatte das Friedrichshainer Revier vor Kurzem eine Weiterbildung in „Schmerzen zufügen ohne Spuren zu hinterlassen" oder „Druckpunkte des Körpers" absolviert. Jedenfalls haben die Männergrüppchen erst groß rumposaunt und gedroht „dass man doch mal das Licht ausmachen sollte" und mir gleich „die Fresse poliere", um sich letztendlich auf mich zu knien und an mir rumzudrücken. Da ich höchstens mal leise stöhnte, verloren sie schnell den Spaß. Nach vier bis fünf Stunden auf dem Bauch und tauben, schmerzvollen Armen wurde ich nach Tempelhof gebracht, ED-behandelt und gegen halb sieben gehen lassen. Zwei Wochen nach G20 wurde ich dann auf meiner Arbeit festgenommen und in U-Haft gesteckt. Fadenscheinige Begründung war mein Wohnsitz bei meiner Mum, der 500 km von meiner Arbeit in Berlin entfernt ist. Da trotz Ummeldung und angebotenen Auflagen am Haftbefehl festgehalten wurde und immer wieder neue Gründe gefunden wurden, die ihn rechtfertigten, war das nur ein dummer, scheinheiliger Vorwand.

Das Gericht zieht sich zurück! Ich hoffe noch immer auf Haftverschonung. Der Richter verkündet, dass diese aufgrund der nicht zusagenden Wohnverhältnisse nicht gewährt werden kann. Dann ist alles ganz schnell vorbei. Alle verlassen den Saal in die „Freiheit" und ich werde wieder über die Treppe von Käfig zu Käfig in meine Zelle gebracht.

Nun sind seit den Ereignissen einige Monate vergangen und ich hatte Zeit diese zu verarbeiten und zu bewerten. Das, was mich am Meisten stört, ist dass ich diesen Deal eingegangen bin. Ich finde es nicht unbedingt falsch, aber dennoch ungünstig. In einem geführten Prozess hätte ich wohl eine ähnlich hohe Strafe erhalten. Zudem wird ein Geständnis von der Justiz anders gewertet, als ich dies tat. Für mich war und ist es einfach eine Antwort auf eine Frage:"Ja, ich habe vorgeworfenes getan." Punkt. Doch für die Exekutive ist es ein Schuldeingeständnis. Also eine Art Einsicht, dass man Verbrechen begangen hat. Alle Mitgefangenen haben mich fassungslos angestarrt, als ich ihnen erzählte, dass ich mich nicht entschuldigt habe und auch sonst keine Anstalten machte, um das Gericht milde zu stimmen. Für sie ist es ganz selbstverständlich Einsicht und Reue zu heucheln, um einer hohen Strafe zu entgehen. Doch ich wollte meinen Stolz und meine Würde behalten. Zumal es sich für mich um eine Tat aus Überzeugung handelt. In meiner Auffassung habe ich das auch trotz Geständnis. Was mir durch die Haft und den Prozess nochmal eindringlich klar geworden ist: wie kaputt diese Gesellschaft und im speziellen die Justiz an sich, in ihrem Fundament, ist. Ein großes inszeniertes Theater, in dem jeder seine Rolle spielt. Ein Theater mit tausend Kulissen und doppelten Böden. Der Pilot beispielsweise wurde nur verhört, um mir die Chance zu geben, mich persönlich zu entschuldigen. Dessen Aussage hatte keinerlei Auswirkung auf das schon vereinbarte Strafmaß. Wahrscheinlich wollte man bei dem öffentlichen Interesse noch den Anschein einer Verhandlung wahren. Das Gericht hatte auch nie vor mich Haft zu verschonen. So sollte nur Druck auf mich ausgeübt werden. Indem man mir die scheinbar realistische Aussicht auf Freiheit vor die Nase hielt, hoffte man auf ein Geständnis und eine unkomplizierte Verurteilung. Und auch wenn ich mir das damals nicht eingestehen konnte, hat die U-Haft ihre Wirkung bei mir entfaltet. Und wie ein Fisch schluckte ich den Köder. Die Krone setzte der Richter dem Ganzen in seiner Begründung auf. Indem er versuchte meinen Freund dafür verantwortlich zu machen, dass er mich, trotz seines sehnsüchtigen Wunsches, nicht gehen lassen kann. Komisch, dass vier Wochen später eine Haftverschonung mit der Gefahr des Untertauchens vom selben Richter abgelehnt wurde. Wie gesagt, alles ein großes Schauspiel. Als jemand, der gezwungen wird mitzuspielen, sollte man sich seine Rolle gut überlegen. Am Besten wäre es natürlich, wenn man gar nicht mitspielt, dem Richter sagt, was für ein Hundesohn er ist, nicht aufsteht und am Besten gar nicht erst zum Termin erscheint. Aber dann sitzen wir bald alle wegen fehlenden Lichts am Fahrrad. Alles wie immer ein Kompromiss. Den Widerspruch leben. Das Erlebte ist mein Kompromiss, bei dem ich Haltung bewahre. Ich hoffe, dass Menschen in ähnlichen Situationen meine Erfahrungen nützen. Dass darüber geredet und diskutiert wird und so ein Bewusstsein für das individuelle Handeln entsteht.

Viel Kraft den Companer@s in Afrin!
Ach ja und Knast kostet. Gebt mir euer Geld!

Liebe Grüße

Nero

Update zur anarchistischen Gefangenen in Köln

Wiederaufnahme des Verfahrens zurückgewiesen

Im Dezember hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen unsere in Köln inhaftierte Gefährtin zurückgewiesen. Deshalb ist das Urteil über siebeneinhalb Jahre Gefängnis rechtsgültig. Die Entscheidung unserer Gefährtin ist es, so früh wie möglich nach Spanien ausgeliefert zu werden, um ihrem Umfeld nahe zu sein. Am 20. Februar wurde Lisa in die JVA Willich verlegt:

Lisa D. 2893/16/7
JVA Willich II
Gartenstraße 2
47877 Willich

Andererseits hat im selben Monat die Aachener Staatsanwaltschaft, nach fast einem Jahr, den Einspruch, gegen den Freispruch unserer Gefährtin in Holland zurückgezogen. Wir sind sehr glücklich für sie! (mehr Informationen auf solidariteit.noblogs.org)

"Solidarität ist unsere beste Waffe! "

Aserbaidschan

Im Autonomen Blättchen #29 haben wir bereits über die generelle Situation in Aserbaidschan, insbesondere bezüglich der Repression, gesprochen. Den Konflikt um Bergkarabach haben wir bereits kurz angesprochen. Um diesen Konflikt besser zu verstehen, werde ich dir ein paar Fragen stellen.

Javad: Sehr gerne, schieß los.

Frage: *Der Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien hatte seinen Höhepunkt zwischen '92 und '94. Insbesondere die Region um Bergkarabach war Zentrum des Konfliktes und wurde hart umkämpft. Was war der Grund für den Krieg?*

Nach dem Ende des 1. Weltkriegs erhoben die erstmalig unabhängig gewordenen Länder Armenien und Aserbaidschan Anspruch auf die Region Bergkarabach. Kurze Zeit später fallen beide Länder unter Sowjetische Herrschaft. 1923 wird Bergkarabach in einem Dekret weitgehende Autonomie bei formeller Zugehörigkeit zu Aserbaidschan zugesprochen. Die Ausgangssituation für einen langen und blutigen Konflikt ist geschaffen.

Kurz vor dem Zerfall der UDSSR stellte die Armenische Regierung den Anspruch auf die umstrittene Region wieder in den Mittelpunkt des politischen Geschehens. Der Konflikt wurde ab diesem Zeitpunkt von verschiedenen Interessengruppen künstlich verschärft.

Frage: *Warum und von welchen Gruppen?*

Die Entfesselung und Aufrechterhaltung eines Konfliktes mit dem Nachbarland kann die nationale Idee stärken und von innenpolitischen Problemen ablenken.

Zuallererst gilt für die gesamte Region natürlich, dass nach dem Zerfall der UDSSR die staatlichen Strukturen instabil waren und die Machtverhältnisse nicht gesichert waren, weshalb verschiedene Gruppen die Situation für sich nutzen wollten. Die größte Einflussnahme ging von Russland aus, insbesondere auf Armenien. So gibt es in Armenien beispielsweise eine bedeutende russische Militärbasis mit etwa 5000 Soldaten, MIG-Kampfflugzeugen und einem Raketenabwehrsystem, deren Bestehen bis zum Jahr 2044 vertraglich vereinbart ist. Weiterhin gewährt Russland Armenien Kredite, die in den Kauf russischer Waffen investiert werden.

Auf armenischer Seite sind es insbesondere nationalistische Gruppen, die diesen Krieg befürworten und mit ihren nationalistischen Ideologien versuchen, ein „Groß-Armenien" zu schaffen. Sowie im Vorfeld der kriegerischen Handlungen als auch in ihrem Verlauf nahmen sie entscheidend Einfluss. Bis heute sind dieselben Leute in den höchsten Positionen der Regierung: Der momentan amtierende armenische Präsident Sersch Sargsjan war selbst am Krieg beteiligt.

Auf aserbaidschanischer Seite sind insbesondere finanzielle Interessen von Bedeutung.

Auf die Regierung um Aliyev sowie die Landesweite Korruption bin ich schon in meinem letzten Interview eingegangen.

Die pro-russische Regierung gibt sich bis zum heutigen Tage Mühe, bestimmte Wahrheiten des Krieges in Bezug auf die Einmischung Russlands zu verstecken.

Frage: *Welche Wahrheiten?*

Dass der Krieg ohne die Einmischung Russlands gar nicht stattgefunden hätte. Der russische Geheimdienst bestimmte in Zusammenarbeit mit Armenischen Nationalisten Schlüsselsituationen, die zur Entfesselung des Krieges führten.

Einer der Hauptfiguren der Karabach-Frage war der armenische Schriftsteller Zori Balayan. Zory Balayan war besonders bekannt für seinen Aufsatz „The Hearth", der der Geschichte Armeniens gewidmet ist und 1981 in einem separaten Buch veröffentlicht wurde. Der Aufsatz betonte insbesondere die armenische Identität von Berg-Karabach und die armenische historische Identität von Nachitschewan. Und obwohl das Buch in der Zeit vor

Gorbatschow geschrieben wurde, nannte Balayan die Türken - einschließlich der Aserbaidschaner - „Feinde" Russlands und Armeniens. Später wurde Balayan einer der Führer der Karabach-Bewegung. Als solcher traf er sich am 26. Februar 1988 mit Michail Gorbatschow, in der Hoffnung, ihn zur Lösung des Karabach-Problems zu animieren.

Einen Tag darauf folgten die verheerenden Ereignisse von Sumgayit.

Frage: *Die Ereignisse von Sumgayit?*

Obwohl Kriegsbeginn 1992 war, hat die ethnische Vertreibung von Aserbaidschanern bereits 1987 angefangen. Dies bezeugt z.B. der britische Journalist Tom de Waal in seinem künstlerisch-dokumentarischem Buch „Black Garden" über die Geschichte des Karabach-Konflikts. Nach offiziellen Zahlen wurden etwa 4000 Aserbaidschaner aus Armenien vertrieben. Nach Hassparolen und dem Verbrennen von einigen Häusern begannen sie aus Furcht, das Land zu verlassen. Die Flüchtlinge fanden ihr neues Zuhause in der Stadt Sumgayit, etwa 20 km von der Hauptstadt Baku. Gerade in dieser Stadt, in der 4000 aserbaidschanische Flüchtlinge lebten, kam es vom 27.-29. Februar 1988 zu Massenunruhen und Gewalt gegenüber der dort lebenden Armenischen Bevölkerung. Nach russischen Zahlen starben 26 Armenier und 6 Aserbaidschaner in dieser Nacht. Über 400 Personen wurden unterschiedlich schwer verletzt; ca. 200 Personen wurden das Ziel von Angriffen und Plünderungen und es entstand ein riesiger Sachschaden.

Noch am 28. Februar (!) wurden die Ereignisse detailliert in armenischen, russischen, französischen und amerikanischen Medien abgedruckt und sogar Videos davon veröffentlicht.

Es wurde auf allen Fernsehkanälen und Medien repliziert. Dass Europa und die USA in diesen Jahren Informationen aus Sumgayit erhielten, dauerte normalerweise einen Monat. Zuerst musste Washington eine Untersuchung nach Moskau schreiben, dann bewarb sich Moskau auf Baku, dann appellierte Baku an die Stadt der Republik, dann wurden Genehmigungen gemacht und so weiter. Und hier erhielten buchstäblich einen Tag nach den Sumgayit–Ereignissen auf der ganzen Welt Menschen Informationen darüber, was passiert ist. 32 Todesfälle ereigneten sich, 6 der Toten waren Aserbaidschaner, und dies wurde durch die Untersuchung festgestellt. Die Darstellung der Medien nannte tausende Tote und barbarische Gewalt.

Den Aserbaidschanern wurde somit international die Verantwortung für die Gewalt zugesprochen. Bis heute gilt das Ereignis als wesentlichster Punkt zur Entfesselung des Krieges.

Der springende Punkt ist: Wer war wirklich dafür verantwortlich?

Im nachfolgenden Prozess gegen die Hauptverantwortlichen dieser Ereignisse war Aslan Ismayilov Staatsanwalt. In seinem 2015 veröffentlichten Buch „Sumgayit: Der Beginn des Zerfalls der Sowjetunion" belegt er, dass der Pogrom vom russischen Geheimdienst mitorganisiert wurde. Er schildert seinen Kampf gegen die korrupte aserbaidschanische Regierung, die ihm mittlerweile aufgrund seiner Enthüllungen die Lizenz entzogen hat. Auch darf er das Land nicht verlassen. Das Buch wurde in 3 weitere Sprachen übersetzt und ist auch auf Deutsch erhältlich.

Laut seiner Ausführungen war der Hauptorganisator der Krawalle ein gewisser Eduard Robertovich Grigorian, ein mehrfach vorbestrafter Verbrecher armenischer Nationalität, der bereits zweimal für andere Straftaten im Gefängnis gewesen war. Im Prozess war er der Hauptangeklagte und wurde schuldig gesprochen; bekam 12 Jahre. Nach seiner Inhaftierung wurde er in ein russisches Gefängnis verlegt und schließlich freigelassen.

Am 28. Februar, als das Massaker von Sumgayit stattfand, traf sich das Politbüro des ZK der KPdSU und es wird berichtet, dass es in der Stadt ein Massaker gibt. Und Gorbatschow erlaubt den Einsatz von Truppen nicht, sondern schlägt vor, freiwillige Helfer einzusetzen! Denken Sie, dass Gorbatschow so dumm war, die Zwecklosigkeit der Freiwilligen in einer solchen Situation nicht zu verstehen? In der Nähe von Sumgayit gab es eine große militärische Einheit, das heißt, es war von Anfang an möglich, den Konflikt zu beenden. Eine halbe Stunde hätte gereicht, und die Truppen wären dort gewesen. Aber nein. Die Truppen haben sich am 29. Februar engagiert, als der Prozess fast vorbei war.

Ich mache die lokalen aserbaidschanischen Behörden mitverantwortlich. Sie wussten, was vorging, aber schwiegen aus Angst und griffen nicht ein, um es zu verhindern.

Frage: *Was kannst du über den Kriegsverlauf sagen?*

Im Zuge des bewaffneten Konflikts um die Region Bergkarabach wurden über mehrere hundert aserbaidschanische Zivilpersonen von armenischen und russischen Einheiten getötet. Über den Krieg kann man lange erzählen. Kurz kann ich sagen, dass Bergkarabach und 6 Regionen drumherum in denen vor allem Aserbaidschaner gelebt haben (20% des gesamten Territoriums) insgesamt von Armenien besetzt wurden. Aus den besetzten Gebieten verloren 1 Millionen Aserbaidschaner ihre Häuser. Einer der schmerzvollsten Momente des Krieges war das Massaker von Khojaly. Laut dem russischen Menschenrechtszentrum Memorial und Human Rights Watch wurde das Massaker durch die armenischen Streitkräfte mit der Unterstützung des russischen 366. Motorschützenregiments begangen. Die von aserbaidschanischen Behörden zur Verfügung gestellte offizielle Zahl der Todesopfer lautet 613 Personen, davon 106 Frauen und 83 Kinder. 476 Menschen wurden nach diesen Angaben freigelassen, während von 150 der insgesamt 1275 Geiseln bis heute jede Spur fehlt. In den Wintermonaten 1991-1992 stand Khojaly unter ständigem Artilleriefeuer. Im Wesentlichen

wurde der Beschuss nachts durchgeführt. Die Internationale Menschenrechtsbeobachtungsstelle Human Rights Watch hat Zeugnisse dafür, dass der Beschuss entweder unberechenbar war oder sich direkt auf zivile Objekte richtete, was zu zivilen Opfern führte.

Monte Melkonyan, der seit Anfang Februar 1992 einer der Führer Armeniens war, bewaffnete Abteilungen in Karabach. Sein Bruder weist in seinem Buch „My Brother‘s Road: Eine amerikanische Schicksalsreise nach Armenien“ (2005) darauf hin, dass der Angriff auf Khojaly zum Jahrestag der Ereignisse in Sumgayit unternommen wurde und als eine Art Vergeltung zu verstehen sei.

Frage: *Wie kann der Konflikt aus deiner Sicht beendet werden? Welche Perspektiven siehst du für die Region und Bergkarabach?*

Ich habe die Hoffnung, dass die jungen Leute beider Länder den Hass überwinden und in Zukunft ihre Probleme in der Diskussion lösen. Das kann nur passieren, wenn in beiden Staaten die autoritären Regimes bekämpft und gestürzt werden. Als besonders wichtig finde ich das Loslösen vom russischen Einfluss. Nur durch politische Autonomie kann das erreicht werden. Natürlich müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Doch das ist leider momentan nicht wahrscheinlich.

Der Aufstand der Unterdrückten und die Repression des Staates Iran

Ein Interview mit Taha Zeinali, iranischer Kommunist und Mitglied von Praxies, einem Kollektiv iranischer Kommunist*innen im Exil

Gefangenen Info: *Wir beobachten zurzeit einen Aufstand in Iran. Kannst du uns berichten was passiert ist?*

Taha Zeinali: Am 28. Dezember 2017 sind einige hundert Menschen in Mashad zusammengekommen um zu demonstrieren, ihr Protest galt den hohen Lebensmittelpreisen, der Arbeitslosigkeit und den immer schwerer werdenden Lebensumständen und endete in politischen Parolen wie „nieder mit Ruhani1“ und „nieder mit Khamenei2“ Offenbar wurden die Aufrufe zu diesen Demonstrationen über Messenger-Apps verbreitet, besonders über Telegram. Wenig später fanden auch in anderen Städten wie Neshabur, Yazd, Kermansha, Ahvaz, Rasht und letztendlich auch in der Hauptstadt Teheran ähnliche Demonstrationen statt. Es verbreitete sich so schnell in alle Regionen des Landes, dass wir innerhalb von drei Tagen in über 80 Städten Demonstrationen beobachten konnten. Die Parolen auf den Demonstrationen waren unterschiedlich bezüglich des Ursprunges des Protestes, sowie dem politischen Standpunkt. „Es ist ein beklagenswerter Tag, weil das Geld für die Rentner unter dem Gewand des Mullahs3 ist“, „kapitalistische Mullahs, gebt uns unser Geld zurück“, „Sie nutzten den Islam aus, um die Menschen mittellos zu machen“ waren einige Parolen, die die Unzufriedenheit auf Grund der wirtschaftlichen Ausbeutung der Bevölkerung ausdrückten sowie das Machtmonopol der ideologischen Minderheit anprangerten, welche den Islam als ein Werkzeug für die Legitimation Ihrer Souveränität benutzen, die ganze politische und wirtschaftlich Macht hat und ein System aufgebaut hat, basierend auf der Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung.

Andere Parolen wie „verlasst Syrien, denkt an uns“ sind eine Kritik an der iranischen Regierung und ihrer Einmischung in Syrien, die mit hohen logistischen und militärischen Kosten für das Land verbunden ist. Die Demonstrantinnen fordern den Staat auf eher in Sozialhilfe zu investieren als in den Krieg in Syrien. Andere Parolen sind direkt an den obersten Geistlichen Führer gerichtet: „Die Menschen sind Bettler, der Führer ist Gott“, „nieder mit der Diktatur“ „Verzeihung Sayed Ali4, aber es ist an der Zeit, das Feld zu räumen“. Eine weitere Parole „Prinzipalisten5 und Reformisten6, hier ist das Ende eurer Geschichte“, zeigt das die Menschen über dieses binäre System hinauswollen, da es alle Wahlen im Land stark zu beeinflussen scheint. Auch reaktionäre Gedanken kochen in den jüngsten Demonstrationen auf, wie zum Beispiel „Reza Shah, ruhe in Frieden“ offenbart die Wiederbelebung nationalistische Diskurse, die die vorherige Monarchie verherrlichen.

Um es zusammenzufassen, können wir sagen, dass wir einen unerwarteten Aufstand beobachten konnten, dieser begann mit Demonstrationen gegen die soziale Ungerechtigkeit und aufgrund der Wirtschaftlichen Spannungen, wurde aber wenige Zeit später schnell zu einem politischen Aufstand gegen das Regime. Wie wir in „Brot, Arbeit, Freiheit“, der Hauptslogan dieses Aufstandes, sehen können, war die Charakterisik dieser Demonstrationen die gleichzeitige Forderung nach Gerechtigkeit und Freiheit.

Ein interessanter Punkt ist, dass diese Aufstände zum ersten Mal nicht von Teheran, der Hauptstadt, aus angefangen haben. Nicht nur die Demonstrationen selbst, die Funken gesprüht haben von einer Stadt in die andere bis die Flammen Teheran erreichten, sondern die radikalsten und militantesten Protestformen fanden in den Kleinstädten wie Iseh, Ghahdarijan, Dorud, Desful, Khomeinishahr statt, Orte die niemals in einem medialen oder politischen Kontext gesetzt wurden. In diesen Kleinstädten verbrannten die Demonstrantinnen Bilder vom obersten geistlichen Führer und vom Kommandanten der Ghods Einheit7, sie griffen und zündeten Banken und Autos von den Cops an.

Ein weiterer interessanter Punkt ist die Rolle von sozialen Netzwerken und Messenger-Apps, wie Telegram, für die Organisierung der Proteste als auch für das inspierende Reflektieren des Geschehens auf den Strassen für das ganze Land. Es ist nicht verwunderlich, dass die Regierung zehn Tage nach der ersten Demonstration in Mashad

Telegram blockiert hat und diese Sperre war ein wichtiger Faktor für den Niedergang der Aufstände.

Gefangenen Info: *Was war die Antwort des Staates auf die Proteste?*

Taha Zeinali: Der Staat bezeichnet diese Demonstrationen als ein Komplott, gesteuert von ausländischen Feinden und erklärt, dass die iranische Opposition in der Diaspora mit Hilfe von feindlichen Staaten versucht hat, eigene Projekte voranzutreiben, gegen die Nationale Sicherheit Irans und für ihre eigenen Ziele, die Unzufriedenheit der Menschen mit der wirtschaftlichen Situation missbraucht hat, um „Unruhen und Vandalismus" zu schaffen. Die Cops und die Revolutionsgarde setzten gleich Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer ein. Indem sie eine einschüchternde Atmosphäre schufen, versuchten sie die Entwicklung von weiteren Demonstrationen zu verhindern und zerstreuten die Protestierenden. Nichtsdestotrotz, die Ausweitung dieser Proteste war so schnell in den Dörfern und Städten im ganzen Land, dass die Cops und die Sicherheitseinheiten überrascht wurden und Gruppen von tausenden war es möglich die Straßen zu besetzen und Banken und Autos von den Cops anzuzünden. In einigen Orten eröffneten die Einheiten das Feuer auf die Menschen, um die Ausweitung der Proteste zu verhindern. Nach Angaben der iranischen Behörden wurden 25 Menschen getötet. Laut den jüngsten Nachrichten sind 5000 Menschen festgenommen worden, die meisten davon sind in einer schwierigen Lage und verschiedener physischer und psychischer Gewalt und Folter ausgesetzt. Mindestens sieben Gefangene wurden bereits im Gefängnis getötet, zwei davon haben ihr Leben im Evin Gefängnis in Teheran verloren. Außerdem unterbrach die Regierung die Kommunikations-Technologien, sperrten den Zugang zu den sozialen Netzwerken. Letzteres hatte, wie ich zuvor bereits angemerkt habe, einen starken Einfluss auf das Organisieren der Proteste. Auffällig ist, dass in einigen Dörfern und Städten die Unterdrücker brutaler und gewalttätiger waren, die Atmosphäre glich einem Polizeistaat und es wurden mehr Demonstrantinnen festgenommen. Diese Merkmale wurden in Kurdistan und Kermanshah, dort leben Kurden, oder in der arabischen Region von Khuzestan und in einigen armen Dörfern im Süden und Westen Irans sichtbar.

Es ist interessant zu erwähnen, dass in den ersten Tagen der Proteste auf der einen Seite das Lager der Prinzipalisten8 versucht hat, die Idee zu verkaufen, dass die Unzufriedenheit der Menschen nur auf Ruhanis9 Inkompetenz zurückzuführen sei. Auf der anderen Seite bezeichneten die Reformisten und Moderaten die Proteste als Komplott der Prinzipalisten und verleugneten die Demonstrationen. Natürlich wurden nach wenigen Tagen, als die Proteste sich stärker gegen den Staat selbst richteten, die Stimmen der verschiedenen politischen Lager mehr oder weniger gleich, indem sie die Rolle der ausländischen Feinde und der iranischen Opposition, die gegen das System der Islamischen Republik ist, betonten.

Gefangenen Info: *Warum gab es die Proteste? Was waren die Ursachen? Die Medien zeigen einen anderen Ansatz der Ursachen der Proteste. Was denkst du über diese Ansätze und was ist deine Einstellung?*

Taha Zeinali: Um das Aufkommen dieser Aufstände zu verstehen, müssen wir erstens alle Verschwörungstheorien zur Seite legen und zweitens sollten wir die Erklärung hinter uns lassen, dass die Protesten unvorhergesehen und alle davon geschockt waren, wie es einige des rechten Flügels im Iran und die liberale Opposition ausserhalb des Landes sieht. Wir sollten die unstrittige Wahrheit zur Kenntnis nehmen, dass die Unzufriedenheit der Menschen durch soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, schwerer werdende Lebensumstände, permanente Inflation und steigende Arbeitslosigkeit entstand. Diese Massenproteste sind nicht auf einmal entstanden, noch waren sie die erste Erscheinungsform der Unzufriedenheit der unterdrückten Menschen. In den letzten Wochen und Monaten konnten wir Streiks und Proteste von Arbeiterinnen beobachten; gegen unmenschliche Löhne für Arbeiterinnen, gegen verspätete Lohnauszahlung, gegen die Privatisierung von öffentlichen Produktionseinheiten, gegen Vertreibung und Entlassung etc. Zusätzlich haben verschiedene soziale Gruppen wie etwa Lehrerinnen, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen, Rentnerinnen, Studentinnen, Frauen und andere ihre Unzufriedenheit fast jede Woche vor dem Parlamentsgebäude, vor dem Innenministerium, vor dem Präsidentenkomplex und vor anderen staatlichen Gebäuden zum Ausdruck gebracht. Demzufolge ist, was wir sehen können, das Ergebnis von konzentrierter Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung durch die stetig steigende Inflationsrate, Arbeitslosigkeit und andere Schwierigkeiten um das Leben zu bestreiten, was die Verschärfung von Leid und Elend für die meisten Menschen im Iran anzeigt.

Auf der anderen Seite der Medaille gibt es eine Minderheit von staatlichen Beamten, ob sie eine hohe oder niedrige Position haben, die jeden Tag reicher werden durch Korruption und finanzielle Veruntreuung, exklusive Ausbeutung der Sozialhilfe und der Renten, die Aneignung von Kapital im Namen der Privatisierung, durch Enteignung von öffentlichen Vermögen oder sogar durch Diebstahl aus öffentlichen Kassen für verschiedene soziale Gruppen, wie etwa Pensionäre oder Lehrerinnen. Deswegen, wenn wir auf der einen Seite das stetig anwachsende Elend der Mehrheit berücksichtigen und auf der anderen Seite die Verschärfung der Ungerechtigkeit und das steigende Bewusstsein dafür, ist es ganz und gar nicht verwunderlich zu beobachten, dass unzufriedene Menschen die Strassen besetzen und gegen den status quo protestieren. Tatsächlich nehme ich an, dass wir noch mehr von diesen Protesten sehen werden in der Form einer politischen Bewegung gegen soziale, ökonomische und politische Ungerechtigkeit, sobald der richtige Moment dafür gekommen sein wird.

Ich finde es interessant, dass Ruhani´s Regierung und seine reformistischen Verbündeten auch auf den unleugbaren Fakt bezug nehmen, dass diese konzentrierte

Unzufriedenheit in der Gesellschaft durch die harten Lebensumstände entsteht, dieses Elend erklären sie aber mit den internationalen Sanktionen gegen Iran und teilweise mit der Sabotage durch die Prinzipalisten, die, so die Behauptung der Reformisten, die Umsetzung der Wirtschaftspläne der Regierung verweigern. Die Prinzipalisten auf der anderen Seite behaupten, dass das wirtschaftliche Chaos im Land ein Ergebnis von Ruhanis inkompetenter Regierung sei. Sie glauben auch, dass Ruhanis Kabinett zu sehr den Atomdeal hervorhebt und die damit verbunden Aufhebung der Sanktionen.

Das rechte Lager der Opposition, dass einen Regimewechsel im Iran unterstützt, das zum größten Teil außerhalb des Landes tätig ist und das Interesse der westlichen Medien in England und den USA genießt, erklärt sich das wirtschaftliche Chaos in Iran ganz anders; Sie glauben, dass die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der iranischen Bevölkerung aufgrund der militärischen und politischen Einmischung Iran´s im Nahen Osten ist, wie etwa die enorme finanzielle Hilfe an die Hizbollah im Libanon, an Asad in Syrien oder die Hamas in Palästina. Alle diese politischen Gruppen sehen die Massenproteste unterschiedlich, basierend auf ihrer politische Orientierung und ihren beabsichtigten Zielen. Es stimmt, dass ein Teil vom Staatsbudget für Irans Einmischung in Irak und Syrien verwendet wird, ebenso stimmt es, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die gegen Iran durch das weltbeherrschende System und die imperialistische Regierung der USA verhängt worden sind, die Wirtschaft des Landes beeinflusst haben.

Aber das Problem der iranischen Bevölkerung wird nicht dadurch gelöst, indem man das blockierte Geld freigibt, welches durch die Sanktionen nicht zugänglich war, noch wird es gelöst indem man das Budget für die Militärausgaben kürzt. Wobei die Hauptsache hier in der ungerechten Verteilung von Reichtum und der Entwicklung einer strukturellen Beziehung, die notwendig die systematische Verelendung der Mehrheit und die Bereicherung einer Minderheit nach sich zieht, wurzelt. In Anbetracht verschiedener Analysen und basierend auf Bemerkungen verschiedener Gruppen von unzufriedenen und leidenden Menschen kann ich sagen, dass der Hauptgrund für das wirtschaftliche Elend in Iran auf der einen Seite die Umsetzung der neoliberalen Politik und der staatliche Entwicklungsplan, welcher unter Ruhani´s Regierung unter dem Namen „wirtschaftliche Operation“ durchgeführt wurde, ist und auf der anderen Seite die strukturelle Korruption eines autoritären Staatsystems in Iran, die die ungleiche Verteilung von Sozialhilfe und die Reproduktion von Ungerechtigkeit sicherstellt.

Gefangenen Info: *Wer waren die Protestierenden und welcher sozialen Klasse gehören sie an?*

Taha Zeinali: Allgemein kann ich sagen, die Teilnehmer dieser landesweiten Proteste waren meistens jene, welche den wirtschaftlichen Druck am stärksten erfahren haben und nicht polititisch verbunden mit oder abhängig sind von den politischen Gruppen, die an der Macht sind, namentlich die Prinzipalisten oder die moderaten Reformisten. Diese Teile der Gesellschaft genießen die geringsten sozialen Privilegien und finden sich in der Arbeiterklasse, der unteren Mittelschicht sowie der Mittelschicht wieder. Es ist wichtig zu erwähnen, dass Teile der Mittelschicht in größeren Städten wie in Teheran die soziale Basis für die Reformisten bilden und deswegen nicht an den jüngsten Demonstrationen teilgenommen haben. Stattdessen haben in kleineren Städten und in sozial benachteiligten Regionen die Menschen klar daran teilgenommen. Ein kürzlich erschienener Bericht, erstellt von der Ruhani Regierung, gibt uns soziologische Informationen über diejenigen, die während der Aufstände festgenommen wurden. Wir sollten vorsichtig sein mit solchen statistischen Daten, trotzdem ist der interessante Punkt in diesem Bericht, dass mehr als 80% der Gefangenen keinen festen Arbeitsvertrag haben oder einen sicheren Job und jünger als 30 Jahre sind. Diese Information zeigt, dass die Mehrheit der Teilnehmer aus den unteren wirtschaftlichen Schichten der Gesellschaft kommen. Durch Betonung des sozioökonomischen Ursprunges und der Position der Protestierenden bezeichnen die Sicherheitskräfte und der Justizapparat die Protestierenden als Verbrecher und Schläger. Genau diese sozioökonomische Position half den intellektuellen Reformisten, die Ruhani´s Regierung unterstützen, den Ursprung und die Forderungen der Proteste von einem elitären Standpunkt aus zu verleugnen. Während für mich, von einem kommunistischen Standpunkt aus, der Fakt, dass bei einem Massenaufstand die Unterdrückten diejenigen sind, die den Motor zum Laufen bringen und die Initiative ergriffen haben, deutlich das befreiende Potential in diesen Protesten zeigt, um den progressiven politischen Klassenkampf voranzutreiben. Außerdem glaube ich, ist es wichtig zu beachten, dass die Spontanität in diesen Protesten so bewegend war, dass sie weitere Räume zur Benennung von anderen Arten der Unzufriedenheit und des Widerstands gegen Ungerechtigkeit ermöglicht hat. Zum Beispiel haben viele Frauen eine Initiativkampagne gestartet, um Gender Ungleichheiten entgegenzutreten, namentlich der verpflichtende Hidschab, was in den letzten Tagen eine starke Reflektion in der iranischen politischen Sphäre hatte.

Gefangenen Info: *Ist es möglich diese Proteste mit dem Aufstand im Jahr 2009 zu vergleichen?*

Taha Zeinali: Es gibt einige Punkte über die Bewegung im Jahr 2009, die ich zuerst nennen möchte. Dann werde ich versuchen sie mit den jüngsten Aufständen zu vergleichen; Im Jahr 2009 entstand die Massenbewegung, die in den Massenmedien als „grünen Bewegung“ bezeichnet wurde, durch den Widerstand gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen und basierte auf der Überzeugung, dass eine erhebliche Wahlfälschung stattgefunden hatte, um Ahmadinejad zum Sieger zu ernennen und den reformistischen Kandidaten zu besiegen. Parolen wie „wo ist meine Stimme?“ und „gib mir meine Stimme zurück!“ zeigen deutlich, was die Forderungen dieser Proteste waren; die Annullierung des Präsidentenamtes sowie Neuwahlen im Speziellen und die Durchführung von Wahlen

im Allgemeinen. Die Bewegung wurde besonders in ihren Anfängen vor allem von zwei reformistischen Kandidaten angeführt. Die organisierten Kräfte der Reformisten, ihre verbündeten Aktivisten und berühmte Persönlichkeiten steuerten und kontrollierten die Bewegung. Die Mehrheit der Teilnehmer an den Protesten, besonders am Anfang der Bewegung, kamen aus der Mittelschicht der großen Städte. Es gab keine Anzeichen von Protesten gegen die ökonomische Situation, der Lebensbedingungen und die ungerechte Verteilung von Reichtum. Wenn wir jetzt zurück zu den jüngsten Aufständen kommen, können wir hier die Faktoren, die ich für die grüne Bewegung genannt habe, nicht wiederfinden. Nichtsdestotrotz ist der wichtigste Unterschied zwischen den beiden, dass der reformistische Diskurs in den jüngsten Aufständen nicht hegemonial ist. Das ist genau der Grund, der mich glauben lässt, dass die jüngsten Massenaufstände, das politische Potenzial haben um zu einer gerechtigkeitserstrebenden und radikalen Bewegung heranzuwachsen

Allerdings würde ich gerne noch einige Punkt zu der Bewegung von 2009 sagen. Die Bewegung dauerte einige Monate an, beeinflusst durch die Massenbewegungen in den arabischen Ländern im Jahr 2010, kam es zu einer Wiederbelebung. Während seiner eigenen Dynamiken neigte die Tendenz in der Bewegung zur Ablehnung der reformistischen Hegemonie, als die Demonstrantinnen die Initiative ergriffen und ihre Parolen und ihr Auftreten immer radikaler wurden, entwickelten sie sich allmählich zu einem Hindernis für die Reformisten um die Bewegung weiterführen und kontrollieren zu können. Als sich die Bewegung zu militanteren und radikaleren Protesten wendete, veränderten sich auch die teilnehmenden sozialen Gruppen. Der Punkt ist hier, dass in den Höhen und Tiefen der grünen Bewegung, erstens, die angestaute Unzufriedenheit der wirtschaftlich und sozial benachteiligten Menschen ein Gefühl des starken Widerstandes gegen die Herrschenden geschaffen hatte und die städtischen Mittelschicht ersetzte, welche die Reformisten unterstütze. Zweitens, in der Entwicklung der Bewegung, wuchs die unteren Schichten des Mittelstandes zu einer eher politischen und radikaleren sozialen Gruppe heran. Jedenfalls war die „grüne Bewegung“ leider nie imstande, sich ganz von der diskursiven und politischen Dominanz der konservativen und neoliberalen Reformisten zu trennen und das ist auch der Grund, warum diese Bewegung zerschlagen worden ist.

In der jetzigen Bewegung gab es kein Zeichen von den Reformisten und Ihren Unterstützer, stattdessen wurden, vor allem in den ersten Tagen, die Proteste von Ihnen verleumdet und herabgewürdigt. Im Gegensatz zu dieser Gruppe haben die Demonstrantinnen offen gegen die Regierung Ruhani, gegen die reformistischen und die moderaten Strategien ihre Stimme erhoben. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass dies das erste Mal in den vergangenen drei Jahrzehnten ist, dass wir die Entstehung einer Bewegung beobachten können, welche die diskursive Dominanz der Reformisten zerschlägt und dazu übergeht die falsche Reformisten/ Prinzipalisten Dualität anzugreifen. Also, diese Bewegung öffnet einen neuen Horizont für zukünftige progressive Kämpfe für Gerechtigkeit und Freiheit im Iran, in denen es keinen Platz für den reformistischen Diskurs der Angst gibt, „was ist, wenn die Prinzipalisten an die Macht kommen“ und das Motiv der „Auswahl zwischen schlecht und schlechter“.

Gefangenen Info: *Gab es Versuche durch politische Kräfte Einfluss auf die Proteste zu nehmen, um sie für die eigenen Interessen zu benutzen?*

Taha Zeinali: In der Abwesenheit der reformistischen Dominanz in den letzten Aufständen, haben das rechte Lager der Oppositionskräfte und die Anhänger der Regimegegner im Iran in der Tat ihr Bestes getan, um die Kontrolle über die Proteste und die Führung ihrer Weiterentwicklung an sich zu reißen. Ihr politischer Diskurs beeinflusste Teile der Proteste, wie es in einigen Parolen erkennbar wird: „wir sind Arier, und nicht Anbeter der Araber“, „Nein zu Gaza, Nein zu Libanon, opfert euer Leben für den Iran“ und „Reza Shah, ruhe in Frieden!!“. Diese Parolen sind Beispiele Ihrer reaktionären politischen Ansätze; Nationalismus durchtränkt mit Rassismus, vor allem gegen Araber, die Bewunderung der letzten Monarchie und der Antagonismus mit der Revolution von 1979 und den Linken. Mitglieder dieser iranischen politischen Strömungen leben meist außerhalb des Landes und unterstützen den Regimewechsel im Iran unter allen Umständen und mit allen Mitteln, von der Einmischung der Weltmächte durch internationale Sanktionen bis hin zu einer militärischen Intervention zur „Befreiung“ der Menschen. Einige dieser Strömungen sind erfolgreich bei der Beeinflussung der unzufriedenen Menschen im Iran, das wäre nicht möglich gewesen ohne die finanzielle und mediale Unterstützung von westlichen Staaten und/oder Irans regionalen Kontrahenten. Während wir Ihren Einfluss in der Bevölkerung nicht unterschätzen sollten, müssen wir aber auch vorsichtig sein, Ihre Rolle nicht zu überschätzen. Diese Strömungen sind so rückständig und reaktionär, dass die meisten Demonstrantinnen sie nicht nur als zukünftige Alternative ablehnen, sondern sie auch als ein Hindernis für eine progressive Bewegung und Zukunft in Iran betrachten. Ich glaube, alle linken und progressiven Strömungen sollten die Ablehnung der Diskurse dieser Rechten und pro-westlichen Opposition auf ihre Agenda setzten.

Alle progressiven Kräfte, die an der Bewegung teilnehmen, sollten Ihr Bewusstsein stärken und erweitern und Widerstand gegen alle Arten der ausländischen Einmischung leisten. Diese progressiven Kräfte sollten auch die Gefahr ernst nehmen, dass die pro-westlichen und rechten Strömungen die anti-staatlichen Aufstände in Iran für Ihre eigenen Ziele an sich reißen könnten. Leider haben einige Teile der Linken, insbesondere diejenigen, die in den westlichen Ländern leben, ein einseitiges Verständnis gegenüber der politischen Kämpfe in Ländern wie Iran. Sie heben zu sehr die Gefahr der imperialistischen Einmischung hervor, dass sich in der Praxis Ihre Positionen mit den Ansätzen der islamischen Republik überschneiden. Ich versuche kurz zu erklären, wie sie näher an den Diskurs der islamischen Republik herankommen; Der

iranische Staat bezeichnet jede Form des Protests, welche das Potenzial hat eine Bewegung zu werden, als ein Komplott seiner ausländischen Feinde. Mit diesem Etikett können sie die Demonstrantinnen in der brutalsten Art und Weise unterdrücken, sie verhaften, foltern und verurteilen einige von Ihnen zu langen Haftstrafen oder gar zu Tode und das unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit. Der Staat unterdrückt auch brutal die Streiks und Sit-ins der Arbeiterinnen, die seit Monaten keine Löhne erhalten haben. Das ist genau der Grund, warum jeder Protest gegen jegliche Form der Ungerechtigkeit in Iran zu einem politischen Kampf gegen das gesamte herrschende System wird. Unter Berücksichtigung dieses Punktes sollten die Linken und die politischen Kräfte, auch die in Deutschland, die die gerechtigkeitserstrebenden Kämpfe der unterdrückten Menschen unterstützen, sich bewusst sein, dass nur weil sie die imperialistische Politik der Weltmächte ablehnen wollen, sie nicht die Position der islamischen Republik reproduzieren und sich nicht auf die Seite der Herrscher eines repressiven und hierarchischen Staates stellen können. Lassen Sie mich abschließen, indem ich meine Antwort nochmal auf diesen wichtigen Punkt richte, dass wenn eine Person oder eine Organisation Solidarität für die gerechtigkeitserstrebenden Kämpfe im Iran zum Ausdruck bringen möchte, sollte sie über den Dualismus von Pro-Imperialismus und Anti-Imperialismus, der pro islamische Republik ist, hinausgehen.

Als ein in Deutschland lebender, iranischer, kommunistischer Aktivist, danke ich abschließend dir und dem GI für das Wiedergeben der Stimmen der protestierenden Menschen Irans.

Anmerkungen:
1 Der Präsident Irans
2 Der oberste geistliche Führer
3 Geistlicher
4 Vorname Khameneis
5 Konservative Prinzipalisten
6 Die zwei Lager der politischen Macht in Iran
7 Die Ghods Einheit ist eine spezielle Einheit der iranischen Revolutionsgarde für extraterritorial Operationen.
8 Die Prinzipalisten sind das konservative Lager im Iran
9 Ruhani repräsentiert jene die sich als Reformisten und als Moderat sehen.

Anarcoteheran

Die Teheraner anarchistische Gruppe „Azad-Kreis Teheran“ hat im Zuge der #IranProtests eine Erklärung verfasst, welche sich mit den Ursachen und den Hoffnungen der Proteste beschäftigt. Erschienen ist der Text am 03.01.2018 auf Anarcotehran. Seit Monaten finden in Teheran und anderen iranischen Städten sehr unterschiedliche Proteste statt. Zum Beispiel: Arbeiterproteste in Arak, Isfahan, Aserbaidschan und anderen Orten. Proteste zur Unterstützung von politischen Gefangenen oder Proteste von Einlegern bei pleite gegangenen Banken. Frauen protestierten gegen soziale Restriktionen wie den Kopftuchzwang.

Aber im Dezember ist in Mashad eine neue Protestbewegung entstanden, die ihre Wurzeln zuerst in stark gestiegenen Lebensmittelpreisen, in Arbeitslosigkeit und Problemen des Alltagsleben hatte. Die Proteste haben sich schnell ausgeweitet. Auffällig waren von Anfang an die widersprüchlichen Parolen. Das hat dazu geführt, dass viele Menschen sich fragen: Was wollen die Demonstranten und wer ist in die Proteste involviert.

In dieser dunklen Atmosphäre kam bei manchen Leuten Skepsis auf und es wuchsen Zweifel, ob die Proteste nicht von manchen Teilen des Machtapparats oder von ausländischen Gruppen gesteuert werden. Besonders, weil bestimmte Slogans zu hören waren, die den Verlautbarungen mancher Oppositionsgruppen im Ausland ähnelten. Obwohl die Parolen so unterschiedlich waren, dass man diese Idee weder bestätigen noch ablehnen konnte. Vielleicht wegen dieser Zweifel haben die meisten Arbeiter- und Studentengruppen, die vorher Pioniere der Proteste waren, geschwiegen oder keine Position bezogen. Auf der anderen Seite hat die Haltung des Staats gegenüber diesen Ereignissen die Situation verworrener gemacht.

Zwar gibt es eine hohe Präsenz von Sicherheitskräften in den Städten, die darauf hindeutet, dass sie die Proteste unterdrücken sollen. Andererseits hat man zumindest in Teheran den Eindruck, im Vergleich zur Unterdrückung früherer Protestbewegungen in den vergangenen Jahren sei die Hand des Staates vergleichsweise sanft. Es sieht so aus, als ob Teile der Sicherheitskräfte nicht auf entschiedener und schneller Unterdrückung der Proteste bestanden hätten. Dazu kommt: Während landesweit in über 50 Städten Unruhen waren, haben die Spitzen des Machtapparat nicht eindeutig reagiert. Diese Art von Verhalten stützt die Vermutung, dass der Staat sich nicht einig ist. Unsere Beobachtungen zeigen: Die Parolen und Forderungen der Menschen sind genauso unklar und widersprüchlich. Die Parolen sind in manchen Teilen der Stadt politischer (Zum Beispiel: „Tod dem Diktator“ und „Reformer, Konservative – es ist vorbei“). Wo mehr Studenten unterwegs sind, stehen deren Parolen im Vordergrund, etwa Parolen gegen die Unterdrückung der Studenten durch Sicherheitskräfte. In anderen Teilen der Stadt, wo weniger junge Menschen unterwegs und keiner spezifischen Gruppe zuzuordnen sind, sind die Parolen aggressiver und vermischen sich mit Beschimpfungen, Wutausbrüchen und Gewalt.

Wir glauben, dass die Regierung und die Frage der Herrschaft der Islamischen Republik interne Angelegenheiten sind. Dass dieses System inkompetent und ungeeignet ist, kann nur im Kontext der Geschichte und der historischen Erfahrung der Menschen bewertet und kritisiert werden. Die Analyse des Status quo vom Westen her mit der kolonialen Geschichte im Hintergrund ist

fixiert, wiederholt einerseits den immer wiederkehrenden und defekten Kreis der zeitgenössischen iranischen Geschichte und verwandelt andererseits die inneren Auseinandersetzungen und Kämpfe in ein äußeres und nicht existierendes Problem. (Gemeint ist vermutlich ausländische Einmischung).

Diese Analyse, die für diesen Artikel von zentraler Bedeutung ist, leugnet nicht die Interaktionen zwischen Inland, Region und Ausland. Aber wir glauben, dass die innenpolitischen Probleme eine interne und nicht-koloniale Lösung erfordern. Die Rolle der USA und anderer Regierungen bei der Entstehung und dem Aufstieg der syrischen Krise (durch die Bewaffnung totalitärer Gruppen) ist ein Beispiel für einen kolonialen und nicht-einheimischen Ansatz, der nicht in Vergessenheit geraten darf. Auf der anderen Seite ist die Reduzierung der aktuellen Proteste auf interne Machtkämpfe naiv. Zu akzeptieren, dass so ein tiefer Riss zwischen der Regierung und dem Staat existiert, wonach eine der Seiten für eine Revolte gegen die andere Seite bereit sei und das auch organisiert, ist aus unserer Sicht nicht nur eine Illusion, sonders eine bewusste politische Handlung, um den wahren Riss zwischen Menschen und dem Staat zu verschleiern. Wir glauben, dass jede Handlung, die auf den Aktivitäten der Bürger basiert, für beide Seiten gleichermaßen ihren Preis hat. Wir glauben, der Aufstand der Bürger im Iran ist ein Prozess, der nur im spezifischen Kontext der wirtschaftlichen Situation des Irans – oder sogar genauer gesagt: unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Situation in jedem einzelnen Gebiet des Landes – analysiert werden muss. Die Unterschiede und Widersprüche in den Slogans in verschiedenen Städte und in verschiedenen Stadteilen von Teheran kann man auch aus dieser Perspektive analysieren. Unter diesen Umständen können wir keine schnelle und gründlich umfassende Analyse liefern. Aber unsere allgemeine Ansicht ist, dass in einem nicht organisierten Umfeld, in dem es keine Referenzgruppen gibt und ohne spezifische Voreingenommenheit in den Anforderungen und Hintergründen des Handelns, jeder Slogan eine andere Bedeutung haben kann. Dazu kommt das historischen Versagen der Protestsprache im Iran. Entsprechend ist unser Ansatz, die Slogans zu entschlüsseln und ihre Hintergründe zu verstehen, anstatt sie schnell mit in- und ausländischen politischen Gruppen zu verbinden. In einer solchen Situation, vor allem wegen der unterschiedlichen Protestkontexte in den verschiedenen Städten und Regionen, ist es sehr schwierig, eine umfassende Analyse zu erstellen – und dies ist mit unserem Kenntnisstand unmöglich. Daher beschränken uns auf die Erwähnung von Punkten, die unserer Meinung nach in der gegenwärtigen Situation Aufmerksamkeit und Berücksichtigung verlangen.

Erstens

Was heute auf den Straßen zu sehen ist, zeigt das Machtpotenzial der libertären Kräfte, die zumindest in den letzten 100 Jahren wiederholt versucht haben, ihre revolutionäre Position durch den Rückgriff auf die Straße zu festigen. Wirtschaftliche Erwägungen beim Einsatz dieser Kraft unter Vermeidung ihres Verlustes gehören zu den wichtigsten Aufgaben der verschiedenen Gruppen. Verschwendung und Verlust dieser Kraft könnten irreparable Schäden am Körper der sozialer Bewegungen verursachen.

Zweitens

Unsere andere Sorge ist, dass aktuelle Ereignisse die Situation dafür vorbreiten, dass die Staatsmacht die freiheitsliebenden Kräfte vollständig unterdrückt. Am Ende wird man sich dem Kampf mit der absoluten Macht des Staates stellen müssen. Aber bevor die sozialen Kräfte sich nicht organisiert haben, würde die Staatsmacht in diesem Kampf die Bewegungen niederschlagen. Zudem würde eine Atmosphäre der Unterdrückung entstehen, die für längere Zeit jede Veränderung unmöglich macht. Unserer Meinung nach ist es unter den gegenwärtigen Umständen notwendig, die versammelte Kraft der Demonstranten zu erhalten und sie auf Gruppen und Untergruppen zu verteilen. Man braucht Organisationen, die mit Energie und revolutionärer Phantasie Verantwortung übernehmen. Sie müssen diese Kraft bündeln und gemeinsam das große Rad der Revolution in Bewegung setzen. Bis dahin ist es notwendig, auf radikale Reformen zu bestehen, die den Boden für einen solchen Übergang schaffen, sowie die revolutionäre Energie aufrechtzuerhalten. Letztlich betonen wir die Notwendigkeit, Analysen, Kritik, Protest und Aktionen in einem inländisch-nahöstlichen Blickwinkel aufrechtzuerhalten. Die Wiederholung kolonialer und außerregionaler Sichtweisen behindert unseres Erachtens nur die historisch notwendige Entwicklung eines freien Nahen Ostens.

https://schwarzerabriss.wordpress.com/2018/01/04/erklaerung-iranprotests-anarcistatehran/

AnarcistaTehran - übersetzt von schwarzer abriss

„Die einzige Kirche, die erleuchtet, ist die, die brennt“

Dieser Slogan war auf dem Bürgersteig vor der Kirche in Melipilla (Chile) zu finden und ist zusammen mit der durch einen Sprengsatz verwüsteten Kirche, ein Ausdruck der Wut gegen die Institution Kirche, welche sich anlässlich des Chile-Besuches des Papstes auf verschiedensten Wegen entlud. Diese Wut gründete sich in teils sehr grundsätzlichen Kritiken an der Rolle der Kirche bei der Kolonialisierung Lateinamerikas, ihrer patriarchalen und autoritären Zurichtung der Gesellschaft seit Jahrhunderten, der Kontrolle über Körper von Frauen, ihrer Kollaboration mit lateinamerikanischen Diktaturen und den jahrzehntelang vertuschten Kindesmissbrauch in katholischen Einrichtungen Chiles.

Bereits in den Tagen vor der Ankunft von Papst Franziskus gab es die ersten Brand-und Sprengstoffanschläge gegen Kirchen. Selbst die Nuntiatur in der der Papst übernachten sollte, wurde angegriffen. Während des gesamten Besuches des Papst gab es an verschiedenen Orten des Landes Demonstrationen, wie etwa einen „Marsch der Armen“ in Santiago oder im Süden Chiles, bei welchen die Kirche als Mitverantwortliche bei der Unterdrückung der Mapuche benannt wurde. Wenige Stunden nach der Ankunft des Papstes kam es zu weiteren Brandanschlägen, bei denen zwei Kapellen zerstört wurde.

Brand- / Sprengsatz gegen katholisches Heiligtum

Dokumentation: „Wir übernehmen die Verantwortung dafür, einen Brand/Sprengsatz an einen der Eingänge zum (in der Gemeinde La Florida gelegenen) Heiligtum der Apostolischen Bewegung Schönstatt, gelegt zu haben. Diese Aktion wurde in der Nacht vor der Ankunft von Papst Franziskus in Chile am 15. Januar durchgeführt.

Mit unserer Aktion bekräftigen wir den Kampf gegen die Autorität der Katholischen Kirche, eine Institution deren Einrichtungen und Vertreter*innen seit jeher Unterdrückung über die Körper, Rollen und Verhaltensmuster vornehmen sowie die Manipulation des Verstandes und spirituelle Monopolisierung ausüben, die die Freiheit der Individuen kastrieren.

Beteiligt an Massakern, Verfolgungen und Genoziden in der Weltgeschichte, sind die katholische Kirche und ihr Papsttum eine Säule der zivilisierten Vorherrschaft und des Kolonialismus auf dem Gebiet, das „Lateinamerika“ genannt wird.

Die im Jahre 1941 in Deutschland durch den Priester Josef Kentenich gegründete Bewegung von Schönstatt (der die Bewegung persönlich in Chile im Jahre 1949 einführte) ist ohne Zweifel eine wichtige Enklave und Bezugspunkt für die chilenische konservative Buiseness-Elite.

Durch ihre Schulnetzwerke, unterrichten die Schönstatt-Pater in Chile mehr als 6000 Jungen und Mädchen mit einer Glaubensvorstellung, die sexuelle Freiheit unterdrückt, Abtreibung verurteilt und mit Nachdruck die Hegemonie des institutionellen Vertrages der heterosexuellen Ehe verteidigt.

Wir finden eine Reihe verachtenswerter Personen mit dieser Bewegung verbunden , wie der Priester Raúl Hasbún, moralischer Verfechter und Politiker der Diktatur, der Parlamentarier José Antonio Kast, Verteidiger der Diktatur und ihrer Folterer, Unternehmer und ehemaliger Präsidentschaftskanidat mit faschistischer Tendenz, der Unternehmer Agustín Edwards, Eigentümer der rechtsextremen Zeitung ‘El Mercurio’, der in dem Heiligtum von Schönstatt betete, als eine Guerilla-Gruppe Anfang der 90er seinen Sohn entführte; der Unternehmer Felipe Matta Navarro, persönlicher Freund vom Präsidenten Piñera, verbunden mit der AFP Rentenaufsichtsbehörde sowie der notorisch-pädophilen Priester Rodrigo Gajardo



sowie Francisco José Cox Huneeus, der beschuldigt wird, sexuellen Missbrauch an Kindern begangen zu haben und heute in einem Kloster lebt.

Abgesehen von diesen Verbindungen und allen Zusammenhängen oder Rechtfertigungen, wissen wir, dass es immer eine gute Zeit ist, die Stille der Tempel von Moral und Autorität in Angriff zu nehmen.

Wir würdigen mit dieser Aktion den von den Gefährt*innen der ‘Santiago Maldonado Zelle’ in Italien vorgeschlagenen Aufruf, Angriffe zu verstärken, die versuchen, den Frieden von Repräsant*innen und Komplizen der Herrschaft zu stören.

Wir grüßen jede anarchistische Zelle und Individualität die weiterhin das Feuer der Freiheit verbreitet.
Gegen die Macht der Kirche und christlichen Moral, sind wir blasphemisch, anstatt devot.
Franziskus, du bist nicht willkommen!
Wir sind im Krieg gegen jede Autorität!“

Antikleriale Feuerzelle ‘Hortensia Quinio’
Informelle Anarchistische Föderation /
Internationale Revolutionäre Front

Hortensia Quinio war eine Anarchistin, die während eines Repressionsschlag in Santiago im Mai 1915, vom chilenischen Staat verhaftet und gefoltert wurde. Der Staat versuchte herauszufinden wer für die Angriffe mit Dynamit auf religiöse Kovente in der Hauptstadt verantwortlich war.

Chile

Anarchistische Gefangene Tamara Sol nach einem Ausbruchsversuch schwer verletzt und in Isolationshaft

Wir wurden informiert das Tamara Sol an einem Ausbruchsversuch aus dem Valparaíso Gefängnis beteiligt war!! Sie ist schwer verletzt, wurde brutalst von der Gendarmerie zusammengeschlagen und ist nun in Isolation mit Kontaktsperre und erwartet eine Verlegung in ein anderes Gefängnis. Tamara stand seit Anfang Januar unter Sanktionen und hatte Besuchsverbot, da sie nach einem Kampf als einzige bestraft wurde.[...]

Wir rufen euch alle auf aufmerksam zu sein was mit unserer Geliebten Tamara passiert und dem was wir als Familie entscheiden zu tun um die Integrität unserer Tochter und Enkelin zu beschützen.

13.1.2018

Updates vom 16.1. und 25.1.:

Tamaras Verletzungen stammen teilweise von dem NATO-Draht und Stacheln auf der Gefängnismauer, wie auch von den Übergriffen der Knastwächter*innen. Trotz ihrer Wunden hat die Gefährtin keine lebensbedrohlichen Verletzungen erlitten. Sie wurde nun bereits zweimal in andere Gefängnisse verlegt, die jeweils für ihre harten Bedingungen bekannt sind. Mittlerweile ist sie in einem Hochsicherheitstrakt in einem Männergefängnis in Sanitago eingesperrt, was die Absurdität zeigt wie der Staat sich nichtmal an seine eigenen Regularien hält, die eine strikte Trennung von männlichen und weiblichen Gefängnissen vorgeschrieben ist.

Still in Solidarity!

Bericht zur Antirepressions-Kampagne „You can't evict Solidarity" und Perspektiven solidarischer Arbeit auf der Balkanroute im Frühjahr 2018

Die Kampagne „You can`t evict Solidarity" besteht aus unterschiedlichsten Menschen, die in Deutschland und Griechenland wohnen und in antirassistischen und anderen politischen Kämpfen aktiv sind. Viele von ihnen waren in den letzten zweieinhalb Jahren auch auf der Balkanroute, in Griechenland oder an den EU-Außengrenzen aktiv. Zusammen haben sie im Sommer 2016 die Kampagne „You can`t evict Solidarity" gestartet, in der sie sich für grenzenlose Solidarität mit den migrantischen (Häuser)Kämpfen in Griechenland und anderswo einsetzen.

Der Start der Kampagne im Sommer 2016

Im Juli 2016 wurden in Thessaloniki in Griechenland die von Geflüchteten und anderen Aktivist*innen besetzten Häuser „Orfanotrofeio", „Nikis" und „Hurriya" von der Polizei nach Anordnung der dortigen Syriza-Regierung und der griechischen Kirche geräumt. Dabei und bei folgenden Protestaktionen gegen die Räumungen wurden über 100 Menschen verhaftet. Viele der dort lebenden Geflüchteten wurden in Militärcamps gebracht. Einige Tage später, im Juni und August 2016, wurden in Gerichtsprozessen die ersten Menschen zu hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Die meisten von uns waren auf dem zuvor stattfindenden No Border Camp in Thessaloniki, wo erste Kontakte geknüpft wurden. Nach den Räumungen haben wir uns gemeinsam mit Betroffenen entschlossen, uns zusammenzuschließen, um Geld für die anfallenden Prozesskosten zu sammeln, Öffentlichkeit für die Räumungen zu schaffen und gleichzeitig die migrantischen Häuserkämpfe zu unterstützen. Deshalb ist ein Ziel der Kampagne, weitere solcher Orte auch an anderen Orten zu unterstützen und aufzubauen. Dass dies nach wie vor wichtig ist, zeigen die jüngsten Fälle von Repression gegen die solidarische Bewegung in Griechenland.

Was in Griechenland seitdem passiert ist…

Während die Situation für Geflüchtete in Griechenland sich in den letzten Jahren größtenteils verschlechtert hat und die Lebenssituation der Menschen in Griechenland geprägt ist von der menschenverachtenden Austeritätspolitik der EU, sitzen nun nach der Militarisierung und gewaltsamen Schließung der Balkanroute zusätzlich über 60.000 Migrant*innen in Griechenland fest. Durch die Migrationspolitik der EU, wie dem EU-Türkei-Deal, und der griechischen Syriza-Regierung kommt es zu einer zunehmenden Militarisierung und Repression gegen Geflüchtete und Aktivist*innen. Mehrfach wurde das Asylrecht verschärft, in den überfüllten, griechischen Camps fehlt es meistens an medizinischer Grundversorgung, Versorgung mit Alltäglichem wie Nahrungsmitteln, sowie sanitären Anlagen. Viele Lager bestehen aus abgelegenen, ehemaligen Industriehallen oder Zeltstädten. Hinzu kommt die gewaltvolle Behandlung seitens der Polizei, dem Militär und Securities. Viele Camps gleichen mittlerweile Gefängnissen. Besonders stechen die sogenannten „Hot-Spots" auf den Inseln Chios, Lesbos und Samos heraus, die seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu einer Sackgasse geworden sind. So sitzen aktuell über 15000 Menschen auf den Inseln fest – allein über 8000 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen im Camp Moria auf Lesbos, das für 1500 Personen ausgelegt ist. Immer wieder protestieren die dortigen inhaftierten Menschen mit u.a. Hungerstreiks gegen die Bedingungen in diesen „offenen Gefängnissen" und für eine Weiterreise. Diese Proteste werden größtenteils gewaltsam beendet, die Beteiligten monatelang inhaftiert oder abgeschoben. Aktuell sind z.B. die Petrou Ralli 8 oder die Moria 35 zwei Fälle, die wir solidarisch begleiten.

Aus diesen Gründen wurden und werden nicht nur in Thessaloniki, sondern auch in Athen und anderen griechischen Städten sowie auf den Inseln, Häuser besetzt und von Geflüchteten und anderen Aktivist*innen genutzt, da

sie die Möglichkeit bieten ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der staatlichen Lager, jenseits von staatlicher Gewalt und jenseits von sexistischen, rassistischen und nationalistischen Kategorien zu führen. Die Häuser sind ein Ort für politische Vernetzung, Selbstorganisation gegen das EU-Grenzregime, sowie Orte der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung, auch durch die griechische Bevölkerung. Damit bilden sie wirkungsvolle Alternativen zu staatlichen und kapitalistischen Repressalien. Die bekannteste von diesen Hausbesetzungen dürfte das ehemalige Hotel „City Plaza“ in Athen sein, in dem seit 2015 über 400 Menschen gemeinschaftlich und solidarisch leben. Auch hier in Deutschland und auf der Balkanroute gab und gibt es mehrere dieser Freiräume und Bestrebungen neue zu schaffen – wie die OM10 in Göttingen oder die (ehemals) besetzten Lagerhallen in Belgrad.

Statt nun die unmenschliche Situation von Geflüchteten zu verbessern setzt die griechische Regierung weiter auf Repression als verzweifelter Versuch eine kraftvolle internationale Solidaritätsbewegung zu zerschlagen. So ließ die Regierung mehrfach Besetzungen auf Lesbos, sowie im März 2017 die Geflüchteten-Besetzung „Alkiviadou“ und die Hausbesetzung „Villa Zografou“ in Athen räumen und 200 Menschen, die dort lebten, festnehmen. Dies mit der Ansage des griechischen Ministers für öffentliche Ordnung, Nikos Toskas, die Räumung besetzter Häuser, die zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden, voranzutreiben, was die baldige Räumung weiterer Orte wie des „City Plaza“ befürchten lässt. Im April kam es zur Räumung einer weiteren Geflüchteten-solidarischen Besetzung in Thessaloniki, dem „Albatros“, das nach den letzten Räumungen in Thessaloniki im Sommer 2016 entstanden war.. Alle diese Räumungen wurden in Griechenland und anderen Ländern in den Gerichten und auf den Straßen von Protesten hunderter, teilweise tausender solidarischen Menschen begleitet.

Was ist eigentlich los auf der Balkanroute?

Grundsätzlich beobachten wir nicht nur in Griechenland, sondern europaweit, dass die staatliche Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, gegenüber Unterstützer*innen und gegenüber Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle immer repressiver wird. Dies war auch schon vor dem sogenannten „Sommer der Migration“ 2015 so, nun sind die Grenzen zwischen den Staaten auf der Balkanroute, wie zwischen Serbien und Ungarn, mittlerweile hochmilitarisiert. Hier werden Geflüchtete von Polizei und Militär mit hochgerüsteter Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert und teilweise monatelang rechtlos inhaftiert. Zum Teil werden an den militarisierten Grenzen Flüchtende erschossen, wie an der Grenze zwischen Bulgarien und Serbien.

Gleichzeitig erhöht sich der Repressionsdruck auf Geflüchtete, wie in Ungarn, wo Ahmed H., einer von elf im September 2015 im ungarischen Röszke verhafteten Geflüchteten (Röszke11), im November 2016 zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde. Er und die anderen wurden bei Protesten an der ungarisch-serbischen Grenze willkürlich aus der Menge heraus verhaftet und wegen Terrorismus und illegalem Grenzübertritt angeklagt.. Zwar wurde dieses Urteil in der nächsten Instanz gekippt, Ahmed ist allerdings weiter in Haft und wartet auf die Berufung, die wir im Januar 2018 solidarisch vor Ort in Szeged begleitet haben. Das Urteil wird für März 2018 erwartet.

Trotz alledem nehmen immer noch viele Menschen den gefahrvollen Weg über die Balkanroute auf sich und sitzen daraufhin in „Hotspots“ auf griechischen Inseln oder v.a. in Serbien fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal abgeschoben. Aus der Not besetzte Häuser werden geräumt, wie besetzte Lagerhallen in Belgrad im Frühjahr 2017, und solidarische Aktivist*innen werden als Schleuser*innen verhaftet, wie z.B. im Herbst 2016 in Kroatien. Aufgrund der Militarisierung der Grenzen und der Kriminalisierung von Unterstützung Geflüchteter durch neue Gesetze, z.B. mit hohen Haftstrafen wegen „Schleuserei“, ist es für Aktivist*innen mittlerweile fast unmöglich geworden Menschen auf ihrem Weg direkt zu unterstützen.

Aber es gibt auch sichtbaren Widerstand. Immer wieder protestieren Geflüchtete gegen die Zustände und für offene Grenzen und ihre Weiterreise. So gab es 2016 einen Protestmarsch Geflüchteter von Belgrad an die Grenze zu Kroatien und erst im Dezember ein Protestcamp von Geflüchteten an der serbisch-kroatischen Grenze bei Sid. Diese Proteste werden meistens recht schnell von Polizei und Militär beendet, die Protestierenden auf Camps im ganzen Land verteilt.

Was ist von uns an Unterstützung passiert und was steht aktuell für die Kampagnenarbeit an?

Die Kampagne ist im Herbst 2016 gestartet und wir haben bis jetzt viel Unterstützung durch solidarische Menschen bekommen, die Soli-Parties in vielen Städten organisiert haben, Geld spenden und für Öffentlichkeit sorgen. Dadurch konnten bereits mehrere tausend Euro gesammelt und an Betroffene in Griechenland weitergeleitet werden, für Anwalts- und Gerichtskosten, für verhängte Geldstrafen, sowie für Öffentlichkeitsarbeit zum Thema (Flyer, Aufkleber und Plakate).

Konkret sieht es in Thessaloniki so aus, dass nach den ersten Verurteilungen der Besetzer*innen des „Nikis“ im Juli 2016 nun 2017 weitere Prozesstermine gegen insgesamt 82 Besetzer*innen der „Hurriya“- und der „Orfanotrofeio“-Besetzung stattfanden. Die „Orfanotrofeio“-Aktivist*innen wurden für eine Protestaktion gegen die Räumung durch die griechische Kirche wegen „Störung der Kirchenruhe“ angeklagt und nun im Revisionsprozess freigesprochen. Zusätzlich wurden am 31. Mai fünf weitere Besetzer*innen des „Orfanotrofeio“ vom Gericht von allen Vorwürfen freigesprochen. Der Prozess gegen die 58 „Hurriya“-Besetzer*innen wurde bereits mehrere Male und nun auf September 2018 verschoben. Im Dezember wurden alle 9 Besetzer*innen des „Albatros“ zu 6 Monaten Haft auf 3 Jahre Bewährung verurteilt, sie legen nun Berufung ein.

Diese Prozesse begleiten wir hier und in Griechenland solidarisch und unterstützen dazu Betroffene in neuen Repressionsfällen. Zusätzlich sind in Athen nach den Räumungen der Besetzungen „Alkiviadou“ und „Villa Zografou“ weitere Personen angeklagt. Auch haben wir finanziell das soziale Zentrum für Migrant*innen „Steki“ in Thessaloniki unterstützt, das zwar nicht besetzt, aber von der Schließung durch den griechischen Staat bedroht ist, sowie die verurteilten Besetzer*innen der bereits im Frühjahr 2016 geräumten Besetzung „Turtle Corner“ in Thessaloniki. Gleichzeitig zeigen die jüngsten Entwicklungen in Griechenland und die immer noch offenen Gerichtverfahren, dass die Kampagne notwendig bleibt und wir weiterhin Solidarität und Unterstützung organisieren müssen.

Wie sieht die Zukunft der Kampagne aus?

Wir haben uns im Dezember 2017 getroffen und über die (Neu)Ausrichtung der Kampagne diskutiert. Da die staatliche Repression gegen Geflüchtete auf der gesamten Balkanroute und an den EU-Außengrenzen, nicht nur in Griechenland, zunimmt und nicht vor Grenzen halt macht und es gleichzeitig große solidarische Netzwerke über alle Grenzen hinweg gibt, werden wir die Kampagne erweitern. Wir werden das bisher gesammelte Geld für die noch verbliebenen Prozesse und nicht verurteilten Personen in Griechenland verwenden, am Thema dranbleiben und Öffentlichkeitarbeit machen. Dazu wollen wir verstärkt länderübergreifende Anti-Repressions-Arbeit machen zur Unterstützung von Betroffenen aus antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen. Dafür wollen wir Öffentlichkeit schaffen und rufen zu Spenden auf. Betroffene, sowie alle Menschen, die Lust auf Mitarbeit an der Kampagne haben, können sich gerne bei uns melden.

Kommende Termine:
14. und 19. März 2018: Prozesstermine gegen Ahmed der Röszke11 in Szeged (Ungarn)
20. April 2018: Prozesstermin gegen die Angeklagten Moria35 auf Lesbos (Griechenland)
September 2018: (Neuer) Prozesstermin für die 58 Besetzer*innen des Hurriya-Squats in Thessaloniki (Griechenland)

Mehr Infos zur Kampagne und Kontakt auf dem Blog unter www.cantevictsolidarity.noblogs.org

Spendenverbindung:
Rote Hilfe e.V./ OG Hannover
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS
Betreff: Cant evict Solidarity

Jede Grenze ist Krieg, jede Grenze ist ein Knast

übersetzt von sans attendre, publitziert in der 7. Ausgabe der anarchistischen Zeitschrift Du pain sur la planche vom Dezember

Folgender Text wurde im Oktober/November 2017 in Marseille verteilt. Im Kontext der Mobilisierungen gegen die Ausschaffungen von Menschen, die vom Staat als unerwünscht betrachtet werden, ist dieser Text ein Beitrag zum Kampf gegen die Grenzen, die Kontrolle und die Einsperrung als solche. Von den Hauts Alpes nach Ventimiglia, über das Royatal nach Marseille gibt es viele, die materielle Unterstützung organisieren, um bei der Überquerung der Grenzen zu helfen und Räume der Beherbergung zu öffnen, die nicht von der Einteilungs- und Verwaltungslogik der Institutionen und ihren assoziativen/ humanitären Hilfskräften abhängig sind.

Die Herrschaft packt jede Gelegenheit beim Schopf, um ihr Arsenal der Kontrolle und der Repression zu verstärken. Einige Stunden nach einem Messerangriff, der beim Bahnhof St-Charles (A.d.Ü. Bahnhof in Marseille) zwei Personen das Leben kostete, wurde angekündigt, weitere Zellen im Internierungslager zu bauen. Unmittelbar danach hörte man, dass im Dezember die „Kapazitäten“ im CRA Canet von 60 auf 138 Personen erhöht werden sollen, was die Bullen ermutigen wird, noch mehr Kontrollen, Verhaftungen und Abschiebungen vorzunehmen. Im gleichen Zuge möchte die Regierung die Maximaldauer der Einsperrung im CRA von 45 auf 90 Tage erhöhen und Hausarrest-Zentren in der Nähe von Flughäfen eröffnen, um die Dublin-Ausschaffungen zu beschleunigen.

Über die Unterstützung von Menschen, die von einer Ausschaffung bedroht sind, hinaus, scheint es uns wichtig, die Dynamiken von autonomen Kämpfen zu fördern, die den Dialog mit den institutionellen Akteuren verweigern und Wege der Solidarität und der Offensive gegenüber der sich täglich intensivierenden Jagd auf die Armen erkunden.

Von daher kommt der Vorschlag in diesen Zeilen, die verschiedenen verantwortlichen Strukturen, die in der Inhaftierungs- und Abschiebemaschine involviert sind, klar zu benennen. Wir betrachten diese nicht als Gesprächspartner, aber als Feinde, die es zu bekämpfen gilt. Dieser Vorschlag erfordert es, ausgebaut und präzisiert zu werden, sowohl durch geschriebene Beiträge und Diskussionen, als auch in der Praxis.

Heute wie gestern, hier wie überall: Zerstörung der Internierungslager, Freiheit für alle!

Jede Grenze wird auferlegt. Die Herrschaft definiert mit Gewalt den Raum ihres Territoriums, bestimmt, wer das Recht hat, sich darauf niederzulassen und wer nicht. Es gibt daher keine „richtige“ Verwaltung der Migration (und wir wollen keine davon) aber eine Willkür, die sich entsprechend der Epoche und gemäss den Interessen der Herrschenden behauptet und entwickelt.

Die Epoche, in der wir leben, ist gekennzeichnet von einem Kontext der Kriege und der bewaffneten Konflikte in allen Ecken des Planeten, die immer von den Staaten

vor Ort und den konkurrierenden Kräften, die die Macht und die Kontrolle über die Bevölkerung und die Reichtümer dieses oder jenes Gebiets wollen, genährt werden. Diese Bedingungen zwingen Millionen von Personen, aus den Regionen, in denen sie wohnen, zu flüchten, um zu überleben, ein besseres Leben und mehr Freiheit zu suchen.

Die europäischen Behörden haben ihr repressives Dispositiv in den letzten Jahren angepasst und erweitert, um die Kontrolle angesichts der Zwangsvertreibungen von Bevölkerungen zu wahren. Im Anschluss an die aufeinanderfolgenden Räumungen der Camps in Calais und Paris hat der Staat die unterschiedlichen Strukturen (CRA, temporäre Lager, CAO (A.d.Ü. Centres d'accueil et d'orientation – Aufnahme und Orientierungslager), PRAHDA (A.d.Ü. programme d'accueil et d'hébergement des demandeurs d'asile – Programm zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern)...) vervielfacht und sie der Einteilung, der Isolierung und der Abschiebung von als unerwünscht betrachteten Migrant_innen angepasst, um jeden Referenzpunkt und jede Möglichkeit der Selbst-Organisation zu durchbrechen. Parallel dazu wird das Dublinsystem regelmässig erneuert und verstärkt und die europäischen Staaten gliedern die Verwaltung der Grenzen durch Vereinbarungen mit der Türkei oder Libyen aus, mit dem Ziel, die Personen frühzeitig zu stoppen. Kürzlich hat die Regierung die Verlängerung der Haftdauer von 45 auf 90 Tage angekündigt sowie ein voraussichtlicher Plan, weitere Internierungszentren zu bauen. Die Inhaftierungs- und Abschiebemaschine breitet ihre Netze aus und verkompliziert nicht nur ihren Betrieb, sondern auch die Art und Weise, sich dem entgegenzusetzen.

Angesichts dieser infamen Jagd auf migrantische Personen haben zahlreiche Initiativen versucht, der Isolierung und Zerstreuung entgegenzuwirken, insbesondere durch das kollektive Öffnen und Besetzen von Räumen, die hilfreiche Etappen im Parcours sein können, besonders durch das Département Hautes Alpes, das als Weg häufiger genutzt wird, seitdem die Behörden die Grenze bei Ventimiglia abgeriegelt und die Durchreise durch das Royatal erschwert haben.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Grenzen durchbrochen werden, wie in Ceuta und Melilla (Marokko/Spanien) oder in Calais, dass Revolten in den Internierungslagern ausbrechen oder dass Leute es schaffen, daraus auszubrechen, dass Proteste die humanitäre Maske der „Empfangszentren" zerfetzen, um ihre wahre Funktion aufzuzeigen: Die von allen Gefängnissen.

In gewissen Quartieren in Marseille, die häufiger von der Polizei heimgesucht werden, häufen sich in letzter Zeit die Grosskontrollen, um die Bestrebungen des Stadtrates umzusetzen, die das Stadtzentrum „reinigen" wollen, um den Tourist_innen und anderen Bürger_innen Platz zu machen. Die RTM (Verkehrsbetriebe von Marseille) haben ebenfalls an diesen Kontrolloperationen teilgenommen, die dazu führen können, dass Personen in Untersuchungshaft oder in Lager gesteckt werden.

Die Abschiebemaschine, die von der Verhaftung über die Einsperrung bis zur Abschiebung reicht, baut tatsächlich auf verschiedenen Etappen auf, in denen zahlreiche Akteure involviert sind: Die PJJ (protection judiciaire de la jeunesse, z.dt. Etwa Jugendrechtsschutz), die die Strafvollzugsanstalten für Minderjährige verwaltet, in denen zahlreiche isolierte, ausländische Minderjährige landen, die von den Bullen verhaftet wurden. L'Addap 13 (Association Départementale pour le Développement des Actions de Prévention des bouches-du-rhônes), die sich damit brüsten, Minderjährige im Auftrag des Département ausfindigzumachen und zu verwalten. Adoma, die die Sortierungszentren im Rahmen von PRAHDA verwalten. Aber auch Bouygues, die das CRA Canet gebaut haben und die die Verwaltung davon mit anderen Unternehmen wie Vinci (GTM Multiservice), Défi Restauration..., oder auch der SNCF (A.d.Ü. staatliche Eisenbahngesellschaft Frankreichs) teilen, die nicht zögern, Menschen aus den Zügen zu werfen und/oder sie den Bullen auszuhändigen.

Eine von zahlreichen Arten, der Mechanik der Abschiebungen, entgegenzutreten, könnte eine Verbreiterung der Feindschaft gegenüber diesen Beteiligten sein, die sich auch in anderen Bereichen wiederfinden, die diese Welt prägen: Mittel zur Überwachung, Autobahnen und Flughäfen, Atomkraftwerke, Gerichte und Knäste...

Wenn wir es ablehnen, passiv zu bleiben und die Unterdrückung als desillusionierte Zuschauer_innen zu betrachten, dann weil wir auf die ganze Unterdrückung und Ausbeutung spucken, in die uns der Staat und der Kapitalismus zwingen wollen.

Das, was wir für unsere eigenen Leben ablehnen, lehnen wir auch für andere ab.

Wir wollen für unsere Freiheit kämpfen und es ist in diesem Kampf, in dem sich neue explosive Komplizenschaften spinnen können.

Schärfen wir unsere Wut, um die Grenzen, die Staaten und alles, was ihnen erlaubt zu existieren, zur Strecke zu bringen!

Freiheit für alle!

(HB) Kein Frieden mit der inneren Sicherheit
kein Frieden mit der Rückkehrberatung

Dokumentation: „Am vergangenen Wochenende fand die Innenministerkonferenz in Leipzig statt. Wieder mal trafen sich alle Schweine aus dem ganzen Bundesgebiet, um die

autoritären und rassistischen Zustände in der BRD zu normalisieren und in Gesetzesform zu gießen. Besonders Ulrich Mäurer, Innensenator Bremens, glänzte und war nicht nur auf Fotos mit seinem Beitrag ganz vorne mit dabei. Seine Forderung: Ein zentraler Abschiebeknast und ein Gericht für sogenannte Gefährder.

Diese Forderung lassen wir nicht unkommentiert. Wir haben einen anderen Beitrag.Unser Beitrag ist unversöhnlich und voller Wut gegen den Staat und seine Handlanger. Deshalb haben wir von Donnerstag auf Freitag (8.12.17) nachts ein Fahrzeug der Arbeiterwohlfahrt (AWO) angezündet.

Die AWO ist kein antirassistischer Verband. Sie spielt Mäurer und Co. in die Hände. Mit ihrer dreckigen Rückkehrberatung bietet sie einen Teil der Infrastruktur, um Menschen abzuschieben oder sie zu zwingen „freiwillig" das Land zu verlassen.

Bekämpfen wir den Polizeistaat Deutschland. Bekämpfen wir die rassistischen Verhältnisse.

Wir warn's, die Gefährder."

anonym

Ein Funken Hoffnung für unsere Kämpfe.

Dokumentation: „Wir haben der DPolG Bremen den minimalen Komfort der Flexibilität genommen in dem wir ihr Fahrzeug (Smart) abfackelten. Gegen die Smartifizierung des Lebens!

Die Polizeigewerkschaften etablieren sich zusehends als wichtiges Element der inneren Aufrüstung. Als Lobby– und Marketingorganisation versuchen sie den gesellschaftlichen Boden für stetige Gesetzesverschärfungen und Kompetenzerweiterung der Bullen zu bereiten. Durch die neuen Medien - vor allem Twitter - wird versucht einen größeren Einfluss auf die öffentliche Debatte zu nehmen. Dies wird auch im Kontext des G20 und ihrem wehleidigen Gejammer über die Ausschreitungen deutlich. Nach etlichen Interviews, Pressekonferenzen und Videos die in die Öffentlichkeit getragen wurden gipfelt die polizeiliche Hetzte in der Veröffentlichung der 104 Fahndungsfotos… Ziel dieser polizeilichen Strategie ist es eine Stimmung der Angst, der Denunziation und der staatlichen Rache zu erschaffen.

Als wäre das nicht beschissen genug versuchen sie stetig ihre Macht auszubauen in dem sie nach noch mehr gesetzlichen Reformen und neuen Befugnissen schreien: Fußfesseln, Präventivhaft, Taser, Militär im Inneren ... für jede_n Menschen die/ der es wagen sollte gegen ihre Gesetzte zu verstoßen. Welcome to hell, willkommen im Polizeistaat.

Wir verspüren Freude wenn wir hören das die Menschen in dieser Gesellschaft sich zur wehr setzen. Das die Bullen in der Silvesternacht massiv mit Raketen beschossen wurden. Wenn bei üblichen Verkehrskontrollen Bullen eins in die Fresse kriegen. Wenn die Bullen angespuckt werden und sie immer mehr Angst haben wenn sie ihre Uniform anziehen.

Wenn ihre Autorität nicht mehr greift. Denn wie sie es drehen und wenden, die Polizei sorgt dafür das alles so bleibt wie es ist.

Solidarisch aggressive grüße gehen raus an alle Menschen die in den Knästen sitzen. Sowie an diejenigen, die Nachts staatliche, autoritäre und rechte Strukturen angreifen und sichtbar machen. Unsere Gedanken und Herzen sind bei euch.

United we stand!"

Autonome Gruppe

500 Cops und 3 Tage Regen
Ein kritischer Blick auf den Protest gegen die Räumung der Friedel 54 und das Verhältnis von Militanz und Ohnmacht

Es war nicht so, als ob etwas gefehlt hätte: ein linksradikaler Ort, der sich wehrt; ein Eigentümer im Nirgendwo des globalen Kapitalismus; eine Bezirksbürgermeisterin, der die Sache egal ist; Präsenz selbst in den bürgerlichen Medien; Solidarität aus der Nachbar*innenschaft; Sommer; und eine nach den R94-Unruhen und dem unangemeldten 1. Mai selbstbewusste Szene; dazu die nach wie vor nicht revidierte Aufnahme der Friedel54 in ein Tag X-Konzept und die allgemeine Ansage: Nehmt ihr uns die Häuser ab, machen wir die City platt. Eine Millionen Mark, Euro, Dollar, egal, jedenfalls viel Sachschaden, teuer, dahinter die Hoffnung: Das ist es euch nicht wert.

Selbst unter den Umständen, dass Berlin drei Stunden nach Räumung der Sitzblockade in einem unpraktischen Regen versank und der G20 direkt vor der Tür stand: In den Wochen vor der Räumung war überraschend wenig los, am Tag selbst waren zwar viele Menschen da, aber eben unglaublich passiv. Wir fragen uns warum das offensichtlich vorhandene Potential an Militanz und Druck von der Straße - wir erinnern uns unter anderem an nächtelange Autobrände und entschlossene Demos mit mehreren tausend Leuten im Kontext der Auseinandersetzungen um die Kadterschmiede in der R94 in Friedrichshain - nicht aufgebracht wurde. Wir halten das für diskussions- und erklärungsbedürftig.

Wir halten diese Frage deshalb für relevant, weil sie in die Diskussion um den bewussten, kollektiven und politischen Einsatz von Militanz fällt. Dieser Text entstand hauptsächlich vor dem G20 und seinen Folgen. Auch wir stehen unter dem Eindruck der medialen Hetze und staatlichen Rerpression, die auf die Hamburger Unruhe folgten. Gerade angesichts dieses Drucks aber halten wir an einer eigenständigen Reflexion über Militanz als Teil unserer Praxis fest. Eine der Lehren aus Hamburg deckt sich mit der Motivation für diesen Text: Militanz zu verstehen und ihren Einsatz inhaltlich rechtfertigen zu können. Wir meinen, dass wir in Berlin falsche Spaltungen, Wertungen und damit identitäre Subszenen in uns tragen und viel zu oft aus diesen falschen Gründen heraus Militanz motivieren. Dies ist verständlich, politisch aber nicht befriedigend. Kurz: Wir wollen eine politische und keine identitäre Begründung für Militanz. Und wir wollen einen selbstverwalteten Raum in Nord-Neukölln zurück.[1]

Ablauf der Räumung

Um ein gemeinsames Bild von der Sache zu haben: Die Zwangsräumung war auf 10 Uhr morgens angekündigt. Auf Parkverbotsschildern wurden bereits seit mehreren Tagen die Autobesitzenden aufgefordert ab 4 Uhr die Straße frei zu halten. Am Abend vor dem angekündigten Zwangsräumungstermin fand ein gut besuchtes Filmscreening vor der Friedel54 statt, das sich nach 0 Uhr in eine Kundgebung umwandelte aus der heraus eine Sitzblockade mit ca. 200 Leuten entstand. Diese Sitzblockade stand schon bevor die Polizei zwischen 4 Uhr und 5 Uhr die Straßen rund um die Friedel54 absperrte. In der Folge sammelten sich an den angrenzenden Straßenecken außerhalb des abgesperrten Bereichs immer mehr Menschen und vor der Sitzblockade innerhalb des abgesperrten Bereichs immer mehr Polizei. Um 9 Uhr begann die Räumung der Sitzblockade, die Blockierenden wurden in den Bereich außerhalb der Hamburger Gitter gezwungen. Dort trafen sie dann auf Menschen, die teils schon lange dort standen, teils gerade vor den Gittern ankamen. Die öffentliche Mobilisierung auf Plakaten und in Aufrufen war nämlich auf 9 Uhr erfolgt, ein Zeitpunkt zu dem tatsächlich dann die meisten Leute außerhalb der Gitter präsent waren. Die Protestpunkte außerhalb der Gitter wurden immer wieder von der Polizei provoziert und angegriffen und zum Teil gekesselt. Die Räumung der Sitzblockade dauerte ca. 45 Minuten, nach mehreren Stunden konnte die Polizei auch in die gut verbarrikadierte F54 eindringen und räumen. Die Situation war komplett unter polizeilicher Kontrolle, das heißt statisch und gut abgesichert. Neben der physischen Repression vor Ort arbeitete die Polizei parallel ideologisch in die Medien rein bzw. mit diesen zusammen. Zum einen brachte sie auf Twitter die Lüge über einen angeblich unter Strom gesetzten Türknauf, der die Beamt*innen in Lebensgefahr gebracht hätte, bauschte irgendeinen angeblichen Gaskartuschen-Angriff gegen den Kreuzberger McDonalds auf und drängte vor Ort Pressevertreter*innen gewaltsam aus dem Räumungsbereich. Diese Manipulationen zielen darauf die eingesetzte Gewalt zu rechtfertigen, die eigenen Beamt*innen sollen sie zu Gewalt als Selbstverteidigung gegen die (nun ja bewiesenerweise) bösen Linksradikalen motivieren, gegenüber den Öffentlichkeiten sollen die Linksradikalen als menschenverachtende Extremist*innen dargestellt werden. Vom eigenen Einsatz wird somit abgelenkt, die Polizei inszeniert sich als Retterin von Sicherheit und Ordnung. Der Widerstand gegen die Räumung überschritt abseits der Verbarrikadierung des Ladens nicht die Schwelle von vehementer Passivität im Sinne eines möglichst standhaften Sitzenbleibens in der Blockade. Die Betroffenheit und Traurigkeit angesichts dieser Räumung wurde auf der Straße zu manifester und kollektiver Ohnmacht und diese zu Frust. Dann kam der Regen und spülte uns von der Straße. Nach vielen Monaten einer TagX-Mobi und Parolen à la „Stadt von unten erkämpfen“, „Gegenmacht aufbauen“, „F54 - highly explosive“, „Nehmt ihr uns die Friedel ab, machen wir die City platt“ passierte so gut wie nichts [2]. An der kommunikativen Vorbereitung lag es nicht, wie ein kurzer Blick auf die militanzbejahende F54 bleibt-Kampagne zeigt.

Plakatierte Hoffnung und organisierte Ohnmacht

Was den Aspekt der Militanz angeht, ihrer Begründung aus der politischen Konstellation und den darin liegenden eigenen Handlungsspielräumen heraus, war die Friedel54 eigentlich ausreichend besprochen. Neben der langen und noch nicht gebrochenen Tradition militanter Selbstverteidigung von Freiräumen gegen die Staatsgewalt, war auch der kommunikative Kontext klar: die Verhandlungen waren allesamt gescheitert, eine dialogische Lösung undenkbar, die bürgerlichen Mittel ausgeschöpft, da Bezirk und Stadt schlicht kein Interesse an einer politischen Lösung hatten (die möglichen Optionen wie bspw. ein Vorkaufsrecht waren nicht ausgeschöpft). Übrig blieb die kalte Tatsache, dass der Staat das Interesse des Eigentümers durchsetzen wird. Ein Interesse, dass sich nicht einmal erklären muss. Der Eigentümer muss in keiner Weise eine Begründung darüber abgeben, warum der Laden geräumt werden soll, er veranlasst lediglich die Räumung und bringt damit eine Maschine in Gang, die den Rest wie von selbst abspult. Gegen diese Maschinerie wurde folgerichtig eine militante Kampagen geführt, das heißt der Aufruf zur Selbstverteidigung mit allen Mitteln, die dies erfordert. Wir würden sagen, dass die

Friedel54 dabei eine sowohl pragmatische als auch radikale Linie gefahren ist: Verhandlungen wurden gesucht und es wurde aus verhandlungstaktischen Gründen sogar eine Unterbrechung der solidarischen Militanz gewünscht. Möglich, dass dies in Teilen der Szene als rote Linie betrachtet wurde. Zwei Gründe sprechen jedenfalls für die Vorgehensweise der Friedel54: Einerseits brauchen wir keinen albernen Ehrbegriff, demzufolge wir überall und jederzeit zu unseren Taten stehen müssen. Das tun wir sowieso nicht, nicht in unseren Familien, nicht am Arbeitsplatz, nicht im Gerichtssaal [3]. Gut, in der Regel geht es hier um Schweigen statt Reden und nicht um Distanzierung. Aber eine taktische (Teil-)Distanzierung ist keine praktische Entsolidarisierung, das hat die Friedel in einem Statement danach auch klar gemacht [4]. Andererseits ist die eigene Praxis immer in der Frage eingeklemmt, sowohl dem eigenen moralischen und theoretischen Anspruch zu genügen, als auch in Rechnung zu stellen, dass wir im Sinne einer gesellschaftskritischen Politik die Außenkommunikation suchen und führen wollen. Für den Aufbau einer militanten, also selbstbestimmten, Widerstandspraxis sind Vermittelbarkeit und Nachvollziehbarkeit wichtige Größen. Das Recht auf Militanz ergibt sich nicht aus dem Recht des Stärkeren, sondern aus der Gewalt der Verhältnisse. Diese Gewalt immer wieder aufzuzeigen, ist für uns selbst womöglich ermüdend und unnötig, für die Vermittelbarkeit nach außen aber zentral. Und das Scheitern und Verarschtwerden in Verhandlungen mit kapitalistischen Nihilist*innen ist ein Schritt, der den Angriff gegen dieses System plausibel macht. Die politische Klarheit der Friedel zeigte sich dann ja auch im weiteren Fortgang, die Mietzahlungen wurden eingestellt, die Räume besetzt. Die tradierte Grenze zwischen Verhandler*innen und Nicht-Verhandler*innen war hier konkret keine ideologische, sondern eine pragmatische, eine Frage der situativen Praxis. Letztlich hatten wir einen linksradikalen, über Monate besetzten Ort. Mit der Parole „Miete verweigern, Kündigung ins Klo, Häuser besetzen sowieso!" wurde ernst gemacht. Das, was auf jeder Demo hundertfach gefordert wird, war Realität. Und blieb stumm. Es entfachte kein Feuer, keine Euphorie. An der Friedel54 lag es nicht. Es lag auch nicht am mangelnden Bemühen verschiedener Spektren, dem Thema Sichtbarkeit zu geben. So entstand die bizarre Situation, dass das Thema jeder interessierten Person bekannt war, 200 Leute die Nacht vor der Friedel verbrachten, um eine Sitzblockade zu bilden, und das Verhalten doch passiv war. Wir spulten ein routiniertes Protestverhalten ab, die Gewissheit im Hinterkopf, dass wir das kommende Scheitern als weiteren Zwischenerfolg interpretieren werden. „Wir waren viele, die Bullen mussten Gewalt anwenden". Als ob mehr nicht drin wäre.

Es gibt gute Gründe nicht an eine erfolgreiche Verhinderung der Räumung zu glauben. Die Polizei hat als Staatsgewalt Sonderrechte der Gewaltanwendung und ist uns in einer direkten körperlichen Konfrontation individuell und strukturell haushoch überlegen. Diese Erfahrung machen wir jeden Tag und diese Erfahrung fühlt sich in den allermeisten Fällen nicht erbaulich an. Im Gegenteil, wir sammeln Frustration und Ohnmacht an. Das ist in einer Welt, die ihre Ungerechtigkeiten und Zumutungen zwanghaft und zwangvoll verteidigt, alltägliche Normalität. Einerseits machen wir diese Erfahrungen und diese Normalität in unserer politischen Arbeit zu oft unsichtbar, wir individualisieren sie damit und laufen genau in die Falle, der wir durch kollektive Organisierung entgehen wollten. Andererseits kritisieren wir, dass in der öffentlichen Mobilisierung auf 9 Uhr bereits das Scheitern und die Ohnmacht vorprogrammiert werden. Wer nicht an eine Verhinderung der Räumung glaubt, soll bitte nicht die öffentliche Mobilisierung übernehmen, zumal wenn es keinen aktiven Plan gibt, der der so produzierten Ohnmacht etwas entgegen setzt. Wenn wir eine auf 10 Uhr terminierte Zwangsräumung mit einer auf 9 Uhr mobilisierten Blockade verhindern wollen, dann steckt da sowohl eine praktische Ideenlosigkeit als auch ein Ausweichen vor dem Moment der Ohnmacht drinnen. Dieser Ohnmachtsmoment bestünde darin, die Räumung ernsthaft verhindern zu wollen und dabei - aber eben kämpfend und damit nutzbare Erfahrung schaffend - zu scheitern. Als politische Bewegung wollen wir der Räumung gleichzeitig nicht fern bleiben. Als passive Zaungäste, die ihren Morgen damit verbringen wie paralysierte Demonstrationshasen auf die langen Schlangen an Vollstreckungsbeamten zu schauen, machen wir allerdings vor allem eine Erfahrung: dass unsere Kollektivität eine Ansammlung individueller Ohnmachten ist, die im Aufeinanderprallen lediglich ihre Einsamkeiten bestätigen anstatt sich gegenseitig zu einer widerständigen Praxis zu befähigen, zu der sie alleine nicht in der Lage wären.

R94 und F54: zusammengedacht und nicht zusammengebracht

Woran lag das? Berlin zeichnet sich durch eine Zersplitterung verschiedener Szenen aus, deren räumliche Verteilung auch eine zeitliche widerspiegelt. Während Friedrichshain in sich die Geschichte einer starken autonomen Freiraumbewegung nach der Wende und tagelangen Kämpfen zum Beispiel bei der Räumung der Mainzer Straße oder der Liebig14 in sich trägt, ist die Neuköllner Szene postautonomer, politgruppenorientierter und weniger an eigene Räume gebunden. Das Konzept anarchistisch-autonomer Freiräume ist innerhalb der Neuköllner Polit-Szene marginaler als innerhalb der Friedrichshainer. Damit ist die Identifizierung mit diesem Raum geringer und somit die Bereitschaft zu Militanz entsprechend minimiert. Ein weiterer zentraler Punkt: Die Friedel54 mobilisierte nicht das Bild eines Konflikts, der gewaltsam gelöst wird. Die Friedel54 war ein wichtiger Ort, dessen Politik häufig unsichtbar blieb. Als Infrastruktur beherbergte sie viele unterschiedliche Gruppen. Innerhalb politischer Organisierungen nahm sie eine reproduktive Funktion ein. Sie trat nicht als Kollektiv offen für Militanz und Insurrektion auf, wie die R94, sondern äußerte sich zurückhaltender. Damit fehlte ihr gegenüber der R94 eine entscheidende Komponente: die nicht direkt involvierten Personen konnten den Konflikt um die F54 nicht dermaßen für sich aufladen und ihre allgemeine Emotionalität hinein projizieren, wie das bei der R94 möglich war. Das

lag einerseits eben an der zu Teil weniger sichtbaren Politik des Kollektivs, an der schon erwähnten pragmatischen Flexibilität in Bezug auf die Militanzfrage, und am von der Polizei geführten Diskurs. Während Henkel in der R94 eine ganz private Obsession gefunden hatte, machte die Polizei erst am Räumungstag mit der F54 Politik. Damit baute sich um die F54 herum kein fundamentaler Antagonismus entlang der klassischen Machtfrage Polizei-Militante auf. In den Verhandlungen, im langen Zeitraum, im schleichenden Prozess war der Antagonismus zunehmend verkopft und verkompliziert worden.

Ein Ist-Zustand unserer Militanz

Was können wir daraus schließen? Es fehlt eine theoretische Fundierung, wieso wir uns zwar nicht auf linke Subkultur und Freiräume beschränken sollten, weshalb sie uns aber dennoch wichtige Refugien und Optionen bieten, aus denen heraus wir gesellschaftstransformatorisch arbeiten können. Das Verhältnis zu Freiräumen ist kein instrumentelles sondern ein identitäres, damit bleibt aber die Identifizierung - und damit die Größe der Gruppe, die sich eine militante Selbstverteidigung zumuten würde - kategorisch beschränkt. Wir sehen auch, dass wer „Bullenschweine" braucht, um militant zu werden, einem (Gegen-)Machtfetisch unterliegt, den es zu überwinden gilt. Emotionale Kompensation und Empowerment auf einer individuellen Ebene halten wir für (selbst-)verständliche Elemente von Militanz. Sie allein führen politisch aber nicht sonderlich weit. Militanz folgt hier vorrangig nicht den strategischen Momenten, in denen kollektive Emanzipation vorangetrieben oder verteidigt werden kann, sondern sie folgt der eigenen Existenzweise und wird durch diese beschränkt - sowohl bei all denjenigen, die Militanz als unzeitgemäß und unvermittelbar abtun wollen und darin keine subjektive Bestätigung finden als auch bei denjenigen, bei denen sie ein Element der politischen Identität ausmacht. Beide bleiben in ihren Blasen.

Die Phase um die F54 zeigt somit, dass Militanz derzeit kollektiv nicht strategisch einsetzbar sondern an die Subjektivität bestimmter Milieus gebunden ist. Denn ganz offensichtlich ist sie nicht Ergebnis einer politischen Diskussion, einer Abwägung verschiedener Mittel und der Einsicht in ihre eventuelle situative Richtigkeit. Vielmehr überwiegt in ihr der subjektive Faktor der identitären Vergewisserung, des individuellen Erlebnisses, der persönlichen Radikalität. Diese Aspekte halten wir nicht für grundfalsch, wir glauben sie gehören selbstverständlich dazu. Wir exekutieren keine politische Ideologie, wir suchen unsere Befreiung. Befreiung hat strukturelle Bedingungen, sie muss aber auch individuell als solche erfahrbar und erlebbar sein. Und geglückte Militanz ist eine Möglichkeit, den alltäglichen Unterwerfungen ein Stück weit zu entkommen. Wir meinen nur, dass Militanz solange politisch defizitär bleibt, solange sie mehr an persönliche Affekte gebunden ist als an eine politische Analyse (dies in Richtung all derer, die sich sofort mobilisieren lassen und ihre Identität dort in die Wagschaale werfen, wo die Staatsgewalt martialisch auftritt (R94, G20), und passiv bleiben, wo dieser Affekt ausbleibt).

Unsere Situation beobachten

Unsere überlegungen zu den Erfahrungen, die wir aus der Räumung der F54 ziehen, laufen in zwei Richtungen: Einerseits auf die Praxis, mit der wir uns Zwangsräumungen konkret in den Weg stellen. Andererseits auf Inhalt und Formen von Militanz als politischer Kultur.
Wir wollen keine Bilder mehr von hunderten Menschen, die vor Hamburger Gittern stehen und nichts tun, außer den Bullen die Genoss*innen aus den Schmerzgriffen zu übernehmen. Wenn wir uns auf die Statik der polizeilichen Architektur einlassen, verlieren wir nicht nur die Häuser und Wohnungen, die wir beschützen wollten, sondern auch unsere Freiheit der Bewegung und unsere Dynamik der Wut. Während der Räumung der F54 hätte es das zahlenmäßige Potential zu mehreren Demozügen gegeben, die den Konflikt aus der Friedelstraße in die umliegenden Straßen tragen. Wir hätten uns auch zu Demos am Kuhdamm oder vor dem Senat für Bauen und Wohnen verabreden können. Militanz kann heißen, dass eine Räumung nicht eine Million Euro Sachschaden bedeutet, sondern die Blockade des zuständigen Amtsgerichts, des Innensenats, der Direktion der eingesetzten Einsatzhundertschaft oder eines Neubaus um die Ecke. Militanz bemisst sich am Doppelcharakter der Befreiung: Der Wirkung auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der individuellen Emanzipation vom Regime aus Verwertung, Angst und Unterdrückung. Nochmal zur 9 Uhr-Mobi: Wir brauchen eine öffentliche Mobilisierung und verabredete Zeiten, um uns zu sammeln. Uns ist aber klar, dass wir zu diesen Zeiten in ein von der Polizei vorbereitetes Konzept laufen werden. Diese Mobilisierung rechtfertigt sich dann also nur, wenn wir wiederum für uns selbst ein Konzept haben, dass die Sicherheitsarchitektur der Polizei einkalkuliert und dieser gegenüber Eigenständigkeit behält. Das Szenario bei Zwangsräumungen ist durch die Erfahrungen der letzten Jahre im Großen und Ganzen bekannt. Die Polizei sperrt immer ab spätestens ca. 5 Uhr mit Gittern ab und sie hatte zur Not illegale Methoden wie beispielsweise das Verkleiden der Gerichtsvollzieherin als Polizistin (in der Lausitzer 8, Februar 2011) oder die selbständige polizeiliche Räumung ohne Gerichtsvollzieher*in (Wissmannstraße 10, April 2014). Beispiele eigenständiger Reaktionen wurden gerade genannt, vieles mehr ist denkbar. Militanz ist für uns dabei kein Dogma des Rechtsbruchs. Militanz heißt für uns, unser Handeln am Maßstab der aktuell denk-, formulier- und verhandelbaren Emanzipation zu bemessen und nicht an den Normen des Strafrechts. Das heißt, dass für uns ein Privatbesitz an Wohnraum inklusive der politisch umsetzbaren Macht einer Zwangsräumung zum Zwecke der Profitsteigerung zwar legal, aber bekämpfenswert ist. Und dass wir uns bei diesem Kampf nicht an die Gebote derjenigen halten, die eben jene Ordnung verteidigen, in der eine solche Zwangsräumung legal ist. Dies bedeutet letztlich die Herausbildung einer politischen Kultur, in der wir uns zu Ungehorsam, Vehemenz

und politischer Verantwortlichkeit befähigen. Ungehorsam gegenüber einer Ordnung, die Macht - zum Beispiel in der Wohnungsfrage - undemokratisch verteilt und mit Faustschlägen, Pfefferspray, Geldbußen und Haftstrafen verteidigt. Vehemenz in der Art und Weise unseres Widerstands gegen diese Ordnung, denn sie produziert und reproduziert tagtäglich unwürdige Lebensweisen. Verantwortlichkeit gegenüber den Situationen, die wir schaffen; diese müssen solidarischer, emanzipativer sein als die vorherrschende Ordnung und Umgangsweise (Sexismus und Mackertum können nicht zeitweise toleriert und damit Feminismus mal wieder kurz hinten angestellt werden).

Unsere Situation kritisieren

Wir halten also eine Selbstkritik an den existierenden Praxen und Haltungen im stadtpolitischen Kampf für notwendig und schlagen vor, aus der Kritik heraus Forderungen und Ideen an eine veränderte Praxis zu stellen. Denn die derart geführten Debatten sind zu selten, zu kurz und häufig zu abstrakt. Wir ignorieren allerdings nicht die Gründe, die dazu führen, dass die Praxis einen enstprechenden Stand hat und solche Debatten ausbleiben. Militante Praxis ist mit einer Intensität an Repression konfrontiert, die in den letzten Jahrzehnten wieder zugenommen hat. Den polizeilichen Strategien gelingt es zuverlässig, das Niveau an Repression so hoch zu halten, dass die Angst vor Knüppel und Knast die Lust, Wut und Argumente zur Demontage des kapitalistischen Wohnungsmarkts überwiegen. Nicht zuletzt wurde der G20 genutzt, um allein linkes Denken und Sprechen an sich zu kriminalisieren und damit zu ersticken. Die Räumung der Friedel54 fiel zudem in eine Phase, in der eben die Ereignisse um die Rigaer94 und den 1. Mai nicht nur empowernd waren, sondern auch zu emotionalen und körperlichen Verletzungen geführt haben und damit zur teilweisen Lähmung von Handlungsfähigkeit. Vehementer Ungehorsam kann harte Folgen haben. Wir finden einen offenen Umgang damit wichtig. Es hilft uns nicht die schmerzhaften Seiten unserer Praxis zu verschweigen. Sie sind Teil unseres Alltags, sie werden uns im Laufe unseres Lebens treffen, und wir haben als politische Bewegung die Verantwortlichkeit, ihnen so zu begegnen, dass wir, wo immer möglich, versuchen ihr die Härten zu nehmen. Neben den individuellen und aktuellen Folgen der Repression ist unsere kollektive Praxis immer auch eingebettet in eine Geschichte. Diese Geschichte ist sowohl von Erfolgen und Errungenschaften als auch von Niederlagen und Verletzungen geprägt. Geschichte trägt Konflikte in sich und wir betreten diese Konfliktgeschichte an einem bestimmten, gegebenen Punkt. Unser Denkraum und unsere Praxis tragen in sich sowohl unsere Wünsche und Hoffnungen als auch die Limits, die diesen Hoffnungen seit jeher gewaltvoll entgegen gebracht wurden. Es ist Teil des Erfolges der Repression der vergangenen Jahrzehnte, dass wir unsere Militanz hinter Klandestinität kaschieren, dass unsere kollektive Reaktion am Morgen der Räumung der Friedel54 das passive Warten am Gitter war und nicht die spontane Besetzung des Rathauses Neukölln oder die wilde Aneignung des kommenden google-Campus in Kreuzberg. Unsere kollektiven Vorstellungen und Bewegungen tragen die alte Repression in sich. Sie tragen aber auch unsere aktuelle Reaktion darauf in sich. Diese Reaktionen wiederum sind eingebunden in die ideologische Repression des kapitalistischen Alltags. Uns wird der Mut zu weiteren Demokratisierungen nicht anerzogen, uns wird die Sehnsucht nach einer Gesellschaftsweise, die nicht unter dem Druck an Konkurrenz und Leistungszwang steht, aberkannt. In solch einem mentalen Setting emotionale Empathie und politische Solidarität aufzubauen, ist keine Selbstverständlichkeit sondern ein leider seltenes Glück. Angesichts dieser Widrigkeiten ist eine realistische Akzeptanz der eigenen Ohnmacht erforderlich. Wir fordern daher auch einen offensiven Umgang mit Ohnmachtserfahrungen und -gefühlen. Es gibt Situationen, in denen diese Ohnmacht übermächtig erscheint und bleibt. Wir können aber versuchen, Situationen zu schaffen, in denen Ohnmacht transformiert werden kann. Nicht in eine Macht, die wir nicht suchen und die wir realistischerweise nicht ergreifen werden. Sondern in eine aktive Handlungsweise, in der wir die Absolutheit der Ohnmacht reduzieren. Ohnmacht ist graduel und wir haben Einfluss auf sie. Es macht aber keinen Sinn, einerseits in jede Öffentlichkeitsarbeit eine Erfolgsstory zu packen und andererseits die Leute zum passiven Rumstehen zu mobilisieren. Auf der einen Seite sollten wir auch über das Reden, was nicht klappt, und zwar so, dass es einsichtig wird. Andererseits sollten wir an Aktionsbilder glauben können, in denen wir uns Handlungsfähigkeit zutrauen.

Unsere Situation verändern

Überlegungen dieser Art zielen auch auf die Weiterführung und Verbreitung der Diskussion zu out-of-action-Konzepten. Es geht um sponante Handlungsfähigkeit, die nicht durchorgansisiert ist und in der dennoch Gemeinsamkeit entsteht und sich ausdrückt. Im Erfolg solch einer Praxis legitimiert sich erst die tendenziell autonom-anarchistische Organisierungsweise, die selbstverwantwortliche und selbstaktive Praxis gegenüber einer klaren und verbindlichen Gesamtchoreographie bevorzugt. Gleichzeitig herrscht ein gewisses Vakuum was gemeinsame Erfahrungen und Reflexionen angeht. Sicher ist das durch die Repressionsangst beeinflusst, aber ohne gemeinsame Diskussion kein gemeinsames Lernen und keine Vermittlung. Rie Räumung der Friedel54 allerdings nur unter der Perspektive der eigenen Handlungsfähigkeit auf der Straße zu betrachten, ignoriert andere wichtige Praxisfelder, auf denen gearbeitet wurde. Ein Ersatzobjekt für die Friedel54 oder eine neue Besetzung werden nie nur durch militante Politik durchsetzbar sein. Gespräche und Verhandlungen gehören dazu und gehen Militanz im Konkreten oft voraus, so langweilig das klingt. Gerade aber die Versuche Zwangsräumungen zu verhindern, zeigen die enge Verbindung aus diskursivem und militantem Druck. Und Zwangsräumungen zeigen auch, wie linke Projekte und Alltagsleben mit der gleichen kapitalistischen Repression konfrontiert sind. Das Kontinuum reicht von uns als betroffenen Aktivist*innen oder

‚privaten' Personen bis hin zu Menschen wie Rosemarie F., die aufgrund der Zwangsräumung starb. Das Problem wird uns nicht verlassen, besser wir werden gemeinsam stärker. Sonst gehen wir nicht nur im Regen unter.

Anmerkungen:

[1] Was dieser Text unter Militanz versteht: Wenn die jeweils konkrete Ausformung ihrer Praxis beiseite gelassen wird, umfasst Militanz neben dem Ausstieg aus dem Gespräch vor allem die Bereitschaft, den eigenen Körper ins Spiel zu bringen. Vermittelt über diese Körperlichkeit wird dabei ein außergewöhnliches Maß an Radikalität und Entschlossenheit ausgedrückt: Die Grenze des politischen Kampfes überschreitet die körperliche Unversertheit, indem das Risiko von Gefangenschaft und physischen Verletzungen in Kauf genommen wird. Der eigene Körper wird zum Einsatz für die politische Idee. Dieser Aspekt der Militanz entspricht der individuell wahrgenommenen bzw. kollektiv geäußerten Besonderheit der Situation, es liegt die Wahrnehmung eines Ausnahmezustands zugrunde, dem gegenüber die eigene und die gegnerische Schonzeit vorbei und die sprachlichen Mittel der Konfliktlösung ausgeschöpft sind. Diese Zuspitzung ist Teil der indirekten Außenkommunikation von Militanz. Ob sie als solche angenommen wird, ist wie in jedem Falle von Kommunikation, nicht nur abhängig von den Ausübenden. Die bürgerliche Presse beispielsweise versteht linksradikale Militanz im Allgemeinen nicht als Hinweis auf eine besonders drastische Situation, sondern als ausnahmslos illegitime Tat, als Pathologie oder Verbrechen, jedenfalls als individuelle Verirrung.

[2] Pressespiegel zur Räumung: https://friedel54.noblogs.org/f54-gekundigt-notice-of-termination/presse/

[3] Dieser Punkt verdient eine gründlichere kritische Besprechung als in diesem Text geschehen. So wäre zu fragen, ob die Zögerlichkeit einer breiteren Militanz nicht schon dort beginnt, wo aufgrund von drohenden Schwierigkeiten die offensive Vertretung der eigenen (linksradikalen) Position vermieden wird. Kann ich aufgrund von Angst vor Widerspruch, Ausgrenzung oder Repression in der Bahn, auf der Arbeit, im Sportverein oder im Gericht schweigen, aber bei einer Zwangsräumung den Stein in die Hand nehmen? Wo fängt Militanz an und wo hört sie bereits auf?

[4] Statement der F54 zum Verhandlungs- und Distanzierungshickhack: https://friedel54.noblogs.org/post/2016/05/13/stellungnahme-des-kiezlade...

Antworten, Kritik, Kommentare an: 3tageregen@riseup.net

Autonome Gruppe 3 Tage Regen

Nicht jede Wolke erzeugt ein Gewitter

Oder warum Militanz kein beliebig abrufbares Mittel linker Kampagnen-Politik ist

Eine Antwort auf das Schreiben der Gruppe „3-Tage-Regen" zum Thema Militanz um die Friedel 54.

Unser Sommer war nicht ganz so verregnet. Neben vielen kleinen und größeren Projekten in der Stadt, bundesweit und international, stand das Jahr 2017 für uns im Zeichen des G20-Gipfels. Der zunehmend anklingende Unterton dieses Events wurde stärker und fand ein breites Echo. Es gab die unterschiedlichsten Einschätzungen und Erwartungen. Viel Arbeit wurde in das gesteckt, was sich später auszahlen sollte. Viele nächtliche Funken, die für uns in einer ganz besonderen Symphonie des Widerstands gipfelten.

Es schwang jedoch auch die drohende Räumung der Friedel54 mit. Kaum eine unserer Demos, Flugblätter, Plakate oder Communiqués stellte keinen Bezug dazu her. Auf verschiedensten Ebenen wurde sich Gedanken gemacht, geplant und zusammengefunden. Während die Verhandlungen mit Stadt und Eigentümer ein ums andere Mal scheiterten, gab es auch weniger formelle Treffen, die ihre Energie anders nutzen wollten. Es schien ein halbwegs harmonischer Kanon der Aktionsformen zu werden, bis zu dem Tag, an dem eine kleine Gruppe das Thema zum kippen brachte. Es wurde in einer Pressemitteilung dazu aufgerufen, „im Interesse der Hausgemeinschaft […] während der Verhandlungen von weiteren Aktionen abzusehen." Von Einzelnen aus dem Kiezladen wurde diese Distanzierung eine Woche später etwas relativiert[3]. Im 3-Tage-Regen-Text wird diese Distanzierung als „pragmatische Flexibilität in Bezug auf die Militanzfrage" erklärt. Das danach nicht wieder zu entfachende Engagement für die Friedel54 wird hier zum einen Teil historisch, zum anderen Teil identitär begründet und kritisiert.

Dieser Äußerung liegt für uns ein ganz offensichtlicher Unterschied zu Grunde, wie ihr Militanz definiert und vor allem lebt. Wir verstehen uns als Anarchist*innen und wollen dieser Darstellung aus einer militanten Sicht widersprechen.

Wo der Hund begraben liegt - der Militanzbegriff

Wir befürworten sicherlich so manche nächtliche Aktion. Sei es das ein oder andere Schaufenster, welches zu Bruch geht oder der Wagen einer berühmt-berüchtigten Sicherheitsfirma, der in Flammen steht. Dies ist aber schlicht nur ein Mittel einer militanten Auseinandersetzung. Eine Aktionsform neben vielen anderen. Der nicht zu vereinnahmende Ausdruck, welcher zugegebenermaßen in der Presse für mehr Aufsehen sorgt. Jedoch lässt sich die Wertigkeit der Handlung nicht an der Höhe des

resultierenden Sachschadens bemessen. Viel mehr sind wir bemüht, die Propaganda jeder Tat in unsere Haltung gegenüber dem herrschenden System einzubetten. Wie sehr finden wir uns selbst darin wieder? Wird die Linie der Ablehnung nach außen deutlich?

Im Vordergrund steht für uns nicht die Suche eines Ersatzobjektes im Falle einer Räumung. Auch dass die für euch militante Begleitmusik zur rechten Zeit in Verhandlungen einen höheren Druck ausübt ist praktisch, aber nicht unser Ziel.

Die Aktion sollte ein Ausdruck des militanten Widerstands sein, unserer Organisierung und Praxis. Wir sagen bewusst nicht Politik. Denn Politik ist genau das, was wir versuchen zu bekämpfen. Leider hört der Machtkampf nicht bei Politiker*innen auf, welchen sie in ihren Arenen der Parlamente gegeneinander ausfechten. Wir lehnen es ab, die Massen regieren oder leiten zu wollen, an Verhandlungstischen zu sitzen, Druckmittel einzusetzen, zu taktieren, zu fordern und zu hoffen. Auch die Hoffnung deligiert die Handlungsmöglichkeiten an andere weiter und lässt einen selbst in passiver Ohnmacht zurück.

Wir sehen einen Unterschied zwischen der politischen Handlung und dem Begriff der Politik. Ersteres beschreibt unmittelbar das Verhältnis zwischen Allem und Jedem. Es ist ein klares Bild, welches unser Miteinander definiert und in einen größeren Kontext setzt. Die winzigsten Details unseres Lebens sind politisch durchdrungen und eingeschlossen.

Die Politik hingegen ist abstrakter und will etwas übergeordnet regeln, eine Struktur schaffen, etwas planen. Diese formelle Organisation bildet das Einfallstor für die Hierarchie. Es wird kontrolliert, manövriert und sich gegenseitig manipuliert.

Wir wollen auch nicht nur„linksradikal“ sein. Links, gegenüber vom rechten Rand, dazwischen die gemäßigte demokratische Mitte. Wir lehnen ihr System, ihre Kategorien insgesamt ab.

So häufig reproduzieren wir eben diesen Machtkampf, wenn auch weniger professionell und mit ach so hohen moralischen Zielen. Diese erdrücken unter der Last der geschlossenen Kompromisse. Der militante Ausdruck ist für uns der radikale Bruch mit dem Bestehenden. Dieser ist nicht verhandelbar und orientiert sich nicht an dem von außen gesetzten juristischen Rahmen, sondern an den eigenen Utopien. Es wäre ein großes Missverständnis, wenn unsere Militanz als letzter hilfloser Akt verstanden werden würde. Ein abschließender Versuch, noch alles auf die letzten Meter in Schutt und Asche zu legen. Ganz im Gegenteil. Wir wollen nicht nur reagieren auf die Einschläge um uns herum. Unsere radikale Haltung soll nicht ihre Grenzen in der Verteidigung finden. Es braucht so viel Zeit, um unsere Freiräume in dem Bullenapparat nur zu erhalten. Und noch mehr Energie und Kreativität, den Kopf davon zu lösen und dem Leben eine eigene Form zu geben.Wir wollen uns lossagen von ihren gesellschaftlichen Werten und Normen. Eine Identität, die sich nicht misst an unserer geleisteten Arbeit und dem sozialen Status. Unsere Beziehungen zueinander wollen wir versuchen freizumachen von der anerzogenen Konkurrenz. Sicher, auch wenn es hundert mal unser Ziel ist, wir scheitern immer wieder daran. Zwei Schritte vor und einen zurück. Jedoch nichts liegt uns ferner nach außen hin die Kompromissbereitschaft zu propagandieren und mit dem Feind zu kollaborieren. Es gibt nichts zu besprechen. Wir stellen keine Forderungen. Wir erwarten nichts. Jeder Stimmzettel oder Eingeständnis an runden Tischen legitimiert im Weiteren die ungerechten Verhältnisse. Wir wollen lernen, die eigenen Strukturen für unseren Alltag zu schaffen und leben, nicht das Bestehende zu verbessern oder daraus etwas anderes abzuleiten.

Soweit die Theorie. Auch in eurem Text wird die Frage aufgeworfen, wie weit die Widerständigkeit in Richtung Kompromiss strapaziert werden kann, ohne sich selbst zu verraten. Es wäre von uns reichlich vermessen zu glauben, dass wir frei von Widersprüchen wären. Auch unsere Genoss*innen werden von Anwält*innen vor Gericht verteidigt. Auch die Kadterschmiede der R94 ist juristisch gegen die Räumung vorgegangen. Genau genommen legitimieren wir auch hier den Staat. Die hochgeschätzte Arbeit unserer Genoss*innen und Anwält*innen, die durch ihr Tun vor Gericht das jeweilige Leid der Repression schmälern, ist kaum wegzudenken. Und sei es auch einfach nur auf juristischer Ebene dieses Schweinesystem auf Trap zu halten oder kaum Vermeidbares hinauszuzögern. Nach unserem Verständnis müssen jedes Mal aufs Neue alle Facetten und Bedingungen in die Waagschale geworfen werden, um zu entscheiden, ob so ein Weg vertretbar ist. Dafür gibt es für uns zwei wesentliche Grundbedingungen. Zum einen muss so eine Entscheidung absolut transparent sowie nachvollziehbar sein und zur Diskussion stehen. Zum anderen kann zwar eine Verhandlung geführt werden, die Frage jedoch ist, ob uns diese Entscheidung vom eigentlichen Weg abbringt. Nach innen, nach außen, scheißegal. Der entscheidende Punkt ist letztendlich, ob die höheren Ziele, die eigenen Strategien und Lebensentwürfe sich diesen Verhandlungen unterordnen. Unser Vorwurf an die Friedel54 ist weniger die Verhandlung, wir haben sicherlich andere Einschätzungen über Verlauf und Erfolg davon gehabt. Doch absolut entsolidarisierend war die - zu Beginn sogar heimliche! - Distanzierung von Gewalt am runden Tisch. Die Distanzierung als Verhandlungsmasse nach außen zu akzeptieren, ließ uns mit Staunen zurück. Die wenig später folgende Relativierung dessen ließ wenigstens durchblicken, dass es aus einem Tumult von einem Haufen Scheiße entstanden ist und keine einheitliche Meinung widerspiegelte. Die Distanzierung als solche wurde halbherzig zurückgenommen, wenn auch weiterhin zum Gewaltverzicht aufgerufen. Der letzte Text „3 Tage Regen“ setzt diesem Vertrauensbruch natürlich noch die Krone auf. Hier wird aus der Not eine Tugend gemacht. Und plötzlich war es sogar eine politische Taktiererei, der Eigentümer sollte an der Nase herum geführt werden...

Aus uns spricht nicht die abgrundtiefe Arroganz. Wir sind uns bewusst über zumindest einen Teil unserer Unzulänglichkeiten. Auch habt ihr sicherlich recht damit, dass Militanz häufig identitäre und/oder profilneurotischen Züge haben kann. Dies ist unweigerlich eng mit der Gewalt verwoben. Leider mit jeder Form von Gewalt. Doch die Auseinandersetzungen um die Friedel54 als Beispiel dafür heranzuziehen, ist wohl ein denkbar schlechtes Argument.

Bis zu der vermeintlich taktischen Distanzierung gab es eine breite solidarische Basis. Auch viele militante Soli-Aktionen waren dabei und dauerten sogar bis zum Schluss noch an.

Viele dieser Menschen investieren große Teile ihrer Energie in aufständische Projekte. Riskieren ihre Haut dafür. Ihr glaubt es gibt eine taktische Distanzierung?

Die Friedel54 ist ein Projekt, welches uns nicht mehr aus dem Herzen gesprochen hat. Wir bleiben solidarisch, aber natürlich forcieren wir Kämpfe, in denen sich auch nach außen hin unsere Positionen wiederfinden. Einzelnen von den Verfassern der Distanzierung haben wir diesen Fehler verziehen. Unter hohem Druck kann halt Scheiße passieren. Aber dies mit pragmatischer Flexibilität zu begründen, grenzt an Polemik…

Klassisches Ziel einer Aufstandsbekämpfungsstrategie ist die Spaltung des Gegners. Ein wirklich erfolgreicher Tag geht für uns zu Ende, wenn all die unterschiedlichen emanzipativen Strömungen in gegenseitiger Akzeptanz zueinander ein Kampffeld bearbeitet haben: Ihr macht halt, was ihr für richtig haltet, finden wir nicht so wichtig, aber wir legen euch keine Steine in den Weg.

Über alle Maßen erfolgreich für die andere Seite war es immer dann, wenn sie es mal wieder geschafft hat, irgendeine*n selbsternannte*n Sprecher*in zur Distanzierung zu nötigen: Dieser Widerstand ist gut, dieser ist schlecht, es gibt nur den einen Weg und damit wollen wir nichts zu tun haben.

Spannend werden in der Regel Kämpfe nur, wenn all diese nörgeligen und widerspenstigen Aufrührer*innen aus ihren Löchern kommen und auf unterschiedlichste Art und Weise ein gemeinsames Ziel verfolgen.

Und auch dies hat eine Mobilisierung im Vorfeld in der Hand. Zumindest hat sie starken Einfluss. Ist eine militante Einbettung gewünscht, muss auch auf diese Weise mobilisiert werden. Dies lässt sich leider nicht nur durch ein leicht martialisch anmutendes Logo mit Totenkopf bewerkstelligen. Ganz so identitär sind die Militanten am Ende wohl doch nicht. Es geht ein wenig über ein fetziges T-Shirt-Logo hinaus. In langer Planung zu militantem Widerstand aufrufen wäre eine Möglichkeit. Internationale Bezugnahme auf andere militant geführte Kämpfe eine andere. Vielleicht - Entschuldigung, wir wollen euch 3-Tage-Regen-Crew nicht zu nahe treten - selber militante Aktionen am Tag X organisieren, anstatt sich zu wundern, dass nichts passiert. Stattdessen - zum hundersten mal - eine öffentliche Positionierung raushauen, die genau das Gegenteil vertritt? Was erwartet ihr denn?

Und das ist der Punkt, der uns endgültig zweifeln lässt, ob ihr euch allen ernstes mit einer militanten Haltung identifizieren könnt. Glaubt ihr die umkämpften Nächte von Liebig14 und Rigaer94 sind spontane Eruptionen? Oder dass rein zufällig Wochen oder sogar Monate lang Scheiben geklirrt, Autos gebrannt, tonnenweise Plakate geklebt und alle möglichen Veranstaltungen zum Thema „rebellische Kieze" stattgefunden haben? Dass der G20-Gipfel in Hamburg nur so gescheppert hat, weil das Wetter gut war? Das ist in den allermeisten Fällen lange, lange Planung. Und der kurze Moment der gewaltvollen Entladung ist nur das sichtbare Resultat. Zugegebenermaßen fabulieren wir auch von solchen Bildern in unseren intimsten Träumen. Aufstände, die Massen strömen auf die Straße und fegen das System in einem Zug von der Bühne. Aber die derzeitige Wirklichkeit holt uns allzu schnell zurück. Dass sich so viele Menschen vorher den Mund fusselig geredet haben, Gedanken überwarfen, neue Ideen suchten und letztendlich vielleicht einen kurzen Moment des Aufstands schufen, ist ganz scheinbar nicht eure Praxis.

Ist auch egal, es gibt so viele unterschiedliche Wege. In Ordnung. Aber bitte streicht die Militanten aus eurer Politik-Werkzeugkiste als eine sporadisch einzusetzende Ressource. Diese Menschen sind keine abrufbaren Dienstleister*innen, die Schichten zugeteilt bekommen. Und euer Text macht es immer wieder deutlich: für euch ist die Militanz nur der Esel, den man vor seinen links-politischen Kampagnen-Karren spannt. Druck aufbauen, wenn die „politische Lösung" nicht funktioniert hat und hoffen, dass die andere Seite einknickt.

Im 3-Tage-Regen-Text wird das Thema immer wieder auf einen Vergleich zwischen zwei Projekten herunter gebrochen. Das schmeckt uns nicht. Vielleicht macht es aber Sinn, den Unterschied zweier Strategien an diesem Beispiel deutlich zu machen. Die Rigaer94 ist nicht der große Abendstern an unserem nächtlichen Revolutionshimmel, dem wir bedingungslos folgen. Nicht alles was in diesem Haus oder Kiez passiert, lassen wir unhinterfragt stehen. Auch verändert sich natürlich die Rigaer94 mit den Bewohner*innen. Klar, es war nicht immer genau dieses Kollektiv. Alles verändert sich.

Neben dem offensichtlichen Militanzbezug dieses Hauses sehen wir dort aber auch andere Gründe für die große solidarische Reaktion auf Razzien und andere Repression.

Es wird immer wieder betont, dass es nicht um diese paar Mauern als solche geht. Es ist nicht die Bausubstanz, die verteidigt wird, sondern die Ideen, die dahinter stecken. Darüber hinaus werden alle Kämpfe in der Nachbarschaft intensiv miteinbezogen. Luxussanierungen und ein Neubauprojekt der CG-Gruppe sind nur einen Steinwurf vom Haus entfernt.

Es wird also klar, den Menschen geht es am Ende nicht um den bedingungslosen Selbsterhalt, sondern um viel mehr. Die gewollte Eskalation nimmt durchaus in Kauf, dass der Spuk in absehbarer Zeit ein Ende hat. Doch bis dahin werden sich immer mehr Menschen finden, die sich auch in den nächsten Kämpfen wieder zusammentun werden.

Der Vergleich ist im Grunde abstrus. Zwei Projekte mit sehr unterschiedlichen Ideen. Im Falle der Friedel54 handelte es sich vorrangig um eine Hausgemeinschaft, die ihr persöhnliches Recht auf Wohnen verteidigt hat. Recht und billig. Auch war der Kiezladen unten im Haus ein Teil der Auseinandersetzung. Dies war ein wichtiger sozialer und politischer Raum in der Nachbarschaft, jedoch alles in allem mit überwiegendem Selbstbezug. Es ist sicherlich ein streitbarer, qualitativer Vergleich. Uns klingen jetzt schon die protestierenden Stimmen in den Ohren, die all die unterschiedlichen Gruppen aufzählen, welche in der Friedel54 aktiv waren. Wie gesagt, wir schätzen die dort stattgefundene Arbeit. Von der Vokü bis zu irgendeinem anarchistischen Stammtisch und bei so mancher Veranstaltung saßen wir genauso unter den Besucher*innen. Das ganze Haus hielten wir für verteidigungswert, jeden Teil aus den unterschiedlichsten Gründen. Nur wenn wir uns schon auf einen Vergleich zwischen zwei Projekten und dem aufkommenden Widerstand einlassen wollen, dann müssen wir auch die vielfältigen Gründe und Entwicklungen miteinbeziehen. Und diese sind an einigen Punkten grundverschieden.

Am Ende geht es uns nicht um eine Abrechnung mit der Friedel54. Der 3-Tage-Regen-Text verzerrt unserer Ansicht nach die Geschehnisse. Beim wiederholten lesen sträubten sich uns zunehmend die Haare. Wer in welchem Schreiben nun gerade als Kollektiv, Nutzer*in oder allgemeines Umfeld spricht, ist egal. Das ist undurchsichtig und auch gut so. Es gab anfänglich eine Pressemitteilung, die sich distanziert hat von einzelnen Widerstands- und Aktionsformen. Kurz darauf wurde in einer Stellungnahme des Kiezladens inhaltlich diese Aufforderung relativiert, jedoch praktisch so stehen gelassen. Letzten Dezember hat der 3-Tage-Regen-Text sich an einer Aufarbeitung des Sommers und der Räumung versucht.

Wir versuchen hier die Gelegenheit zu nutzen, ein alt bekanntes Dilemma anzusprechen. Militanz ist nicht nur ein schwarzer Mob, der einen Bullenwagen angeht. Vielmehr sehen wir dahinter die Haltung, sich klar abgrenzen zu wollen und unversöhnlich zu kämpfen in jedem Bereich unseres Lebens. Militante Aktionsformen brauchen in aller Regel viel Zeit und Energie. Es ist wichtig diese inhaltlich breit einzubetten, um eine Vermittelbarkeit zu erreichen. Naturgemäß ist allein der zeitintensive Sicherheitsaspekt gegenüber dem Staat und seinen Bütteln. Nennen wir uns auch liebevoll und anerkennend „Chaotinnen", entspricht das ganz sicher nicht der angestrebten Qualität unserer Praxis. Der Freitagabend in Hamburg zu Zeiten des G20-Gipfels ist zwar ein seltenes Beispiel, leider aber noch nicht die alltägliche Realität. Der Aufstand lässt sich nicht von einigen Wenigen planen und vom Zaun brechen. Sehr wohl brauchen wir aber eine fundierte Organisierung.

Am Ende ist es uns besonders wichtig uns unsere Ideale immer wieder vor Augen zu führen ohne aber in Dogmatismus zu verfallen, um dann in Diskussionen aufs Neue auszuhandeln wo wir stehen und wie wir kämpfen wollen.

Unser Beitrag zu der Diskussion hat selbstverständlich nicht den Anspruch für alle Militanten zu sprechen. Weder hegen wir die Definitionshoheit des Militanzbegriffs, noch können wir unsere Vergangenheit als allgemein gültig erklären. Es ist lediglich ein Versuch ein etwas facettenreicheres Bild zu schaffen.

Gruppe Heiter bis Wolkig Südost

Einige beispielhafte militante Soli-Aktionen von jemandem auf de.Indymedia.org zusammen getragen:

Berlin, 29. Juni 2017 - Scheiben bei 7 Autos beschädigt - „haben wir in Solidaritaet mit der Friedel54 ein Luxusghetto aufgesucht und 7 Autos der Anwohner/innen beschädigt"

Berlin, 20. Juni 2017 - Glasbruch bei Immobilienunternehmen „Berlin Maegleren" - „Eine Million Sachschaden ist lange nicht genug um alle Rechnungen zu begleichen! Wir haben dazu den Schritt in ihr wohl behütetes Wohnzimmer gewagt und in der Nacht vom 19. auf den 20. mit Hämmern die Scheiben des Immobilienbüros ¨Berlin Maegleren¨ eingekloppt"

Berlin, 12. Juni 2017 - Steine gegen Polizeistreife - „getrieben vom Hass auf diesen Staat und voller Verachtung gegen die Bullen die ihn schützen, streifen wir durch die Nacht, umsichtig und in aller Ruhe beziehen wir Stellung in unserem vorbereiteten Hinterhalt und… da kommt es auch schon…" ... „Friedel 54 Bleibt! Für die Anarchie!"

Berlin, 28. Mai 2017 - Zwei Transporter der Richter Media Group abgefackelt - „Als Zeichen, dass sich in dieser Stadt noch Leben befindet, haben wir zwei ihrer Transporter abgefackelt." „Friedel und Rigaer verteidigen, mit allen Mitteln, auf allen Ebenen!"

Berlin, 24. Mai 2017 - Sachschaden bei STRABAG-Baustellen - „Bereitet euere nächtlichen einsätze vor, um auch für die friedel54 am tagx zu kämpfen. Nutzt das ganze stadtgebiet, um das trauma der bullen in sachen häuserräumung aufzufrischen."

Dresden, 30. April 2017 - Maserati abgefackelt - „Für eine revolutionäre Gesellschaft, auch über den ersten Mai hinaus. Solidarität mit der Friedel 54 und allen Menschen welche von Gentrifizierung betroffen sind!"

Berlin, 28. April 2017 - Farbe gegen Fantastic Foxhole Hostel - „haben wir – Freund*Innen des räumungsbedrohten Kiezladens Friedel54 – als kleinen Beitrag zu den „Friedel-Action Days" das Fantastic Foxhole Hostel in der

Weserstraße 207 mit friedel-grünen Farbbeuteln angegriffen."

Berlin, 26. April 2017 - Feuer an Denn`s-Supermarkt gelegt - „Auf rebellische nachbarschaften und den kampf gegen diese zustände. Solidarische grüße an die bedrohten projekte friedel 54 und rigaer 94."

Dresden, 24. April 2017 - Farbe gegen Luxusbauten - „In Solidarität mit dem Kampf der Friedel 54 in Berlin-Neukölln haben wir mehrere Luxus-Immobilien mit Farbe angegriffen."

Berlin, 4. April 2017 - Farbe für Ferienwohnungsbesitzerin - „So ist z.B. seit dem 01.04.2017 die Friedel 54 erneut akut räumungsbedroht. Bereitet euch auf eine anstehende Räumung vor! Friedel bleibt!"

Berlin, 28. März 2017 - Bitumen und Buttersäure für Hausverwaltung Secura - „Friedel bleibt, ebenso die Kadterschmiede und alle anderen Projekte und Individuen, die von Zwangsräumung oder anderen Existenzbedrohungen betroffen sind!!"

Berlin, 14. Juli 2016 - Farbe gegen Ferienwohnungsvermieterin - „Bullenschweine raus aus der rigaer haende weg vom m99 kanal und friedel bleiben henkel muss weg"

Berlin, 28. Juni 2016 - Attacken gegen Jobcenter und Immobüro - „finger weg von der rigaer94! m99 und friedel54 verteidigen!"

Hamburg, 23. Juni 2016 - Porsche abgefackelt - „Ob Luftschlossfabrik, koZe, Friedel 54 oder der Angriff auf die Rigaer 94 am 22.06.16 – ueberall wird uns von denen, die glauben ueber uns zu herrschen, der Krieg erklaert."

Berlin, 26. Februar 2016 - Mollis und Farbe gegen Bundeskriminalamt - „Solidarität mit der Friedel54, Rigaer94, M99 und allen bedrohten Projekten! Die ganze Welt hasst die Polizei!"

Berlin, 23. Februar 2016 - Scheiben von Loft eingeworfen - „Wir zogen loß um unsere Liebe mit der Rigaer94 und allen anderen bedrohten Projekten – Friedel54, M99, Köpi Wagenplatz, Schwarzer Kanal – kundzutun."

Berlin, 6. Februar 2016 - Sachbeschädigungen in Neubaugebiet - „Bezug nehmen wir mit dem Verbrennen überflüssiger Luxusautos, der Zerstörung einer Überwachungskamera und dem Einwerfen der Schaufenster auf den Aufruf Autonomer Gruppen vom 21. Januar, einen Sachschaden von 1 Millionen Euro für jeden Angriff auf Projekte in Berlin zu stiften." „Wer an der Repressionsschraube dreht, bohrt sie sich nur selbst ins eigene Fleisch, daran sollten diejenigen denken, die an einer Räumung der Friedel 54 und des M99 arbeiten."

Berlin, 26. Januar 2016 - Transporter von Immobilienfirma angezündet - „Für eins, zwei, drei – viele ZAD-Dorfplätze in Berlin! Friedel 54 & M99 bleiben!"

Berlin, 21. Januar 2016 - Zwei Prsche abgefackelt - „Die Friedel 54 ist von Räumung bedroht, genauso der M99 und der Köpi Wagenplatz. In den vergangenen Tagen wurden Häuser in der Rigaer und Liebigstraße von den Bullen angegriffen."

Der Umbau der Städte

1. Es wird gebaut

Die letzte Bundesregierung berechnete einen Bedarf von 350.000 neuen Wohnungen, die pro Jahr gebaut werden müssten. Zwar wurde diese Zielmarke nicht erreicht, sondern bleib in den vergangenen Jahren immer unter 300.00 neugebauten Wohnungen, dennoch belegen die Zahlen, was auch im bloßen Augenschein so wirkt: Es wird gebaut. Rein optisch ist es einfach, die Neubauten zu identifizieren, folgen sie doch alle einer ähnlichen Architektur, eine meist schlichte Kastenform, mal mit schmalen Fenstern an der Frontseite, dafür Panoramafenster nach hinten, ganz so, als wolle man sich nach außen abgrenzen und nach innen öffnen, mal mit dem Panoramafenster vorn, welches den Vorbeilaufenden einen Blick auf das Innere erlaubt. Wer's hat, mag's zeigen.

Ob es sich bei diesem modernen Auswürfen menschlichen Gestaltungswillen um schöne Gebäude handelt, sei einmal dahingestellt und für's erste in die Sphäre des Geschmacks verbannt. Was sich jedoch ganz objektiv feststellen lässt, sind zwei Bedingungen, welche beim Neubau berücksichtigt werden. Auf der einen Seite müssen die Wohnungen bestimmte staatliche Anforderungen erfüllen, wie etwa Anforderungen der Energieeffizienz, wie auch diverse bauliche Sicherheitsbestimmungen, was die Kosten natürlich nach oben treibt, auf der anderen Seite möchten diejenigen die Bauen, so günstig bauen, wie es geht, das bedeutet, Materialien müssen billig eingekauft, sowie die Bauzeit soweit es geht nach unten gedrückt werden. Es wird sich im allgemeinen an den untersten Baukosten orientiert, um das geforderte Mindestmaß an staatlichen Baubestimmungen zu erfüllen. Herauskommen eben jene Kästen, die bundesweit aus den Boden schießen und die alles in allem Billigbauten bleiben.

2. Es wird nicht für alle gebaut

Trotz der emsigen Bautätigkeit kann, gerade in den Ballunsgzentren, der Bedarf an neuem Wohnraum nicht gedeckt werden. Und überall da, wo der Bedarf größer ist als das Angebot, steigt der Preis. Allein aus diesem Umstand ergibt sich, dass gerade in attraktiven Wohngegenden, wo auch entsprechend gerne gebaut wird,

Menschen, die sich höhere Mieten leisten können, bevorzugt werden gegenüber Leuten, die auf günstige Mieten angewiesen sind. Und noch ein weiterer Faktor kommt hinzu: Neugebauter Wohnraum will rentabel vermietet werden, sonst macht er für alle, die damit Geld verdienen wollen, und das sind die meisten derer, die in der Baubranche tätig sind, keinen Sinn. Doch ergibt sich aus den Baubestimmungen, den für interessante Lage steigenden Grundtsückspreisen und den daraus resultierenden Mindestbaukosten gar kein brauchbares Konzept, welches es sinnvoll erscheinen lässt, Wohnungen mit niedrigem Mietpreis zu bauen. Beispielsweise in Frankfurt am Main folgte aus diesem Umstand, dass sich neugebaute Wohnungen in den zentralen Lagen nicht mehr für einen Quadratmeterpreis unter 11,-€ sinnvoll vermieten ließen. Für die Baufirmen ist das kein Problem, weil es einen weiterhin fortlaufenden Umzugstrend in die Ballungszentren gibt und weil sich eine notgedrungen wachsende Bereitschaft zeigt, immer größere Teile seines Einkommens für attraktiven Wohnraum auszugeben. Dass in dieser Situation auch die Preise für alten Wohnraum steigen, kann kaum überraschen. Sie bauen, so lange es Menschen gibt, die bereit sind zu zahlen. Sie bauen jedoch nicht für alle, sondern vor allem für die Wohlhabenden. Dass mit Harz4 oder einem geringen Einkommen der Einzug in eine Neubauwohnung nicht mehr machbar ist, ist mehr als augenscheinlich.

3. Es wird umgebaut

Gerade in populären Städten wird der Zuzug und Umzug für arme Menschen immer schwieriger und dieser Prozess wird durch den derzeit laufenden Neubau nur noch verstärkt: Neugebauter Wohnraum ist zu teuer für arme Menschen und bestehende Wohnraum wird zu teuer, oder ist bereits zu teuer geworden. Neubau ist also nicht nur Neubau, sondern auch Umbau, und zwar bezogen auf die Sozialstruktur ganzer Viertel und Städte. Arme Menschen werden aus den Ballungszentren quasi herausgebaut. Vorher mag noch das eintreten, was von Analyst_innen „Lock-In-Effekt" genannt wird. Das bedeutet, dass jemand noch eine Mietwohnung hat, die sich aufgrund eines alten Vertrages bezahlen lässt, dass aber bereits im Umfeld die Mieten für Neuvermietungen so weit nach oben gegangen sind, dass ein Umzug nicht mehr finanzierbar, die Mieter_in also in ihrer Wohnung „eingeschlossen" ist. Doch ist das nur eine Phase. Sie wird beendet durch die Möglichkeit der Vermieter, die Miete an den Mietspiegel anzupassen, was auf kurz oder lang dazu führen wird, dass der Mensch, der in einer noch günstigen Wohnung wohnt, sich seine Miete ebenfalls nicht mehr leisten kann, wie auch, dass wenn der Mensch wegzieht, aus welchem Grund auch immer, dieser Moment genutzt werden kann, die Miete deutlich anzuheben. Auch die sogenannte Mietpreisbremse der letzten Bundesregierung lässt hierfür etliche Möglichkeiten offen. Neubau und Sanierung sind immer auch sozialer Umbau.

4. ... und du bist raus

Diese Prozesse sind vermutlich für viele, die sich mit dem Wohnen selbst schon beschäftigt haben, weil sie es mussten oder einfach aus Interesse, nicht neu. Doch auch wenn der Prozess nicht neu ist, so ist doch neu, was sich als gesellschaftliches Verhältnis konkret daraus entwickelt. Dieses war und ist zwar absehbar, doch ist es ein Unterschied, ob etwas absehbar und somit erst einmal abstrakt bleibt, oder ob es sich konkret auswirkt und die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert. Die Folgen des sozialen Umbaus der Städte werden nach und nach ebenso greifbar, wie sie durch die Kastenneubauten sichtbar werden. Zum einen steigt die Wohnungs- und Obdachlosigkeit und zwar rasant: So waren 2016 circa 860.000 Menschen ohne Wohnung, was seit 2014 mehr als eine Verdopplung bedeutet, für 2018 wird geschätzt, dass mittlerweile 1,2 Millionen Menschen keine eigene Bleibe mehr haben. Betroffen sind dabei in zunehmenden Maße auch ganze Familien, die ihre Wohnung verlieren und dann zu Verwandten, Bekannten oder auf die Straße ziehen.

Eine andere Auswirkung ist es, dass Städte und Kommunen nach neuen Möglichkeiten suchen, wo Menschen ohne Wohnung untergebracht werden können. Ideengebend hat sich hier die Unterbringung nach Deutschland geflüchteter Menschen gezeigt, die im Laufe der „Flüchtlingskrise" 2016 mehr und mehr in Containerdörfern untergebracht wurden. So entschied sich die Stadt Bonn im Herbst 2016 einen freien Wohncontainer für ein Ehepaar zu nutzen, welches in der gesamten Stadt keinen Wohnraum mehr fand, nachdem sie ihre alte Wohnung aufgrund steigender Miete hatten verlassen müssen. In Lüneburg nutzte die Stadt freiwerdende Container, um dort günstige Student_innenwohnungen einzurichten.

5. Was kommen kann

Auch bezüglich des Wohnens lässt sich die Zukunft nicht voraussagen. Gerade bezüglich des Immobilienhandels wird immer wieder von einer möglichen Blase gesprochen. Falls eine solche Blase platzen würde, sind die Folgen nicht absehbar. Dass sich die Situation armer und verarmender Menschen dadurch verbessert, scheint zunächst jedoch wenig wahrscheinlich. Zu vermuten ist, dass der Kampf gegen die Armut als Kampf gegen die Armen eher befeuert werden würde. Denn dass es Armut gibt und das diese eher zu- als abnimmt, ist im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen (auch wenn es immer wieder Stimmen gibt, die das Gegenteil behaupten), führt jedoch zu nichts Gutem. Vielmehr scheint in der Gesellschaft das Interesse, die Hässlichkeit des Lebens, und dazu gehört eben auch die Armut, nach dem Motto aus den Augen aus dem Sinn, aus bestimmten Teilen der Gesellschaft hinauszudrängen und diese Teile mit hochgerüsteter Technik zu verteidigen. Was heutzutage noch als Gated Community relativ kleine Bereiche abschottet, deutet sich perspektivisch für ganze Stadtteile oder sogar Städte an, in welchen die Reichen und Schönen in einer smarten Luxuswelt leben, immer in der Angst vor dem sozialen und wirtschaftlichen Abstieg, welcher sich dann in der Verbannung in den Bereich jenseits des Gates

äußert. Dass es für den Aufenthalt in den Bereichen des Wohlstands nicht nur einer ökonomischen Basis, sondern auch eines wohlgeformten sozialen Verhaltens bedarf, zu denen neuerdings auch das Verleihen, Teilen und Verschenken gehört, wie auch ein stetiges Bemühen und Kontrollieren freundlicher Umgangsformen, ist in den Hip-Vierteln der Großstädte zu beobachten. Die Kontrolle des Verhaltens bekommt dabei Auftrieb durch die moderne Technik, welche durch Kameraüberwachung das Verhalten als sozial adäquat oder verdächtig bewertet.

Ein Aufstieg aus einem zukünftigen Armutsviertel in eines der smarten, hippen und schönen Viertel dürfte mit fortschreitender Zeit beim Ausbleiben gesellschaftlicher Großumbrüche immer unwahrscheinlicher werden. Welchen Weg es zum Aufstieg gibt, scheint die Gesellschaft schon jetzt vorzubereiten: Den Weg, durch Selbsterniedrigung zum Amüsement der anderen beizutragen. Die Verdichtung des Umstandes sozialen Aufstiegt durch Selbstpreisgabe für die Unterhaltung anderer zu erwirken, zeigen jetzt schon die zahlreichen Fernsehformate an, in welchen hoffnungslose Gestalten allerlei Erniedrigungen über sich ergehen lassen, und die auf schauerliche Weise an die Arenaspiele der Antike erinnern. Dass ein gesellschaftliches Erahnen einer solchen Zukunft vorhanden ist, zeigt sich nicht zuletzt in der Popularität moderner Dystopien, in denen die Motive vom isolierten Ultrawohlstands gegenüber weiten Teilen des Elends auftauchen.

6. Synergien

Die Wohnsituation ist kein isoliertes Phänomen, auch wenn sie hier weitestgehend als solches betrachtet wurde. Vielmehr ist es so, dass sich die hier geschilderten Prozesse durch anderweitige Entwicklungen bedingen. Der Wunsch, das Elend aus dem eigenen Wohn- und Lebensumfeld herauszubauen, kann nur zustande kommen, wenn es überhaupt Elend gibt, und steigt in dem Maße, wie das Elend. Eine umfassende Analyse kann hier nicht geleistet werden, doch sei kurz angedeutet, in welchem Maße die Isolation der Wohlständigen in schönen Gegenden durch andere Entwicklungen befeuert wird: Wir haben auf der einen Seite eine stetig wachsende Weltbevölkerung, die wohl bald die 8 Milliarden Marke nehmen wird. Wir haben des Weiteren eine immer mehr Ressourcen verschlingende Weltordnung, die zu einer Verwüstung (Im Wort- und im übertragenen Sinne) der Welt führt, und einer schwindeden Möglichkeit, die Erde zu bewohnen. Der Klimawandel trägt ebenfalls massiv dazu bei, dass sich die Weltkarte neu gestaltet: Perspektivisch ist mit noch größeren „Fluchtbewegungen“ zu rechnen als bisher. Daneben besitzen immer weniger Menschen immer mehr des weltweiten Wohlstandes. Unter diesen Bedingungen ist es moralisch gesehen kaum Vertretbar, sein Leben im Wohlstand weiterzuführen als wäre nichts. Sich vom Elend zu isolieren hat für diejenigen, die davon profitieren, damit auch noch eine psychologische Motivation.

7. Für die Praxis

Einmal mehr stellt sich die Frage, ob es eine sinnvolle Praxis geben kann, sich mit diesem Themengebiet zu beschäftigen, wie es in etwa in den Stadt für Alle oder Zwangsräumung-Verhindern-Kampagnen stattfindet. Diese Frage kann hier nicht beantwortet werden, doch war es zumindest nicht anliegen dieses Textes, auf eine solche Kampagne hinzuarbeiten. In einem Teilbereich der problematischen Gesamtlage einen relevanten Fortschritt zu erzielen, scheint schlichtweg die Zeit zu fehlen, mal ganz von der Frage abgesehen, ob ein solches Stemmen gegen die gesellschaftliche Transformation überhaupt gelingen kann.

Sicher ist: Die Wohnsituation und der Umbau der Städte ist nur ein Teil des Niedergangs der bisherigen Gesellschaftsordnung, und zwar in einem Sinne, wie wir ihn uns nicht wünschen. Die Synergie der Zerfallserscheinungen ist kaum fassbar. Demgegenüber scheint es vielmehr wichtig, zu begreifen, dass ein gutes Ende nicht in Sicht ist.

Nur die Revolution kann uns noch retten.

anonym

Neues von Amazon und Google

Amazon wird Bank, Amazon wird Apotheke und Amazon wird Krankenkasse. In allen Branchen, denen sich Amazon zuwendet, verändert Jeff Bezos nicht nur die Konfiguration der „Mitspieler“ sondern die Spielregeln. Von Google kennen wir das bereits. Die beiden größten Player der Techindustrie begnügen sich nicht mit dem Sammeln und Weiterverkaufen von gigantischen Datenmengen – sie nutzen jegliche Möglichkeiten der Inwertsetzung selbst. Und das heißt – kein Lebensbreich wird von ihrer Einflussnahme ausgespart. Alles soll früher oder später in ihre Abhängigkeitsbereich fallen.

Bei Google und Amazon kreuzen sich zentrale Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus, aber auch des Widerstands gegen sie. Amazons und Googles Zukunftsvisionen beeinflussen bereits jetzt unser gesamtes Leben. Ähnlich wie der Fordismus nicht nur die Arbeit am Fließband in Einzelprozesse zerhackt und unter den Gesichtspunkten, der Optimierung neu zusammengesetzt hat, findet mit dem „digitalen Taylorismus“ wieder eine Arbeitsreorganisation mit Auswirkungen auf die Produktion und Zirkulation bis hin zu einer menschenfeindlichen Neugestaltung von Lebensweisen und des Konsum- und Freizeitverhaltens statt. Amazon und Google wollen unsere Arbeitsnormen und Lebensgewohnheiten in Gänze umstrukturieren: Der Mensch als umfänglich verwert- Ressource: Kund*in, Arbeitnehmer*in und Datenspender*in. Die die Gentrifizierung Kreuzbergs durch den Google Campus passt sich in

dieses Programm der Tech-Firmen ein. In der Vision einer „Smart City“ träumen Google, Orakle von Bewohnern als permanenten Datenspendern. Doch gleichzeitig mit der Transformierung der Bürger in Google-Bewohner werden mit der Schaffung von Googles digitalen Privatstädten, die Nutzung öffentlicher Güter und Dienste vom guten Willen eines Konzerns nach und nach abhängig werden. Stadtpolitischen Themen wie: Obdachlosigkeit, Gentrifizierung, Ungleichheit, spielen in Amazons oder Google Visionen keine Rolle, wer nicht zahlen kann wird ausgesondert werden.

Schon heute beginnen sich die Linien der Widerstände, gegen den „digitalen Kapitalismus“, zu kreuzen. Hacker-Grupppen, die die Netze der Big Five angreifen, Stadtteilgruppen, die die Verdrängung aus ihren Wohnquartieren für Luxusbauten der Tech-Firmen und ihrer Führungsmannschaften nicht hinnehmen, Arbeiterinnen und Arbeiter, die für kollektive Interessenvertretungen streiken, alle eint, dass sie ein Wörtchen bei der Ausgestaltung unsere Zukunft mitreden wollen. Sie alle eint, dass sie eben nicht nur Kundinnen, Datenspenderinnen, vermessbare und verwertbare Arbeitsnomaden der Big Five sein wollen. Autonomie über das eigene Leben, statt Reduktion auf einen bloßen Objektstatus, auf diesen Nenner können die Linien der Widerstände gebracht werden

Und der nächste Termin steht schon, wo unsere Widerstände ein sichtbares Zeichen einer anderen Zukunft sein können. Am 24. April 2018 veranstaltet der Axel-Springer-Verlag in Berlin-Kreuzberg eine Sause der besonderen Art. Zu Gast ist der mittlerweile reichste Mann der Welt, Jeff Bezos, Eigentümer des international agierenden Onlinehandelskonzern Amazon, der an diesem Tag den Springer-Preis für sein „visionäres Geschäftsmodell“ erhalten wird. Die Party im Springer Hochhaus ist eine rechtfertigende Inszenierung für die Zurichtungen des digitalen Kapitalismus im allegemeinen und Amazons Ausbeutungs- und Überwachungsstrategien im Besonderen. Lasst uns daher diese Show nicht ohne Widerspruch über die Bühne gehen, bereiten wir Jeff Bezos und der Springer Presse eine antikapitalistische Überraschung der besondern Art!.

Berlin, 24. April 2018 - Award Crashers United!
Der Preisverleihung an Jeff Bezos und Amazons Zukunftsvision entgegentreten!

Auch in den USA regt sich Widerstand gegen den Konzern, der auf der Suche nach einem zweiten Headquarter ist. Aus Atlanta erreicht uns folgendes Schreiben:

Gegen ein zweites Headquarter von Amazon

Wenn Du es endlich geschafft hast, Dich durch den Verkehr zu kämpfen und in Deiner Wohnung gelandet bist, ist Deine Mitbewohnerin bereits seit einigen Stunden im Netflixrausch. Du willst Ihr erzählen, wie Dein Tag so war, aber sie ist offenbar schon mit sich selbst beschäftigt. Trotzdem hast Du das Bedürfnis nach irgendeiner Art von Kommunikation.

„Alexa, spiel mir etwas Entspannungsmusik.“

Du lässt Dich in Deine lernende Schaumstoffmatratze sinken und denkst an alles, was Du gerne hättest, all die kleinen Projekte, die Du angehen willst, zu denen Du aber nie kommst, weil Dir die Energie und die Zeit dazu fehlen. Wenn Deine Aquarellfarben nicht so mies wären, hättest Du vielleicht mehr Lust zu malen.

„Alexa, bestell mir einen neuen Aquarellmalkasten.“

“Okay. Wie wäre es mit diesen hier…?”

Amazon erfüllt Dir alle Deine Wünsche. Zum Glück macht Amazon das Leben leicht: klicken, bestätigen, Problem gelöst. Amazon erinnert Dich nicht nur an die Dinge, die Du vergessen hast zu besorgen, sondern stellt Dir auch Produkte vor, von denen Du nicht wusstest, dass Du sie willst. Es gibt sogar einen Laden in Seattle, der Dir nerviges Anstehen und krampfige Gespräche mit Kassieren erspart.

Allerdings liegt in der Vereinfachung von allem auch etwas Beunruhigendes; das Geschäftsmodell einer Firma, die alles schluckt, ist irgendwie auch suspekt. Du hast mitangesehen, wie Dein Lieblingsbioladen vor Ort von Whole Foods aufgekauft wurde, nur um dann verwirrt zuzugucken, wie Whole Foods von Amazon übernommen wurde. Dann war da noch diese Amazon Werbung, wo wir um unsere Hausschlüssel gebeten wurden, damit Pakete direkt ins Haus geliefert werden konnten. Als diese Idee dann doch etwas zu unheimlich erschien, versuchten sie uns mit der Installation von Überwachungskameras zu beruhigen, die mit einem Live-Stream über eine App direkt mit unseren Smartphones verbunden sein würden.

Amazon zieht es vor die konkreten Abläufe zu verstecken – die Realität in Form öder Reihen von Mega-Lagerhallen und Zulieferer-Farmen in der wirklichen Welt – um als eine wohltätige, unsichtbare Kuscheldecke zu erscheinen. Aber dieses Jahr brauchen sie einen Ort um eine neue Hauptgeschäftsstelle – HQ2 – zu errichten. Die Veröffentlichung der finalen zwanzig konkurrierenden Städte hat die Gestalt eines Todesspiels aus der „Die Tribute von Panem“ Romantrilogie angenommen, wo Stadtverwaltungen und Makler sich abstrampeln, ganze Stadtbezirke freiwillig auf dem Altar zu opfern. Überall im Land streiten sich Städte, wer sich für die größten Steuererleichterungen bereitstellt oder die interessantesten Stadterneuerungspläne vorlegen kann, um die Unterbringung zu und den Transport der 50.000 technischen Arbeitskräfte zu sichern, die HQ2 mitbringen würde.

Als Bewohner Atlantas sehen wir, was wirklich gespielt wird: ein wilder Mietpreisanstieg, noch mehr Straßenverstopfung und demnächst auch noch Lieferdrohnen, die über unseren Köpfen brummen. Das Einströmen tausender sozial isolierter Techniker wird die kulturelle Lebendigkeit beschädigen, und people of colour und die arme Arbeiterschicht werden aus dem Umkreis verdrängt werden. Für die, die es schaffen, in der Stadt zu bleiben, wird es wird ein paar mehr befristete und zuschlagsfreie „Jobs" in Lagern geben, wo die Arbetier wie die Roboter, durch die sie bald ersetzt werden, behandelt werden. Der Bürgermeister wird dem Unternehmenschef Lord Jeff Bezos krönen, und das Amazon Imperium wird nicht nur expandieren, um das ganze Internet zu annektieren, sondern auch die Viertel und Gemeinden, in denen wir aufgewachsen sind.

Die Visionäre der Cloud träumen von einer Welt, in der ungelernte Arbeit durch Roboter ersetzt wird, ein universelles Grundeinkommen die Armen in Schach hält, und Smart Cities der Lebensarbeitsspielplatz der Neureichen wird. Von unserem geerdeten Standpunkt aus betrachtet sehen wir nur einen Alptraum, in dem alle Daten transparent sind, alle Bewegungen überwacht werden, und unser Zugang zur Wirtschaft direkt proportional ist zum Anteil persönlicher Freiheit, die wir aufzugeben bereit sind.

Folglich würden wir gerne eine einfaches Statement machen, von dem wir hoffen, dass Ihr ihm zustimmt: Nein, wir wollen Amazon nicht hier. Tatsächlich wollen wir Amazon nirgendwo. Wir glauben, dass Leute in Atlanta und Leute mit Gewissen im ganzen Land sich gegen HQ2 stellen sollten bevor die Entscheidung fällt.

„Alexa? Hörst Du mir zu..."

Wenn die Entscheidung bekannt gegeben wird, wird es bereits zu spät sein.

Heute ist Tag 1 des Widerstandes gegen HQ2

http://atlantaagainstamazon.org/

Ein Kampf gegen Google, aber nicht nur....

...oder wie Kapitalismus, digitale Herrschaft, Alternativkultur und der geplante Start-up-Campus in Kreuzberg miteinander verknüpft sind

Seit Google bekannt gegeben hat, dass sie in Berlin - Kreuzberg einen Start-up-Campus eröffnen wollen, gab es eine Fülle von Initiativen, die sich mit dem Technologiekonzern und was damit verbunden ist beschäftigt haben. Sprühereien, Plakate, Farbattacken, Veranstaltungen, Kundgebungen und Zeitungsprojekte zeugen davon, dass der Aufruf zum Kampf gegen Google auf offene Ohren gestoßen ist und in diesen Handlungen ein Echo fand. Genauso vielseitig wie die einzelnen Momente des bisherigen Widerstandes scheinen auch die AkteurInnen darin zu sein. Von anarchistischer Seite kamen konkrete Vorstellungen welcher Mittel sich dieser Kampf bedienen könnte; ein informeller, selbst-organisierter und offensiver Kampf, ohne den Appell an Politik und jegliche Autorität1. Dieser Vorschlag bedeutet für uns die Notwendigkeit einer tiefergehenden Analyse der herrschenden Verhältnisse um ein weiterführendes, revolutionäres Projekt anhand dieses Kampfes zu diskutieren und in unsere Handlungen mit einfließen zu lassen. Es muss daher darum gehen die Verzahnung der digitalen Herrschaft und der fortdauernden Restrukturierung des Kapitalismus aufzuzeigen, um anhand dessen, die Dringlichkeit nach der Infragestellung des

Bestehenden zu verstärken. Dabei gilt es anzuerkennen, dass Google zweifellos eine treibende Kraft in einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung ist, welche tief in unsere sozialen Beziehungen eingreift. Alleine deswegen ist es Wert sich ihm gegenüber in Stellung zu bringen. Letzten Endes aber ist dieser Konzern nur ein Beispiel von vielen aus dem Bereich der New Economy, die sich mit ihren technologischen Innovationen als Heilbringer aller Problemlösungen präsentieren, durch welche sich die kapitalistische Vorherrschaft noch weiter verfestigt. Deshalb scheint es angebracht, sich mit verschiedenen Aspekten dieses Kampfes zu beschäftigen, um Möglichkeiten zu skizzieren, wohin die Reise gehen könnte.

Die Bedingungen, die wir vorfinden

Die meisten von uns sehen sich verschiedensten ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Lohnarbeit, Schule, Ausbildung, Jobcenter, Miete zahlen usw. sind alles Dinge, die uns das Leben schwer machen und direkt miteinander verknüpft sind. Die bestehende soziale Ordnung basiert auf der Trennung in Besitzende und Ausgebeutete und baut darauf auf uns in diesem Abhängigkeitsverhältnis zu halten. So soll garantiert werden das die Kapitalanhäufung und das stetige Wirtschaftswachstum gewährleistet sind. Diese Notwendigkeit und die Logik des grenzenlosen Wachstums bringt das System aber immer wieder an seine Grenzen, was gemeinhin als „Krise" bezeichnet wird. Diese wiederkehrenden Phasen der negativ Entwicklung führen dazu, dass sich der Kapitalismus permanent neu erfinden muss, um so weitere Märkte zu erschließen.

Dabei wird es immer schwieriger, die Prozesse der kapitalistischen Transformation nachzuvollziehen und die Linie der Trennung zu identifizieren. War seit der Industrialisierung bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, diese Trennung der Klassen, in diejenigen die im Besitz der Produktionsmittel waren und denjenigen die gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen, noch weitestgehend offensichtlich, hat sich dies mit der Auslagerung großer Teile der Produktion in die Zweit- und Drittweltländer und der Erweiterung des Dienstleistungssektors, schrittweise

verändert. Damit ging auch das Bewusstsein der ArbeiterInnenüber ihre Klassenzugehörigkeit und die darüber definierten Auseinandersetzungen zunehmend verloren. Die aktuelle Veränderung hin zu einer Informationsgesellschaft, und die Bestrebungen

unter dem Titel Industrie 4.0, verstärken diese Tendenzen noch weiter. Mit der fortschreitenden Automatisierung von Produktionsprozessen durch Roboter, künstlicher Intelligenz und digitalen Systemen, sowie dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien geht ein weiterer grundlegender Wandel einher.

Dies hat die Zerstreuung auf dem Arbeitsmarkt und die Vereinzelung der Individuen zur Folge. Die klassische Vollzeitbeschäftigung wird immer seltener und durch Teilzeit-, Minijobs und (Schein-) Selbstständigkeit ersetzt. Die Firmen suchen sich ihre Lohnsklaven nach Bedarf und sparen so einen Haufen Geld und Ärger. Auf der dadurch erzwungenen Flexibilität der Prekären baut ein ganzer Wirtschaftszweig auf, innerhalb dessen die On-Demand-Unternehmen wie Uber, Deliveroo usw. die Inwertsetzung alltäglicher Dinge auf die Spitze treiben. Es geht um die ökonomische Erschließung aller Lebensbereiche, wobei den Start-Ups hier eine tragende Rolle zukommt. Gleichzeitig verstehen es die ideologischen Strategen und Geldgeber der Tech-Konzerne den ökonomischen Zwängen einen Lifestyle überstülpen, der Freiheit und Selbstbestimmung verspricht, der als erstrebenswert gilt und an vermeintlich edle Ziele geknüpft ist. Man sieht sich moralisch auf der richtigen Seite, da unter dem Vorwand der Ökologie technologische Lösungen angeboten werden um die Probleme der Welt zu lösen. Dabei wird konsequent ignoriert, dass all diese Probleme von der Ressourcenknappheit bis hin zu den zugemüllten Weltmeeren, hausgemacht sind. Ihre Ursachen sind in der zerstörerischen Kraft des Kapitalismus zu finden. Manche mögen naiv sein, und wirklich denken, dass sie mit ihren Innovationen die Welt verbessern können, doch vieles ist knallhartes Kalkül um mit der selben Scheiße in Grün, neue Bereiche der Verwertung zuzuführen. Währenddessen scheinen sich die AkteurInnen und ZuarbeiterInnen der New Economy in ihren unzähligen Start-ups und Co-working-Büros ihrer Rolle innerhalb der kapitalistischen Verwertung immer weniger bewusst zu sein. Ihr Office ist Wohnzimmer und Lebensmittelpunkt zugleich und ihre Familie ist die „Community“. Das man sich dafür bis zum Umfallen an vermeintlich tollen Ideen abarbeitet, immer mit dem Blick auf den Durchbruch und das große Geld, wird dabei völlig selbstlos in Kauf genommen.

Es ist keineswegs so, dass sich die Ausbeutungsverhälnisse dadurch aufgelöst hätten, vielmehr sind sie feinmaschiger und weniger offensichtlich geworden, während gleichzeitig die Seelen der Ausgebeuteten mit dem Gift des Spektakel betäubt werden.

Parallel zu diesen Entwicklungen hat sich auch in den urbanen Zentren der Metropolen eine massive Umwandlung vollzogen. In Berlin, waren und sind, die in großen Teilen der Innenstadt ehemaligen Arbeiterbezirke diesen Veränderungen, und dem damit einhergehenden sozialen Angriff, am Stärksten ausgesetzt. Durch Mieterhöhung, Luxussanierung, Rausschmiss und Räumungen wurden bereits viele der ärmeren BewohnerInnen aus ihrem gewohnten Umfeld vertrieben und gewachsene soziale Strukturen zerrissen, um der kapitalistischen Verwertung platz zu machen. Orte, die vor nicht all zu langer Zeit noch einfache Wohngegenden waren oder wegen Dreck und Kriminalität als unattraktiv galten sind die Goldgruben der InvestorInnen von heute.

Boutiquen, Galerien, hippe Bars und Bioläden schießen wie Pilze aus dem Boden und bedienen die Bedürfnisse der neuen Mittelschicht. Gleichzeitig wird von Seiten der Politik um die Ansiedlung der Kreativ-Wirtschaft und New-Economy gebuhlt, um sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüberanderen Metropolen in der Erneuerung der Stadt zur „Smart City“ zu verschaffen. Eine Stadt die mit Hilfe der neuen Technologien intelligent und effizienter werden soll. Dabei wird die Infrastruktur mit Hilfe von Big Data und dem Internet der Dinge allumfassend vernetzt, um den öffentlichen Raum durchgängig analysieren, vermessen und steuern zu können.

All diese Entwicklungen bringen einen sozialen Konflikt mit sich, um deren Verwaltung sich die Autoritäten bemühen um einen reibungslosen Ablauf zu Gunsten des Kapitals zu ermöglichen. Vielseitige Techniken des Herrschens werden hier angewandt um die Ausgeschlossenen in Schach zu halten und eine Rebellion gegen die Verhältnisse bereits im Keim zu ersticken. Um widerständiges Potential zu integrieren wird bei Aufwertungsprozessen zunehmend eine vermeintliche Partizipation der BürgerInnen suggeriert. Auch wenn dadurch für die Gutgläubigen kaum realpolitische Erfolge zu verzeichnen sind, gelingt es den PolitikerInnen damit immer wieder den Protest zu spalten und sich ein demokratisches Antlitz zu verleihen, um danach guten Gewissens den InvestorInnen die Hände zu reichen. Gleichzeitig werden in den Quartiermanagments der verschiedenen Kieze Eingreiftruppen von SozialarbeiterInnen und Ordnungsämtern installiert, welche an den Brennpunkten, wo die sozialen Konflikte am deutlichsten zu Tage treten, den Unmut der Betroffenen zu beschwichtigen. Unangepasste Jugendliche und andere „Problemgruppen“ sollen assimiliert und unter Kontrolle gehalten werden, oder zumindest aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Immer mit dem Ziel, die Doktrin des sozialen Friedens auch unter denjenigen zu schüren, die das System schon längst ausgespuckt hat.

Dabei ist allen klar, dass die Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung in den kommenden Jahren noch unzählige weitere Überflüssige, produzieren wird. Um die herrschende Ordnung dabei langfristig aufrecht zu erhalten, wird ein allumfassendes System der sozialen Kontrolle errichtet. So sind Überwachungskameras und private

Sicherheitsdienste neben der Präsenz der Polizei zu einem festen Bestandteil der städtischen Sicherheitsarchitektur geworden. Gegenden an denen offene Konflikte

oder staatliche Kontrollverluste drohen werden zum Gefahrengebiet erklärt und wenn nötig unter Dauerbesatzung durch die Polizei gestellt, die dort nach Lust und Laune kontrolliert, schikaniert, zuschlägt und verhaftet. Der Ausnahmezustand wird zur Norm und die Militarisierung des Alltags zur Gewohnheit. Auch hier werden die herkömmlichen Methoden der Kontrolle durch die digitale Umstrukturierung erweitert. Intelligente Kameras sollen, wie aktuell am Bahnhof Südkreuz erprobt wird, Gesichter erkennen und Verhaltensmuster die auf mögliche kriminelle Absichten hindeuten von den Algorithmen erkannt werden. Polizeibehörden werden mit Predictive-Policing-Software, die Verbrechen bereits bevor sie geschehen Vorhersagen soll, ausgerüstet. Durch die Vernetzung von Allem und Jedem mit Chips und Sensoren werden neue Möglichkeiten für Kontroll- und

Überwachungsinstrumente geschaffen. Gleichzeitig wird durch das Dauersenden von Informationen bei der Benutzung der technischen Errungenschaften im Alltag bereits jetzt ein fast lückenloses Bewegungsprofil der Nutzer erstellt. Daten, die es den Repressionbehörden ermöglichen ein totalitäres Überwachungssystem, wie aus einer dystopisch anmutenden Zukunftsvision, zu errichten.

Kreuzberg, eine Ressource für die Tech-Industrie

Es ist davon auszugehen, dass die Standortauswahl von Google für ihren Campus kein Zufall war. In Kreuzberg finden die Technologiekonzerne mittlerweile genau das Milieu einer jungen, kreativenund tech-affinen Szene, von deren Innovationen sie sich viel versprechen. Gleichzeitig gibt es hier eine starke Präsenz von Alternativkultur und in vielen Köpfen existiert noch immer der Mythos Kreuzberg aufgrund seiner Geschichte. Dies sorgt für eine gewisse Authentizität, die dabei nicht unbedeutend ist. Es sind ähnliche Bedingungen wie die Branche bei der Entstehung des Silicon Valleys bereits vor vielen Jahrzehnten in San Francisco vorgefunden hatte oder sogar aus ihnen hervorgingen.

Es wird wohl niemand bestreiten, dass die wilden Zeiten Kreuzbergs längst vorüber sind. Zeiten, in denen Hausbesetzungen und Straßenschlachten nicht selten waren und die Bullen sich nur in Mannschaftsstärke in die dunklen Ecken des ehemaligen Postbezirks SO36 verirrt haben. Die Entwicklungen, die wir heute in dem Bezirk erleben, lassen sich aber nicht losgelöst von seiner Geschichte betrachten. Mit den HausbesetzerInnen kamen auch neue Lebensentwürfe, Subkultur und Alternativszene. Menschen, die mit viel Kreativität ihren Alltag bestritten, fernab von klassischer Maloche, Familie und Zukunftsplanung. Es war eine Revolte gegen das Existierende, nicht aber ohne Widersprüchlichkeiten. Schnell war klar, das die erkämpften Freiheiten, welche umfassende Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und des Hedonismus mit sich brachten,

gleichzeitig auch eine Lähmung der Kampfeslust zur Folge hatte. Während sich Einige der permanenten Konfliktulität verschrieben, verstanden es viele Andere, sich ihre Nischen und Wohlfühlzonen zu schaffen. Alternativszene und Kollektivbetriebe suchten sich ihre Wege eines anderen Lebens innerhalb der herrschenden Spielregeln und sind nicht selten schon bald wieder von der gnadenlosen Realität des Kapitalismus eingeholt worden. Nichts desto Trotz hat es zu einer materiellen Verankerung im Kiez in Form von Kneipen, Hausprojekten, Werkstätten usw. geführt, die den Stadtteil nachhaltig verändert haben und zum Teil bis heute fortbestehen.

Nur wenige dieser Orte konnten ihre rebellische Haltung über die Jahrzehnte bewahren. Die Mehrzahl jedoch wurde zum Teil des Problems mit dem wir heute konfrontiert sind. So sind die bunten Fassaden von damals oft nur noch ein Schatten seiner selbst und in gewisser Weise der Bodensatz auf dem die Aufwertungsspirale nach dem Mauerfall gewachsen ist, die bis heute anhält und in den letzten Jahren nochmal massiv an Tempo zugelegt hat.

Was geblieben ist, ist ein Image eines Stadtteils als Ort der Offenheit und Toleranz, wo alles geht und jeder darf wie er will. Ein Ort für Aufbruch und Kreativität, Innovation und Selbstverwirklichung. Der beste Nährboden für die ganzen Selfmade-Hipster von Facebook, Youtube und Instagram, die sich in ihrer so viel beschworenen Individualität gleicher nicht sein könnten. Gleichzeitig sind es genau diese Schlagworte, welche ihre Wurzeln in der Gegenkultur haben, die wir bei den ideologischen Strategen der Start-Up-Szene und Tech-Konzerne heute wieder finden. So wird der Mythos Kreuzberg zu seinem eigenen Untergang, denn die InvestorInnen haben verstanden, das sich aus diesem Image Profit machen lässt. Einem Image, das auf all dem aufbaut, was die AufwerterInnen danach restlos zu zerstören bereit sind.

So sind es aktuell nicht mehr nur diejenigen, die ihren ökonomischen Interessen einen alternativen Stempel aufdrücken oder sich vielleicht sogar einer alternativen Lebenswelt zugehörige fühlen, die die Aufwertungprozesse vorantreiben, sondern zunehmend auch Großkonzerne. Hier im Speziellen, diejenigen der Tech-Industrie wie Zalando und Google oder ein Zusammenschluss vieler wie in der Start-up-Factory am Rande Kreuzbergs, welche Europas größte dieser Art ist. Am Beispiel von Google zeigt sich, dass dabei der direkte Profit der daraus zu ziehen ist, für die Finanzstarken derBranche nicht das ausschlaggebende Kriterium für den Standort ist. Vielmehr geht es hier genau darum, das Image Kreuzbergs zu vereinnahmen, als Ressource in Form von Hippness und Lifestyle. Eine Adresse als Visitenkarte eines Konzerns, um die kreativen Köpfe die sich in diesem Milieu zu Hause fühlen zu ködern. Und nicht zuletzt, sind es die analogen Daten eines Kiezes am Puls der Zeit, die in die digitale Welt eingespeist werden sollen, um diese an anderer Stelle zu verwerten.

Der Sand im Getriebe sein

Die genannten Faktoren und Gesellschaftlichen Prozesse gilt es zu berücksichtigen wenn wir mit einem Kampf ge-

gen ein konkretes Projekt, wie im Falle von Google mehr wollen, als dem geplanten Campus einen Strich durch die Rechnung zu machen. Es zeigt die Verstrickung von Kapitalismus, Aufwertung, Repression und Herrschaft im digitalen Zeitalter und verdeutlicht, dass dieser Campus nur als ein Fragment des technologischen Angriffs verstanden werden kann. All diese Entwicklungen sind Teil einer Welt, der wir nicht angehören wollen. Einer Welt der Verwertung und des Profits, wo selbst die letzten Freuden die uns bleiben, zur Ware werden. Es ist die kapitalistische Logik, die diese Welt durchdringt, den sozialen Raum besitzt und alles Lebendige überlagert. Dementsprechend ist unser Drang nach Autonomie und Freiheit und die Ausarbeitung einer anderen Idee des Lebens unmittelbar gekoppelt an das Bewusstsein darüber, diese Welt der Waren zerstören zu müssen. Dabei kann es nicht nur darum gehen der Schlange den Kopf abzuhacken oder der „Datenkrake“ die Tentakeln zu kürzen, denn dies ändert an den Grundbedingungen erst mal nichts. Vielmehr müssen wir den Kapitalismus als Gefüge der Macht, basierend auf sozialen Beziehungen und der Zirkulation von Waren und Informationen verstehen. Um selbst dann, wenn der Gegner wie im Falle von Google, vermeintlich klar ist, auch auf das zu zielen, was den ganzen Laden am laufen hält. Das heißt nicht, dass der Google-Campus selbst oder die Verantwortlichen dafür keine geeigneten Adressaten unserer Wut wären, ganz im Gegenteil, halten wir das für einen notwendigen Wirkungsbereich, aber wir sollten nicht dabei stehen bleiben.

Mit dieser Erkenntnis, wollen wir den Kampf gegen den Google-Campus führen. Der Kiez, die Nachbarschaft, als Basis zum Zusammenkommen, für diejenigen, die sich diesen Entwicklungen nicht unterwerfen wollen. Als Ausgangspunkt für einen Kampf durch die Betroffenheit der Beteiligten, anhand der drohenden Verdrängung. Was angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen und dem Wissen über die Abwesenheit eines gemeinsamen sozialen Raumes und dem Fehlen von geteilter Erfahrung, als sinnvoll erscheint. Es geht darum Orte zu schaffen um sich auf Augenhöhe zu treffen und gemeinsame Räume der direkten Kommunikation ohne die Vermittlung durch Politik und Medien zu eröffnen, jenseits von Herrschaft und politischen Identitäten. Was aber nicht bedeutet, dass die eigene Betroffenheit sich hier nur anhand der Wohnraumproblematik finden lässt und an diesen Ort gebunden sein muss. Deshalb sehen wir eine Aufgabe auch darin ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Gentrifizierung, auch wenn wir hier möglicherweise darüber in Verbindung kommen, nur ein Teil des Problems darstellt. Der technologische Angriff aber betrifft uns alle, und zwar ganz konkret. Und genau darin sehen wir das

Potenzial dieses Kampfes.

Das was hier gegen Google am Entstehen ist, können wir nutzen, um uns mit anderen, die sich gegen die digitalisierte Welt zu wehren beginnen, auszutauschen und Affinitäten zu finden. Wir schlagen vor, den Kampf auf andere Akteure und Bereiche auszudehnen, dabei die Logistik und Infrastruktur mitzudenken und die Waren- und Datenströme als Teil der Auseinandersetzung zubegreifen. Ein Kurzschluss oder der Blackout als Möglichkeit sich in der Enge des Bestehenden Luft zum Atmen zu verschaffen.

Ein praktisches Beispiel dazu lieferte der Versuch einer Blockade des Amazon-Verteilzentrums in Berlin zum Black-Friday letzten Jahres. Mit dem Ziel, die Auslieferung der Pakete zu unterbrechen gab es eine Blockade vor Ort, aber auch handfeste Unterstützung von einigen die mit direkten Aktionen am Vorabend mehrere Amazon-Fahrzeuge fahruntauglich gemacht hatten. Gleichzeitig wurde an verschiedenen Standorten von Amazon gestreikt. Auch wenn die Resonanz relativ gering war und es an Kreativität und Eigeninitiative, die den vorgegebenen Rahmen verlassen, weitestgehend gefehlt hat, lässt sich diese Idee bestimmt weiter denken. Ebenso in dem Bereich der On-Demand-Ökonomie kommt es zunehmend zu Arbeitskämpfen der „SklavInnen“, wie die Streiks der KurierfahrerInnen von Deliveroo und Foodora zeigen. Aber auch die zum Teil militanten Kämpfe von TaxifahrerInnen gegen Uber, die sich rund um den Globus erstreckten, oder die Besetzung von Ferienwohnungen in Berlin, die über AirBnB vermittelt wurden, haben ihre Wurzeln in der Welt der Start-Ups und den neuen Technologien. Wir wissen und lesen von vielen anderen Städten in Deutschland und darüber hinaus, die sich in einem ähnlichen Konfliktfeld bewegen. Mit Freude verfolgen wir, sowohl hier wie weltweit, die Angriffe auf Funkmasten und Stromaggregate, auf Kabelschächte und Firmenzentralen die den kapitalistischen Betrieb am laufen halten. Google und Facebook in San Francisco mussten kürzlich ihre Shuttlebusse, welche die MitarbeiterInnen ins Silicon Valley fahren umleiten, weil es immer wieder zu Attacken auf diese kommt. All diese Beispiele zeigen, dass es an vielen Orten ein Bedürfnis gibt sich dem technologischen Wahnsinn in den Weg zu stellen. Aber auch, dass es neben Demonstrationen und Kundgebungen, Flyer verteilen und Plakate kleben noch eine Fülle an anderen Handlungsoptionen gibt um direkt und unvermittelt einzugreifen.

Der geplante Google-Campus in Kreuzberg kann dabei, für die unterschiedlichen Initiativen in Berlin als Kristallisationspunkt dienen, weil an diesem Beispiel alle Facetten der digitalen Welt, und die Verschmelzung mit den anderen Bereichen des Lebens so deutlich zum Ausdruck kommem. Wenn wir uns aber darauf beschränken, laufen wir Gefahr, dass dieser Kampf durch die Intervention von der Politik oder Google selbst zu einem Ende kommt, oder nach der Eröffnung des Campus sich der Widerstand nach einer Weile verläuft. Deswegen wollen wir keine klassische Kampagne, die sich an dem einen Objekt fest klammert, genauso finden wir Parolen, die Google auffordert nach Adlershof zu gehen, verkürzt und wenig zielführend. Vielmehr wollen wir mit diesem Kampf ein Bewusstsein über die Herrschaftsstrukturen in ihrer Gesamtheit vertiefen. Wir wollen Ideen und Wissen teilen und mit Möglichkeiten und Methoden eines selbstbestimmten Kampfes experimentieren. Wir wollen diesen Konflikt zuspitzen, mit allen Mitteln die uns zu Verfügung stehen und anhand dessen eine weitergehende Perspektive entwickeln.



Wir wollen die Herrschaft der Technologie über unser Leben zurückweisen und dabei eine Revolte gegen das Bestehende und die Erschaffung der neuen, digitalen Welt, entfesseln. Lasst uns zusammenkommen und mit Kreativität und Intelligenz, direkten Aktionen, Wut und Leidenschaft diese Welt bekämpfen, immer mit dem Blick auf etwas besseres als das Jetzige.

Start-up Revolt

Einladung zum Anti-Google-Cafe:
https://kalabalik.blackblogs.org/anti-google-cafe/

Weiterführender Text: „Wie gegen den Google-Campus kämpfen?“ Shitstorm #2 Jan, 2018

Schreibt uns!

Eine Tagesschau-Kommenatorin publiziert einen Jubelartikel darüber, dass die AfD als ganz normale Partei nun den Haushaltsausschuss leitet. Die AfD jubelt auch, und haut gleich ein paar Klopper raus, die wir in ihrer Offenheit bisher eher von der NPD kannten. Neue Polizeigesetze, Abschiebungen nach Afghanistan, Präventivhaftverordnungen, ökologische Katastrophen, eine rasante Entwicklung und Normalisierung digitaler Überwachung, Einschränkungen der Mobilität, Tafeln, die nur noch an „Deutsche“ ausgeben, Waffendeals mit Erdogan, staatliche Angriffe auf uns und unsere Informationskanäle, eine Justiz, die Exempel um Exempel statuiert, und ein Erfolg faschistischer Parteien in Europa jagt den nächsten. Die Nachrichten, die uns nicht gerade beruhigt in die Zukunft blicken lassen, reißen nicht ab. Seit ungefähr drei Jahren diskutieren auch wir über Zukunftsperspektiven, Möglichkeiten politischen Handelns unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen, darüber noch beschisseneren Zeiten entgegenzuschauen und darüber, dass diese Einschätzung kaum an uns selbst herankommt, jedenfalls nicht so, dass wir sie konsequent ins Jetzt hereinholen. Die faschistische Option scheint in ganz Europa und in einigen Ländern darüber hinaus wieder Faszination erwecken zu können, seine liberalen Gegenkräfte steuern geradewegs auf digitalisierte autoritäre Herrschaft zu. Zu pessimistisch? Mit einer unheimlichen Schnelligkeit häufen sich Ereignisse, die wir vor fünf Jahren noch für höchstens ferne, düstere Zukunftsmusik gehalten hätten. Die Frage, ob wir uns in Abwehrkämpfe stürzen sollten oder aber mit den Entwicklungen umgehen lernen, ist auch die Frage nach Kräfteverhältnissen. Und diese lässt sich für uns nicht ganz rosig beantworten. Vielleicht macht es aber auch keinen Sinn, zu pauschalisieren. Vielleicht lassen sich Fragen nach Perspektiven sehr unterschiedlich beantworten, je nachdem, wo wir uns bewegen, welche Kämpfe wir kämpfen. Vor etwa zwei Jahren gab es hier in diesem Blättchen, an gleicher Stelle Debattenbeiträge rund um Fragen unserer Perspektiven, um Fragen nach faschistischen Tendenzen bzw nach autoritären Formierungen und unseren Umgang oder Nicht-Umgang damit. Wir wollen da anschießen und euch um eure Einschätzungen bitten.

Wo sind wir in 10-20 Jahren? Wo sind diese Gesellschaften dann? Was heißt das für euch jetzt? Was heißt das für den politischen Widerstand? Wie sehen eure Perspektiven in euren Kämpfen aus? In Kämpfen um arbeiten und wohnen, in Kämpfen gegen Repression, Rassismus oder gegen Nazis samt der AfD, in Themenfeldern wie Digitalisierung, Ökologie, Kultur, Gesundheit, Geschlechterverhältnisse, Wissenschaft, Klassenverhältnisse, oder Mobilität. Welche Enwicklungen seht ihr in den Themenfeldern, in denen ihr unterwegs seid? Schließlich wollen wir nicht nur Mosaiksteine des politischen Schreckens zusammenbasteln, sondern vor allem auch Brüche in autoritären Entwicklungen detektieren. Wo findet ihr einen Umgang mit den gesellschaftlichen Entwicklungen? Wo findet ihr einen Umgang im Jetzt? Schreibt uns!

Chronik

1.1.2018: Brandstiftung im Haus des Jugendrechts in Leipzig. „Hier arbeiten die unterdrückenden Behörden zusammen, um „kriminelle“ Jugendliche wieder in die „beste aller Welten“ zu stopfen und in das System der Verwertungslogik zu verfrachten.“ **1.1.2018:** In Eisenach wurden die Scheiben des Büros der Deutschen Burschenschaft beschädigt. **2.1.2018:** In München wurde ein Auto von Implenia abgefackelt. Implenia beteiligt sich an Knastbauprojekten. **3.1.2018:** In Berlin wurden die Scheiben der AfD Firma „Arbeit und Beratung“ eingeworfen. **8. und 9.1.2018:** In Bremen wurden Autos von Identitären zerstört. **10.1.2018:** In Bremen gabs Bau-

schaum und Farbe gegen Fahrkartenautomaten und Kameras. **11.1.2018:** In Berlin wurden die Scheiben eines Büros der Grünen eingeschlagen. Der grüne Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel, hatte zuvor gegen Wohnungslose gehetzt. **14.1.2018:** In Schmitten wurde ein Imlenia-Baufahrzeug abgefackelt. Implenia beteiligt sich an Knastbauprojekten. **15.1.2018:** Santiago, Chile: Brand- / Sprengsatz gegen katholisches Heiligtum. **22.1.2018:** In Leipzig und Minden wurden in Reaktion auf den türkischen Krieg in Afrin Räumlichkeiten von DITIB in Solidarität mit YPG und YPJ angegriffen. **22.1.2018:** Das türkische Konsulat in Salzburg wurde angegriffen. Durch die Aktion wurden einige Türen und Kameras beschädigt. **22.1.2018:** Ein Fahrkartenautomat in Frankfurt/Main wurde mit Bauschaum, Hämmern, Farbe und Feuer unbrauchbar gemacht - für eine kollektiv freie Fahrt! **23.1.2018:** In Heilbronn ging ein Auto türkischer Faschisten in Flammen auf - gegen den Einmarsch der türkischen Armee in Afrin. Diese Motivation teilten „revolutionäre Jugendliche", die am selben Tag einen Verein von türkischen FaschistInnen in Rotterdamm angegriffen. **24.1.2018:** Das Şehîd Andok Özgür Racheteam hat in Normandie, einem Stadtviertel der französischen Hauptstadt Paris, einen für den türkischen Staat arbeitenden MIT-Agenten aufgespürt und sein Auto abgebrannt. **25.1.2018:** Ein DITIB-ZEntrum wurde in Stadte/Bützfleht entglast. „Rache für Efrin". **25.1.2018:** In Leipzig wurden die Scheiben eines SPD-Büros mit Feuerlöschern eingeworfen - wegen der deutsch-türkischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Befreiungsbewegung in Afrin. **25.1.2018:** In Calais wurden Bullen mit Steinen angegriffen. Die Bullen hatten zuvor damit begonnen, „Zelte und Hütten im Wald" wegzuräumen. **25.1.2018:** In Marseille griffen einige revolutionäre Jugendliche am hellichten Tag das türkische Konsulat an. Das Gebäude wurde sowohl mit Steinen beworfen als auch mit Feuerwerksbatterien angegriffen. Auch flogen Böller auf die das Gebäude bewachenden Bullen. **26.1.2018:** In Offenbach werden zwei Scheiben eines MHP Vereins eingeworfen sowie die Schriftzüge „Efrîn" und „PKK" hinterlassen. **26.1.2018:** In Leipzig wurden sechs Fahrkartenautomaten zerstört. **26.1.2018:** Nicht nur die Inneneinrichtung eines SPD-Büros in Hamburg musste dran glauben - die SPD ist als Regierungspartei direkte Unterstützerin des türkischen Angriffskrieges gegen die demokratische Selbstverwaltung in Afrin/Rojava. **26.1.2018:** Hambacher Forst: Oberleitung von Kohlebahn kurzgeschlossen und RWE-Areal verwüstet. Zudem wurde eine Pumpstation von RWE mit mehreren Brandsätzen sabotiert. Zuvor spazierten die Bullen mit AfD'lern durch den Wald. Bei einer Barrikadenräumung wurden zudem 11 Menschen festgenommen. **27.1.2018:** In Den Haag wurde die Fensterfront von einem MHP- nahen türkisch-aserbaidschanischer Verein schwer beschädigt. **27.1.2018:** In Leipzig wurde ne SPD-Bude eingeschlagen - wegen des Waffendeals des von der SPD geführten Außenministeriums mit der Türkei. **28.1.2018:** Ein Auto einer Immobilienfirma wurde in München abgefackelt. **28.1.2018:** In Jena wurde das Haus der Burschenschaft Germania Jena attackiert. Eine Scheibe wurde mit einem Stein beworfen und zerstört. **28.1.2018:** In Zürich fängt ein Auto auf dem Gelände des türkischen Konsulats Feuer, denn „überall ist Afrin, überall ist Widerstand". **28.1.2018:** Mollis gegen das Verdrängungs-Projekt des „natürlichen und städtischen Parks" des prairies saint martin in Rennes. **29.1.2018:** In Leipzig wurde das Polizeirevier West mit Bitumen angegriffen. Die Aktion stellte eine Reaktion auf die harte Repression der Bullen gegen die Solidaritätsdemonstration für Efrîn in Köln am 27.01. dar. **29.1.2018:** Auto der DPolG in Bremen abgefackelt. **29.1.2018:** In Genf wurde auf einer Vernissage der Austellung des Architekturwettbewerbs für die Gebäude der internationalen Polizei und des Bundeslagers Gülle ausgeschüttet. **29.1.2018:** In Stockholm wurde ein Zentrum der AKP-Lobbyorganisation angegriffen. **2.2.2018:** Ein Sitz der Bullen wurde in Leipzig Connewitz mit Farbe und Steinen angegriffen. „Verteidigt eure Viertel, gegen Aufwertung, Faschisten & Bullenschweine!" **2.2.2018:** Die neue Bundespolizeidirektion ib Berlin wurde entglast. **2.2.2018:** Das Hauptquartier des türkischen Staatsunternehmens „Istikbal" wurde in Athen mit einer Brandbombe entflammt sowie ein vor dem Gebäude befindlicher 7,5t-Truck abgefackelt. **6.2.2018:** Steine gegen Rewe gabs in Hannover. **6.2.2018:** In Frankfurt zünden „Autonome Gruppen" ein Fahrzeug der bundesdeutschen Firma „Thyssen Krupp" an. In einer Erklärung heißt es: „ThyssenKrupp ist einer der größten deutschen Waffenexporteure. [...] Sie liefert Waffen an ein Regime, und dieses führt nun mit diesen Waffen einen Angriffskrieg." **9.2.2018:** In Leipzig erleidet ein Nazi-Schuppen Glasbruch - eine Vergeltung für den Naziangriff 2016 in Connewitz. **9.2.2018:** Buttersäure gabs in Münster in einem Ladenlokal eines AfD-Politikers. **12.2.2018:** In Hamburg wurden die Firmenautos einer rechten Demoanmelderin tiefergelegt. **13.2.2018:** Provinz Arauco, Chile: Erdbefreiungsfront (ELF) zerstört Zäune in einem alten Wald **16.2.2018:** Farbe in und Glasbruch an AfD-Veranstaltungsort in Berlin. **18.2.2018:** Das „Kommando Berfîn Zîlan" bearbeitete in Dresden die Scheiben eines SPD Büros mit Hammerschlägen. „Wer mit FaschistInnen zusammenarbeitet, in Deutschland den Familiennachzug verhindert und im Dresdner Stadtrat gegen Menschen welche betteln müssen hetzt, der hat eh nichts anderes als unseren Hass verdient!" **18.2.2018:** Glasbruch und Buttersäure bei Eurocommand in Hamburg. **19.2.2018:** Brandanschlag auf einen DITIB-Transporter in Berlin. „Die Verteidigung von Efrîn beginnt schon in den Straßen Europas!" **20.2.2018:** Brandanschlag auf das Gelände von OHB in Bremen. OHB ist eines der führenden Unternehmen für Raumfahrttechnik. Militärische Forschung und Produktion gehören zum Hauptgeschäft von OHB. Feuer und Flamme der deutschen Rüstungsindustrie! Solidarität mit dem revolutionären Projekt Rojava in Kurdistan und dessen Verteidigung! **21.2.2018:** Steine und Farbe gegen Commerzbank in München. **23.2.2018:** In Heilbronn führten revolutionäre Jugendliche des Rachekommando Şehid Avesta Xabûr eine Aktion gegen ein faschistisches Cafe durch. Mit Steinen wurden die Fensterscheiben der Vorderseite zerstört. **26.2.2018:** In Dreieich/Offenbach wurde das Auto eines AfD'lers abgefackelt.

5 Jahre NSU-Prozess

Kein ~~Schluss strich~~